

Die Arbeitsmarktsituation in der Großregion

- Situation junger Menschen -

November 2014



9. Bericht der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle
an den 14. Gipfel der Exekutive der Großregion

Die Arbeitsmarktsituation in der Großregion

9. Bericht der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle
an den 14. Gipfel der Exekutive der Großregion

- Situation junger Menschen -

**Interregionale
Arbeitsmarktbeobachtungsstelle**
c/o INFO-Institut
Pestelstraße 6
D-66119 Saarbrücken

Saarbrücken, November 2014

Die Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle beschreibt und analysiert in ihrem neunten Bericht, der dem 14. Gipfel der Großregion vorgelegt wird, die Situation und Entwicklung des Arbeitsmarkts in der Großregion anhand zentraler Strukturindikatoren. Im Zuge der regelmäßigen Berichterstattung an den Gipfel der Exekutiven konnte ein Berichtssystem für den Arbeitsmarkt der Großregion entwickelt werden, das die Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle kontinuierlich fortschreibt und ausdifferenziert.

Der neunte Bericht untergliedert sich fünf Teilberichte:

- ▶ Situation des Arbeitsmarktes
- ▶ Grenzgänger mobilität
- ▶ Demografische Entwicklung
- ▶ **Situation junger Menschen**
- ▶ Atypische Arbeits- und Beschäftigungsformen

sowie den Bericht zu dem Schwerpunktthema „Der Pflegearbeitsmarkt in der Großregion“. Jeder der Teilberichte wird eingeführt mit wesentlichen Indikatoren zum großregionalen Arbeitsmarkt.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die zusätzliche Formulierung der weiblichen Form verzichtet. Wir möchten deshalb darauf hinweisen, dass die ausschließliche Verwendung der männlichen Form explizit als geschlechtsunabhängig verstanden werden soll.

Inhalt

Hauptindikatoren des 9. Berichts der IBA	1
Methodische Vorbemerkungen	6
1. Demografische Aspekte	9
<i>Anteil der Regionen an den unter 20-Jährigen und an der Gesamtbevölkerung</i>	<i>9</i>
<i>Anteile der unter 20-Jährigen an der Gesamtbevölkerung (in %)</i>	<i>10</i>
<i>Entwicklung der unter 20-Jährigen 2000-2040</i>	<i>11</i>
<i>Anteile der ausländische Bevölkerung an der Bevölkerung 2013</i>	<i>11</i>
2. Beschäftigungssituation	12
2.1 Erwerbsquote	12
<i>Erwerbsquoten 2013</i>	<i>12</i>
2.2 Beschäftigungsquote	13
<i>Beschäftigungsquoten 2013</i>	<i>13</i>
<i>Entwicklung der Beschäftigungsquote Jugendlicher insgesamt 2002-2013</i>	<i>14</i>
<i>Beschäftigungsquote Jugendlicher insgesamt und nach Geschlecht 2013</i>	<i>15</i>
<i>Entwicklung der Beschäftigungsquote Jugendlicher nach Geschlecht 2002-2013</i>	<i>16</i>
2.3 Teilzeitbeschäftigung	16
<i>Teilzeitbeschäftigung 2013</i>	<i>17</i>
<i>Teilzeitbeschäftigung Jugendlicher nach Geschlecht 2013</i>	<i>18</i>
<i>Entwicklung der Teilzeitbeschäftigung Jugendlicher 2002-2013</i>	<i>18</i>
<i>Gründe für eine Teilzeitbeschäftigung Jugendlicher 2012</i>	<i>19</i>
<i>Unfreiwillige Teilzeitbeschäftigung 2012</i>	<i>20</i>
2.4 Arbeitnehmer mit einem befristete Vertrag	20
<i>Anteil der jugendlichen Arbeitnehmer mit befristetem Vertrag 2013 (inkl. Leiharbeit)</i>	<i>21</i>
<i>Entwicklung der jugendlichen Arbeitnehmer mit befristetem Vertrag (inkl. Leiharbeit)</i>	<i>21</i>
<i>Gründe für eine befristete Beschäftigung Jugendlicher 2013 (inklusive Leiharbeit)</i>	<i>22</i>
<i>Unfreiwillig befristete Beschäftigung 2013 (inklusive Leiharbeit)</i>	<i>23</i>
2.5 Mindestlohnregelungen für junge Menschen	25
3. Arbeitslosigkeit	28
3.1 Arbeitslosenzahlen	28
<i>Arbeitslosenquote 2013</i>	<i>29</i>
<i>Jugendarbeitslosenanteil</i>	<i>30</i>
<i>Arbeitslose Jugendliche im Alter von 15 bis 24 Jahren, 2002-2013</i>	<i>31</i>
<i>Entwicklung der Arbeitslosenquote 2002-2013</i>	<i>32</i>
<i>Entwicklung der Jugendarbeitslosenquote 2002-2013</i>	<i>33</i>
<i>Entwicklung der Arbeitslosigkeit junger Menschen 2008-2012 in %</i>	<i>34</i>
<i>Arbeitslosenquote Jugendlicher nach höchstem erreichten Bildungsgrad 2013</i>	<i>36</i>
<i>Arbeitslosenquote Jugendlicher nach Geburtsland 2013</i>	<i>37</i>
<i>Arbeitslosenquote Jugendlicher insgesamt und nach Geschlecht 2013</i>	<i>38</i>
<i>Entwicklung der Jugendarbeitslosenquote Männer 2002-2013</i>	<i>39</i>

	<i>Entwicklung der Jugendarbeitslosenquote Frauen 2002-2013</i>	39
	<i>Langzeitarbeitslosenquote 2013</i>	40
3.2	NEET-Rate	40
	<i>Unterschiede zwischen Jugendarbeitslosenquote und NEET-Rate</i>	42
	<i>NEET-Rate 2013</i>	43
	<i>Entwicklung der NEET-Rate 2002-2013</i>	44
	<i>Faktoren, welche die Wahrscheinlichkeit erhöhen, in eine NEET-Situation zu geraten</i>	45
3.3	EU-Jugendgarantie	46
4.	Mobilität junger Menschen	51
	<i>Grenzgängerströme junger Menschen (unter 30-Jährige) in der Großregion 2013</i>	51
	<i>Grenzüberschreitende Einpendler nach Luxemburg</i>	52
	<i>Grenzüberschreitende Auspendler aus Frankreich</i>	52
	<i>Erasmus-Mobilität zwischen den Universitäten der UniGR 2008-2012</i>	53
5.	Bildungssituation	55
	<i>Studierende im Tertiärbereich (ISCED 5-6)</i>	56
	<i>Bevölkerung im Alter von 30 bis 34 Jahren mit einem Tertiärabschluss (ISCED 5-6)</i>	58
	<i>Bevölkerung mit einem Tertiärabschluss (ISCED 5-6)</i>	59
	<i>Frühe Schul- und Ausbildungsabgänger 2013</i>	60
6.	Armut	62
	<i>Armutsgefährdungsquote</i>	63
	<i>Armutsgefährdungsquote 2012</i>	64
	<i>Entwicklung der Armutsgefährdungsquote Jugendlicher (18-24 Jahre) 2005-2012</i>	65
	<i>Armutsgefährdungsquote Jugendlicher (18-24 Jahre) nach Geschlecht 2012</i>	65
	<i>Armutsgefährdungsquote junger Menschen (16-29 Jahre) nach Geburtsland 2012</i>	66
	<i>Arbeits-Armutsgefährdungsquote von Arbeitnehmern 2012</i>	67
Anhang	68
	<i>Hinweise zu Datenquellen</i>	69
	<i>Porträt der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle</i>	75
	<i>Kurzporträt der kooperierenden Fachinstitute</i>	76
	<i>Literaturverzeichnis</i>	78

Hauptindikatoren des 9. Berichts der IBA

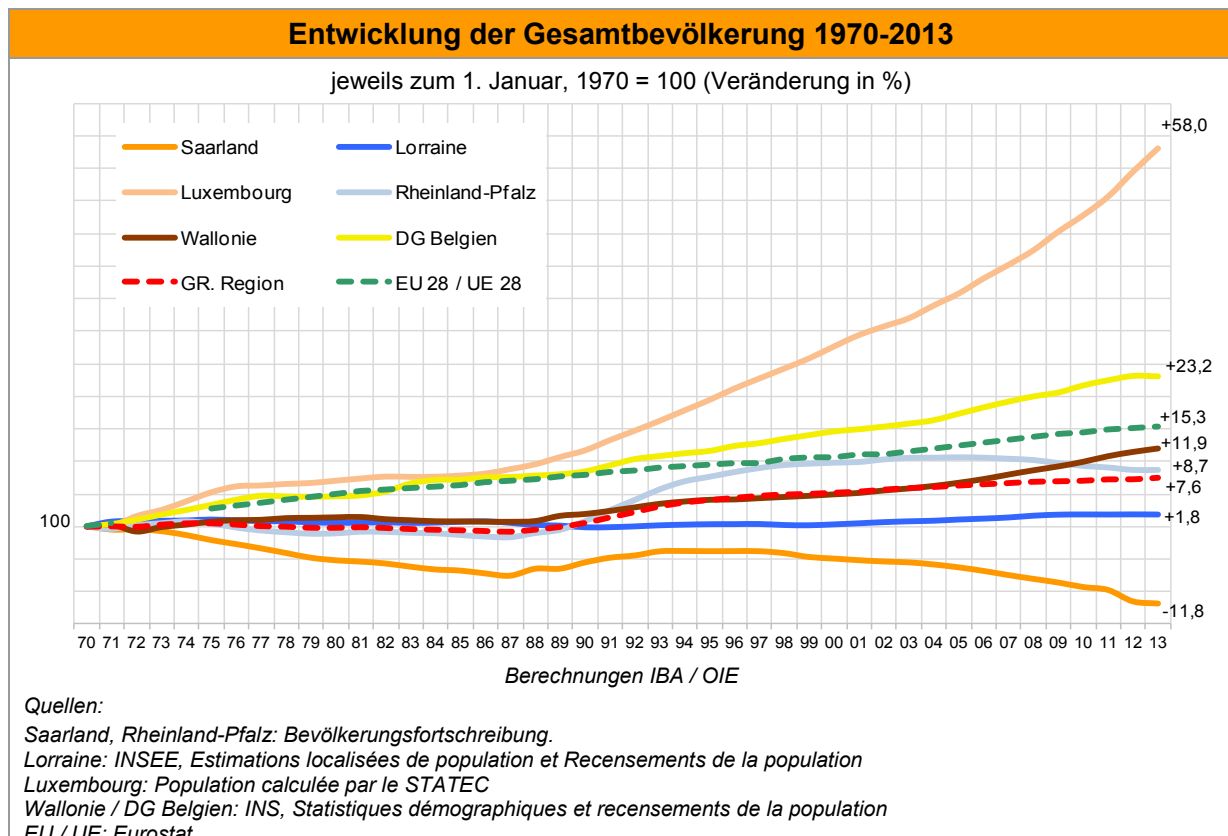
In diesem ersten Kapitel erfolgt die grafische Darstellung wesentlicher Indikatoren zum groß-regionalen Arbeitsmarkt mit kurzen Erläuterungen. Ausführlich werden die Indikatoren im jeweiligen Teilbericht beschrieben und analysiert.

Geographisch liegt die Großregion im Herzen des historischen Zentrums von Europa zwischen den Ballungsräumen Brüssel, Rhein-Ruhr, Rhein-Main, Rhein-Neckar, Basel/Mulhouse und Paris. Zu diesem europäischen Kooperationsraum, der die Grenzen von vier Nationalstaaten überschreitet und in dem offiziell drei verschiedene Sprachen gesprochen werden, gehören:

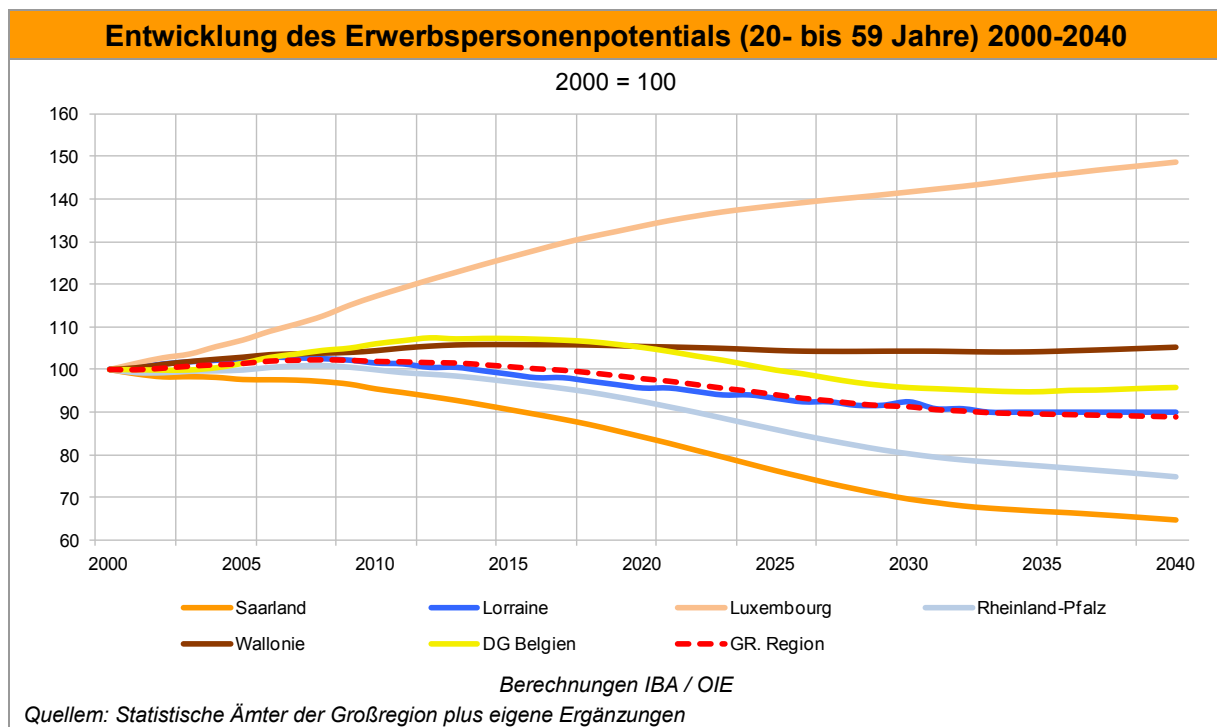
- ▶ die deutschen Bundesländer Saarland und Rheinland-Pfalz
- ▶ die französische Region Lothringen,
- ▶ das Großherzogtum Luxemburg,
- ▶ die Wallonische Region in Belgien mit der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Demografische Entwicklung

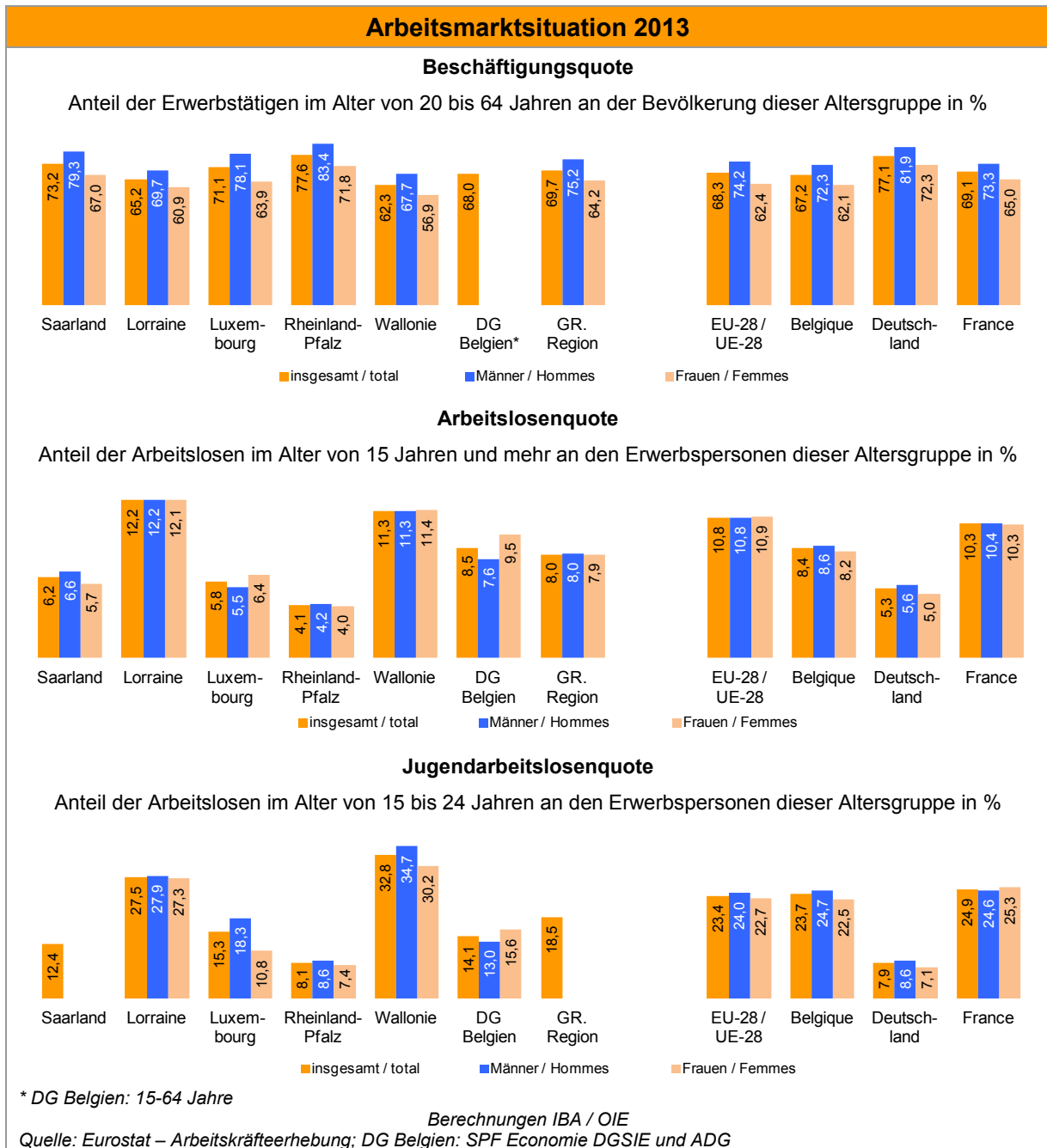
Am ersten Januar 2013 lebten in der Großregion über 11,4 Millionen Menschen, was 2,3% der Gesamtbevölkerung auf dem Gebiet der Europäischen Union (EU-28) entspricht. Mit vier Millionen Einwohnern ist Rheinland-Pfalz die mit Abstand bevölkerungsreichste Teilregion, gefolgt von der Wallonie (inkl. DG) mit knapp 3,5 Mio. Einwohnern. An dritter Stelle folgt Lothringen, wo Anfang 2013 rund 2,35 Mio. Menschen lebten. Auf die kleinsten Teilregionen Saarland und Luxemburg entfallen jeweils rund eine Millionen bzw. etwas über eine halbe Millionen. Die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens besteht aus rund 76.000 Personen.



Seit 1970 ist die Bevölkerung der Großregion um 805.187 Einwohner (+7,6%) auf über 11,4 Millionen Menschen im Jahr 2013 angestiegen. Dieses Wachstum wurde getragen von der Entwicklung in Luxemburg, der Wallonie (hier auch der DG Belgien) und Rheinland-Pfalz, während die Einwohnerzahl in Lothringen mehr oder minder stagniert und im Saarland rückläufig ist. Auf dem Gebiet der heutigen EU-28 konnte im gleichen Zeitraum ein Plus von 15,3% verzeichnet werden. Das im europäischen Vergleich geringere Bevölkerungswachstum in der Großregion lässt sich auch in jüngerer Zeit beobachten: Nach der Hochphase Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre haben sich die Zuwächse im Kooperationsraum seit Mitte der 1990er Jahre merklich abgeschwächt und belaufen sich für den Zeitraum 2000 bis 2013 nur noch auf +2,2% (EU-28: +5,1%).



Bei Betrachtung der demografischen Entwicklung muss auch der Wandel in der Altersstruktur der Bevölkerung berücksichtigt werden – insbesondere in Hinblick auf die zukünftige Entwicklung der für den Arbeitsmarkt vorwiegend relevanten Altersgruppe der 20- bis unter 60-Jährigen. Für das Jahr 2030 ergeben die Prognosen einen Rückgang auf ein gesamtes Erwerbspersonenpotenzial von 5,54 Millionen Personen in der Großregion. Dies entspricht einer Verminderung um beinahe 616.000 Personen bzw. -10%. Bis zum Jahr 2020 nimmt das Erwerbspersonenpotential mit knapp 3,6% noch vergleichsweise moderat ab. Danach geht das Erwerbspersonenpotential sehr viel stärker zurück: Die Mitte der 50er Jahre bis Anfang der 70er Jahre geborenen geburtenstarken Jahrgänge erreichen das Rentenalter und scheiden nach und nach aus dem Erwerbsleben aus. 2030 sind alle geburtenstarken Jahrgänge mindestens 60 Jahre alt. Insofern ist es nicht überraschend, dass sich der jährliche Potenzialrückgang ab 2030 wieder abschwächt. Alles in allem nimmt das Erwerbspersonenpotenzial bei den gegebenen Annahmen zwischen 2020 und 2040 trotzdem noch einmal um gut 9% ab, so dass – ausgehend von 2013 – insgesamt ein Rückgang um über 750.000 Personen denkbar ist. Allerdings gibt es dabei regional enorme Unterschiede. Diese und weitere Ausführungen zur Bevölkerung in der Großregion finden sich in dem IBA-Teilbericht „Demografische Entwicklung“.



Beschäftigungsquote (am Wohnort)

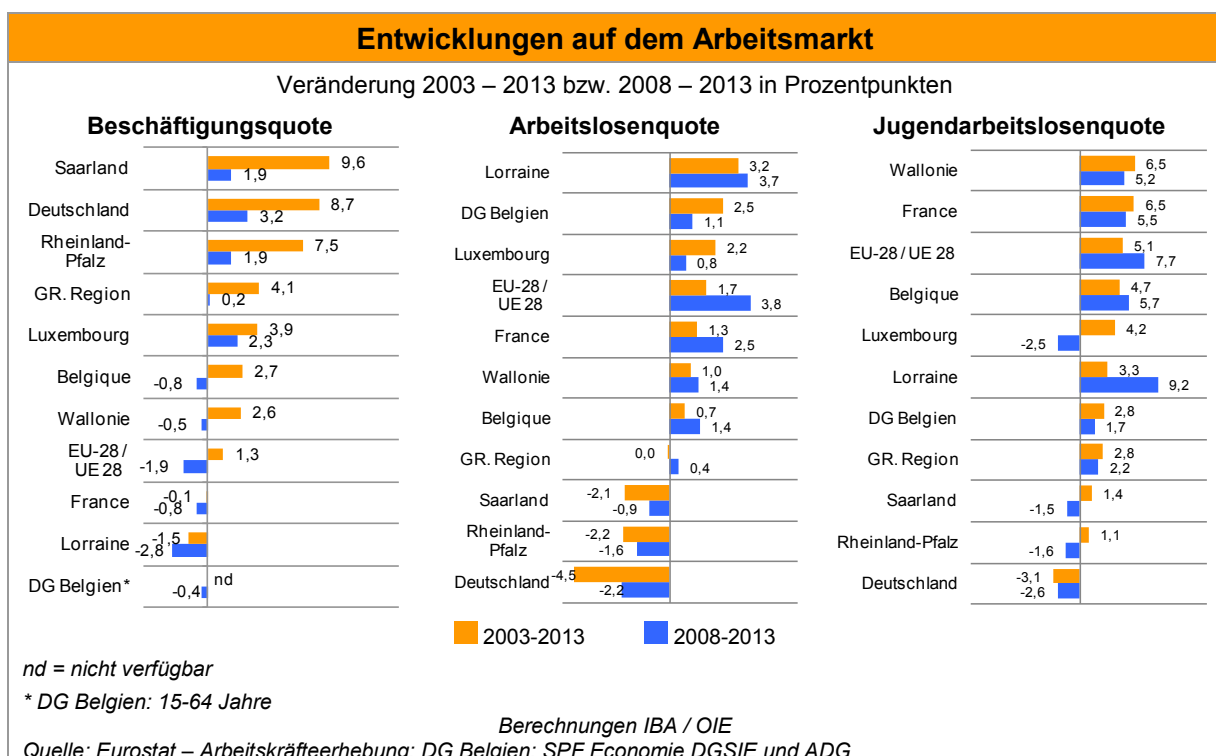
Eines der Kernziele der Strategie Europa 2020 lautet, die Beschäftigungsquote der 20- bis 64-Jährigen bis zum Jahr 2020 auf 75% zu erhöhen. Insbesondere Frauen, junge Menschen und ältere Arbeitnehmer sollen intensiver am Erwerbsleben beteiligt werden. Im Jahr 2013 belief sich die Beschäftigungsquote in der Großregion auf 69,7%. Damit lag der Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung 1,4 Prozentpunkte höher als in der EU-28. Auf großregionaler wie europäischer Ebene sind aber noch einige Anstrengungen zu unternehmen, um die Zielmarke von 75% zu erreichen. Die Zunahme der Beschäftigungsquote verlief in den vergangenen Jahren nur stockend: Seit 2003 ergab sich im Kooperationsraum ein Plus von 4,1 Prozentpunkten. Dieser Anstieg ist in erster Linie auf Zuwächse bei der weiblichen Beschäftigung zurückzuführen (+7,1 Pp; Männer: +1,0 Pp). Dennoch lag der „Gender Gap“ 2013 noch immer bei 11%.

Arbeitslosenquote nach Eurostat

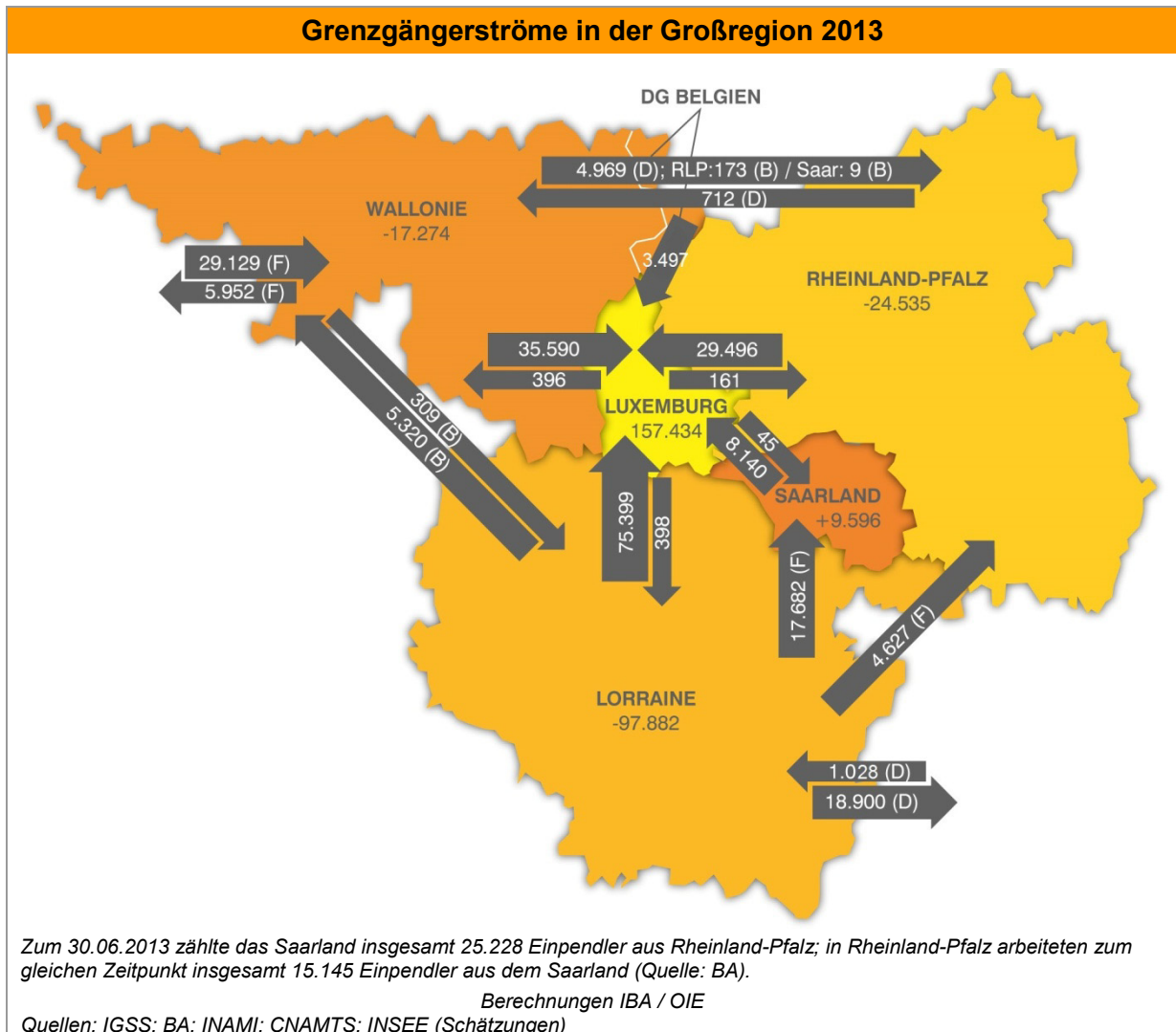
Die Arbeitslosenquote betrug 2013 in der Großregion 8,0% und lag damit fast drei Prozentpunkte unter dem europäischen Niveau (10,8%). Dieser Unterschied lässt sich vor allem mit der Entwicklung der vergangenen fünf Jahre erklären: Seit dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008 ist die Arbeitslosenquote in der EU-28 um 3,8 Prozentpunkte gestiegen, in der Großregion nur um 0,4%. Innerhalb des Kooperationsraums verzeichnet Lothringen mit 12,2% die höchste Arbeitslosigkeit, Rheinland-Pfalz mit 4,1% die niedrigste. Seit 2008 erlebten die deutschen Regionen eine Entspannung der Arbeitslosigkeit, während der Anstieg in Lothringen am stärksten ausfiel.

Jugendarbeitslosigkeit

Problematisch gestaltete sich insbesondere die Situation der Jugendlichen: 2013 waren 18,5% der 15- bis 24-jährigen Erwerbspersonen ohne Arbeit. Das waren zwar deutlich weniger als in der EU-28 (23,4%), aber innerhalb der Großregion erreichten die Wallonie (32,8%) und Lothringen (27,5%) Werte über dem europäischen Niveau. Auch in Luxemburg waren 15,3% der unter 25-jährigen Erwerbspersonen arbeitslos. Merkwürdig unter diesen Ergebnissen – aber über dem gesamtdeutschen Durchschnitt – blieben die beiden deutschen Bundesländer (Saarland 12,4%, Rheinland-Pfalz 8,1%). In den vergangenen fünf Jahren hatte vor allem Lothringen unter einer Verschärfung der Situation zu leiden, aber auch in der Wallonie hat die Jugendarbeitslosigkeit weiter stark zugenommen.



Weitere Informationen zu Beschäftigung und Arbeitslosigkeit finden sich im vorliegenden IBA-Teilbericht „Situation des Arbeitsmarktes“ sowie zu atypischen Beschäftigungsformen im IBA-Teilbericht „Atypische Arbeits- und Beschäftigungsformen“ und zur Lage von Jugendlichen im IBA-Teilbericht „Situation junger Menschen“.



Grenzgängermobilität

Auch im Jahr 2013 zählte die Großregion wieder mehr grenzüberschreitende Arbeitnehmer als in den Jahren zuvor. Seit der Wirtschafts- und Finanzkrise ist der stetige Aufwärtstrend allerdings in seiner Dynamik gebremst: bis 2008 fielen die jährlichen Veränderungsraten mit rund 5% bis 7% wesentlich höher aus als in den Folgejahren (0,6% bis 2,3%). Auch im vergangenen Jahr 2013 fiel der Wachstumsschub mit einem Anstieg um lediglich 0,6% eher gering aus. Insgesamt verzeichnete die Großregion 2013 rund 213.400 grenzüberschreitend mobile Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Einpendler). Lediglich in der Schweiz sind mehr Berufspendler mit ausländischem Wohnsitz beschäftigt. Über die Hälfte aller Grenzgänger im Gebiet der Großregion kam 2013 aus Frankreich und fast drei Viertel arbeiteten in Luxemburg. Die stetige Intensivierung der grenzüberschreitenden Arbeitnehmermobilität in der Großregion ist jedoch nicht in allen Teilgebieten zu beobachten. Der allgemeine Anstieg der Grenzgängerzahlen seit 2004 um über ein Drittel lässt sich insbesondere auf die Entwicklungen in Luxemburg und der Wallonie zurückführen. Die deutschen Bundesländer hingegen registrieren im gleichen Zeitraum einen Rückgang der zum Großteil aus Frankreich kommenden Arbeitnehmer.

Detaillierte Informationen zum Pendlergeschehen in der Großregion finden sich in dem IBA-Teilbericht „Grenzgängermobilität“.

Methodische Vorbemerkungen

Datengrundlage

Die für den Teilbericht „Situation junger Menschen“ verwendete Datengrundlage basiert für die Kapitel 2. „Beschäftigungssituation“, 3. „Arbeitslosigkeit“, 5. „Bildungssituation“ und 6. „Armut“ im Wesentlichen auf Informationen von Eurostat. Dabei gilt, dass für einige Indikatoren keine Daten auf regionaler Ebene zur Verfügung standen, so dass auf Informationen zu den vier Ländern, zu denen die Teilgebiete der Großregion gehören, zurückgegriffen wurde. Die für die Kapitel 1. „Demografische Aspekte“ sowie Kapitel 4. „Mobilität junger Menschen“ verwendete Datengrundlage basiert im Wesentlichen auf den Informationen der Statistischen Ämter der Großregion¹ sowie aus Informationen des Geoportals der Großregion GIS-GR². Bestehende Datenlücken wurden dabei soweit als möglich durch das Bearbeiterteam geschlossen bzw. durch weiterführende Daten ergänzt. Weitere Informationen stammen aus eigenen Recherchen über die regionalen und/oder nationalen Statistischen Ämter.

Datenstand

Angesichts verschiedener Datenquellen und jeweils regionaler und nationaler Besonderheiten sind nicht für alle statistischen Angaben identische Zeiträume verfügbar. Aus diesem Grund ist es verständlich, dass hinsichtlich der Aktualität des verwendeten Datenmaterials Abstriche gemacht werden müssen. Das Bearbeiterteam hat sich um größtmögliche Aktualität bemüht; die verwendeten Daten beziehen sich im Wesentlichen auf die Jahre 2012 / 2013 und entsprechen – sofern nicht anders angegeben – dem Stand April bis Juli 2014.

Definitionen und methodische Hinweise³

Zu den Bevölkerungsdaten:

Bei dem Verweis auf einzelne Jahre ist zu berücksichtigen, dass bei den Bevölkerungsdaten – wie in den überwiegenden Teilregionen der Großregion üblich – jeweils der 1. Januar verwendet wurde und nicht wie in Deutschland auf den 31.12. Bezug genommen wurde. Aus dem 31.12.2012 wurde so z.B. der 01.01.2013.

Zu den Eurostat-Daten – Arbeitskräfteerhebung:

Die herangezogenen Daten von Eurostat stammen im Wesentlichen aus den Regionalstatistiken von Eurostat. Zu nennen ist hier insbesondere die Arbeitskräfteerhebung (AKE), die auf europäischer Ebene die wesentliche Quelle vergleichbarer Informationen über die regionalen Arbeitsmärkte darstellt. Grundlage der als Stichprobenerhebung konzipierten AKE sind EU-weit harmonisierte Normen und Definitionen zu Beschäftigung, Erwerbslosigkeit und Nichterwerbstätigkeit, die – im Unterschied zu den jeweils länderspezifischen Definitionen und Konzepten auf Basis gesetzlicher Bestimmungen – in einem in sich abgestimmten und har-

¹ Im Jahr 2006 haben die Statistischen Ämter der Großregion mit ihrem Statistikportal einen Zugang zu einer Vielzahl an harmonisierten Wirtschafts- und Sozialdaten in der Großregion geschaffen. Bestehende Datenlücken mit Blick auf den IBA-Bericht wurden soweit als möglich durch das Bearbeiterteam des Netzwerks der Fachinstitute geschlossen. Trotz sehr aufwändiger Recherchen und eigener ergänzender Berechnungen ist es aber nicht immer möglich, vergleichbare Daten für alle Teile der Großregion vorzustellen. Am aktuellen Rand handelt es sich häufig um vorläufige Zahlen, die im Nachhinein durchaus wieder Änderungen erfahren können – auch rückwirkend über Zeitreihen hinweg.

² Vgl. <http://www.gis-gr.eu/>

³ Detaillierte Hinweise zu den Datenquellen sowie zu deren Möglichkeiten und Grenzen finden sich im Anhang des Berichts.

monisierten System dargestellt werden, das internationale bzw. grenzüberschreitende Vergleiche ermöglicht.

Erwerbspersonen:

Erwerbspersonen (auch als Erwerbsbevölkerung oder Arbeitskräfte bezeichnet) umfassen die Erwerbstätigen und die Erwerbslosen.

Erwerbsquote (AKE):

Die Erwerbsquote gibt den Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter an.

Erwerbstätige:

Erwerbstätige im Sinne der ILO-Definition sind alle Personen im Alter von mindestens 15 Jahren, die in der Berichtswoche mindestens eine Stunde lang gegen Entgelt oder im Rahmen einer selbständigen oder mithelfenden Tätigkeit gearbeitet haben.

Beschäftigungsquote (AKE):

Die Erwerbstätigenquote ist definiert als der Anteil der erwerbstätigen Personen in einer Altersklasse an der Gesamtbevölkerung dieser Altersklasse.

Teilzeitbeschäftigung (AKE):

Es wird lediglich Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigung unterschieden. Eine genauere Unterscheidung ist nicht möglich, weil die Arbeitszeiten je nach Region und Wirtschaftszweig unterschiedlich sind.

Befristete Beschäftigung (AKE):

Eine Tätigkeit wird als befristet betrachtet, wenn sie entweder nach einer im Vorhinein festgesetzten Dauer endet oder sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer einig sind, dass ihre Beendigung von objektiven Bedingungen abhängt, beispielsweise von der Erledigung eines Auftrags oder der Rückkehr eines Arbeitnehmers, der vorübergehend ersetzt wurde.

Arbeitslose:

Arbeitslose sind alle Personen im Alter zwischen 15 und 74 Jahren, die in der Berichtswoche ohne Arbeit waren, zu dem Zeitpunkt für eine Arbeit verfügbar und innerhalb der letzten vier Wochen aktiv auf Arbeitssuche waren oder bereits eine Arbeit gefunden hatten, die sie innerhalb der nächsten drei Monate aufnehmen würden.

Arbeitslosenquote (AKE):

Die Arbeitslosenquote ist definiert als der prozentuale Anteil der Arbeitslosen an den Erwerbspersonen (Summe aus Erwerbstätigen und Arbeitslosen). Die Arbeitslosenquote kann nach Alter und Geschlecht aufgeschlüsselt werden.

Jugendarbeitslosenquote:

Der prozentuale Anteil der Arbeitslosen im Alter zwischen 15 und 24 an den Erwerbspersonen dieser Altersgruppe.

Jugendarbeitslosenanteil:

Der prozentuale Anteil der Arbeitslosen im Alter zwischen 15 und 24 an der Bevölkerung dieser Altersgruppe.

Langzeitarbeitslosigkeit (AKE):

Die Langzeitarbeitslosenquote gibt den Anteil derjenigen Personen an der Erwerbsbevölkerung an, die länger als zwölf Monate arbeitslos sind.

NEET-Rate (AKE):

Not in Employment, Education or Training – Nichterwerbstätige Jugendliche im Alter von 18-24 Jahren, die an keiner Bildung und Ausbildung teilnehmen.

Gender Gap:

Bezeichnung eines geschlechtsspezifischen Gefälles (Statistische Unterschiede zwischen Männern und Frauen).

Grenzgänger:

Nach EU-Gemeinschaftsrecht (vgl. Verordnung (EG) Nr. 883/2004) sind unter Grenzgängern solche Arbeitnehmer und Selbständige zu verstehen, die in einem Mitgliedstaat arbeiten und in einem anderen wohnen, in den sie in der Regel täglich, jedoch mindestens einmal wöchentlich, zurückkehren. Diese Definition gilt für den sozialen Schutz der betreffenden Arbeitnehmer. Laut der steuerrechtlichen Definition ist ein räumlicher Aspekt zu berücksichtigen, nach dem ein Grenzgänger in einem – zumeist in bilateralen Doppelbesteuerungsabkommen definierten – Gebiet dies- und jenseitig der Staatsgrenze wohnen und arbeiten muss.

ISCED-Klassifikation:

Die Internationale Standardklassifikation für das Bildungswesen (ISCED) ist ein Instrument zur Erstellung international vergleichbarer Bildungsstatistiken. Die verwendete Version (ISCED 97) unterscheidet sieben Bereiche, welche sich ebenfalls in den Ausführungen im Anhang des Berichts finden.

Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgänger (AKE):

„Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgänger“ sind Personen im Alter von 18-24 Jahren, die sich nicht oder nicht mehr in (Aus-) Bildung oder Weiterbildung befinden und nicht über einen Abschluss des Sekundarbereichs II verfügen. Die nationalen Definitionen und Konzepte zum vorzeitigen Verlassen des Bildungssystems und Schul- und Ausbildungsabbruch sind jedoch je nach Land unterschiedlich; beispielsweise endet die Schulpflicht nicht in allen Ländern im selben Alter: die Spanne reicht von 15 bis 18 Jahren.⁴

Armutsgefährdungsquote:

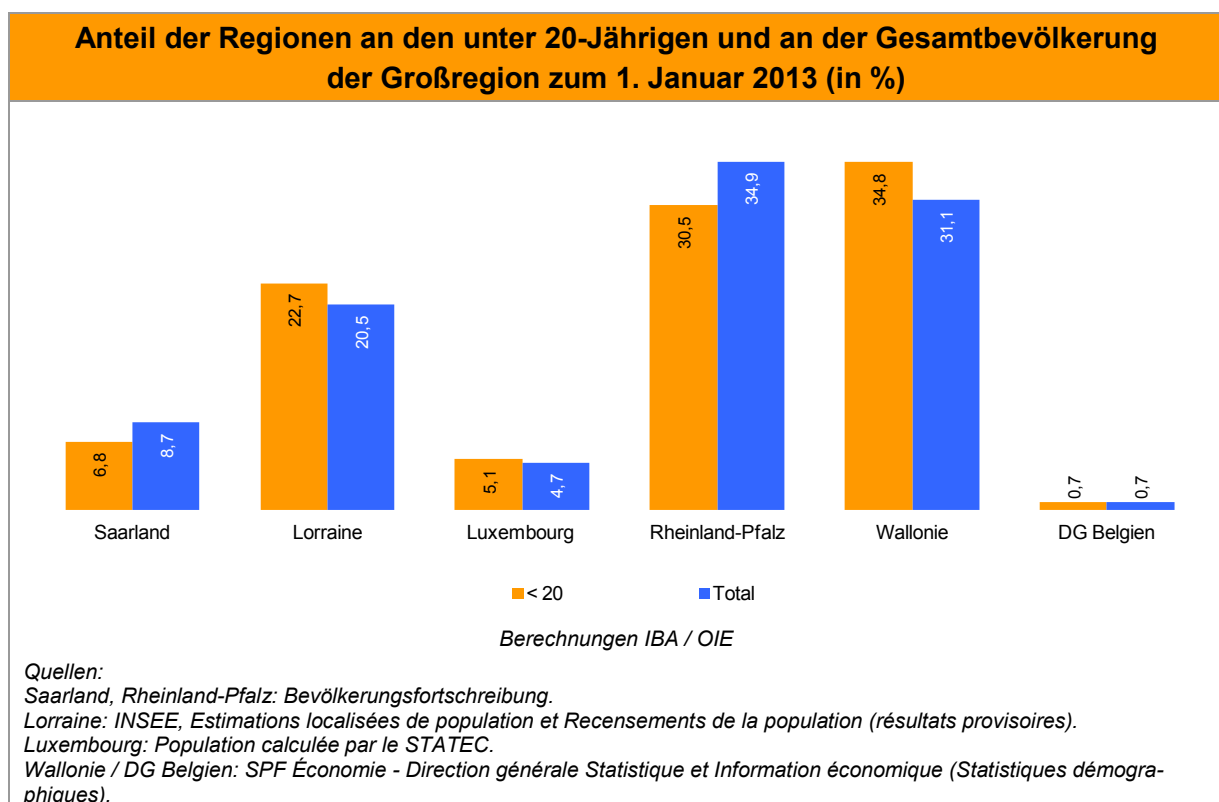
Die Armutsgefährdungsquote ist definiert als der Anteil der Personen mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle, die bei 60 % des nationalen verfügbaren Medianäquivalenzeinkommens liegt.

⁴ Vgl. CEDEFOP: Junge Menschen in der (beruflichen) Bildung halten: Funktionierende Konzepte, Kurzbericht Dezember 2013, S.1.

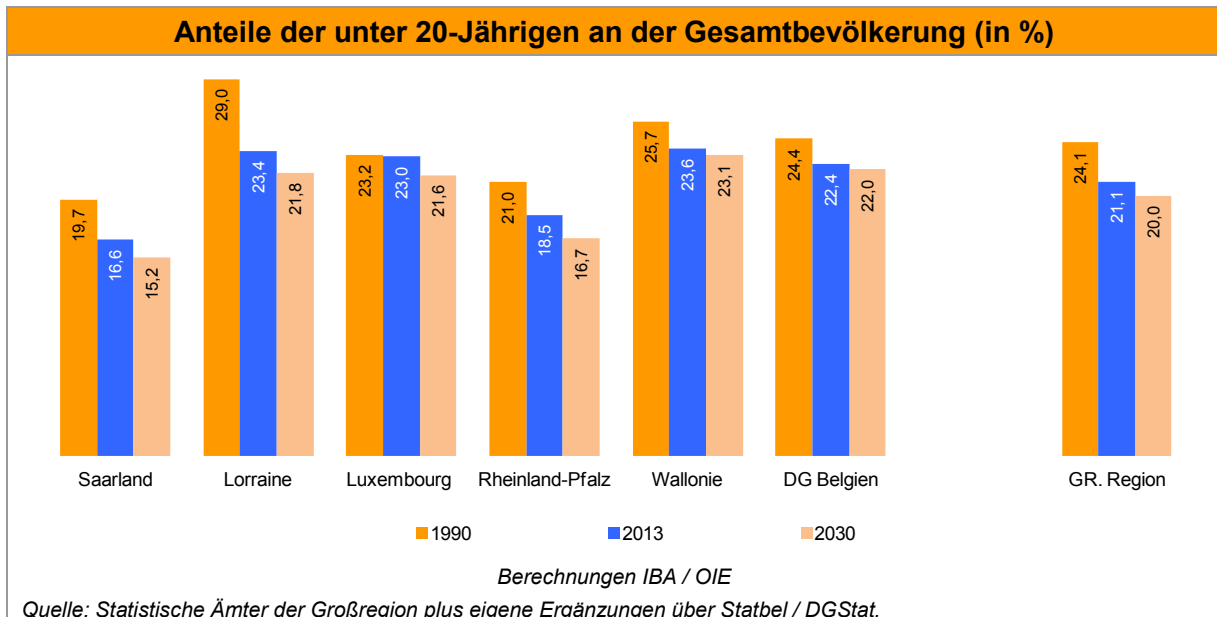
1. Demografische Aspekte

Die meisten Jugendlichen der Großregion leben in der Wallonie

Die Bevölkerung der Großregion verteilt sich ca. zu je einem Drittel auf Rheinland-Pfalz und auf die Wallonie, gefolgt von Lothringen mit gut einem Fünftel. Die übrigen Bewohner kommen aus dem Saarland (rund 7%), Luxemburg (rund 5%) und der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens (0,7%). Betrachtet man die Bevölkerungsgruppe der unter 20-Jährigen, ändert sich die Verteilung. Für Lothringen, Luxemburg und vor allem die Wallonie sind die Anteile größer als an der Gesamtbevölkerung, für die deutschen Teilregionen liegen die Werte der jungen Menschen niedriger. Der Anteil der DG Belgien an den unter 20-Jährigen in der Großregion entspricht genau dem Anteil an der Gesamtbevölkerung.



Insgesamt leben in der Großregion 2.419.291 junge Menschen unter 20 Jahren, das entspricht 21,1% der Gesamtbevölkerung. Mit einer Anzahl von 842.340 wohnen die meisten von ihnen in der Wallonie, wo sie 23,6% der Einwohner stellen. Es folgen die jungen Rheinland-Pfälzer mit 738.638. Dort machen diese nur 18,5% der Bevölkerung aus. In Lothringen wohnen mehr als eine halbe Millionen Kinder und Jugendliche (549.797). Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung liegt mit 23,4% überdurchschnittlich hoch. Im Saarland ist der Anteil mit 16,6% im großregionalen Vergleich am geringsten (Gesamtzahl: 165.150). Die 123.366 luxemburgischen unter 20-Jährigen entsprechen 23% der Gesamtbevölkerung im Großherzogtum. Einen ähnlich hohen Anteil nehmen die 17.090 jungen Menschen in der DG ein (22,4%).

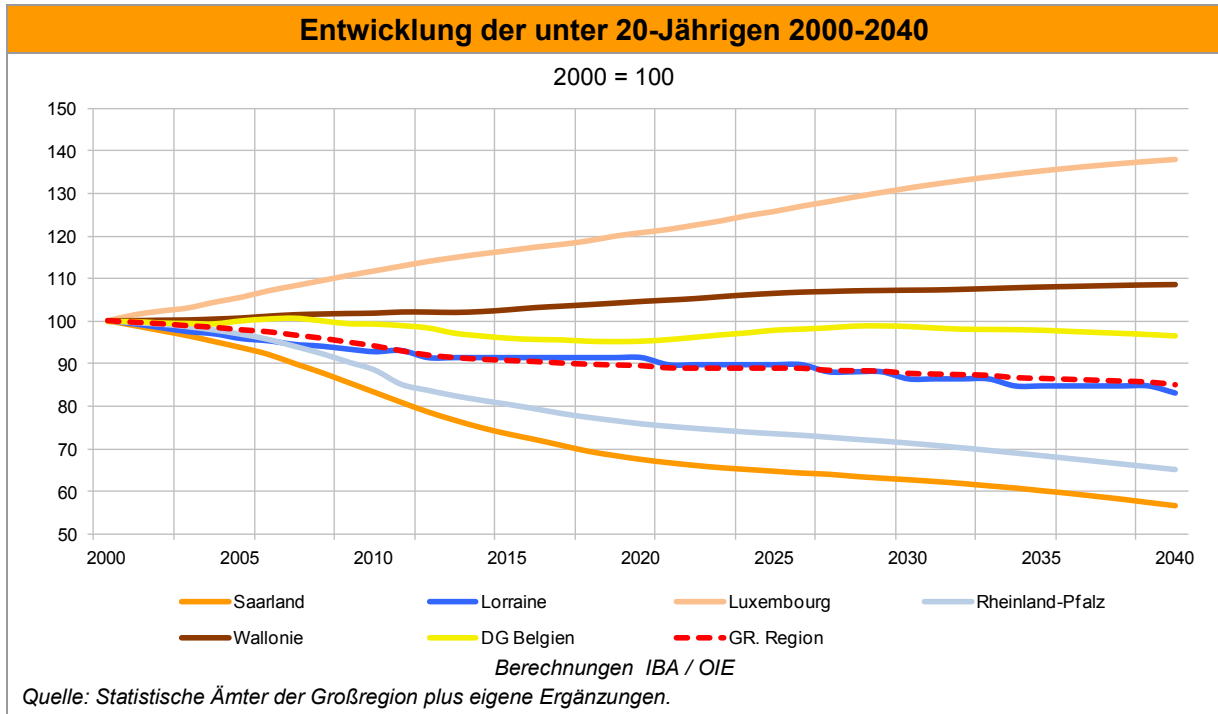


2030 vermutlich nur noch jeder fünfte Einwohner der Großregion unter 20 Jahre alt

Verglichen mit dem Jahr 1990 verzeichnen alle Regionen des Kooperationsraums ein Rückgang des Anteils der jungen Bevölkerung, auf großregionaler Ebene entspricht dieser -3,0 Prozentpunkten. Am stärksten ausgeprägt ist das Minus mit 5,6 Prozentpunkten in Lothringen, am geringsten in Luxemburg (-0,2 Pp). Prognosen für das Jahr 2030 ergeben, dass die jungen Menschen auch in Zukunft einen immer kleineren Teil der Bevölkerung ausmachen werden. In der Großregion wird der Anteil voraussichtlich um 1,1 Prozentpunkte auf genau 20,0% schrumpfen. Der stärkste Rückgang wird in Rheinland-Pfalz erwartet (-1,8 Pp), in der Wallonie und der DG bleibt der Anteil der jungen Menschen dahingegen relativ stabil (-0,5 Pp bzw. -0,4 Pp). Der anteilige Rückgang ist in den letzten 23 Jahren stärker ausgefallen als der für die nächsten 17 Jahre prognostizierte.

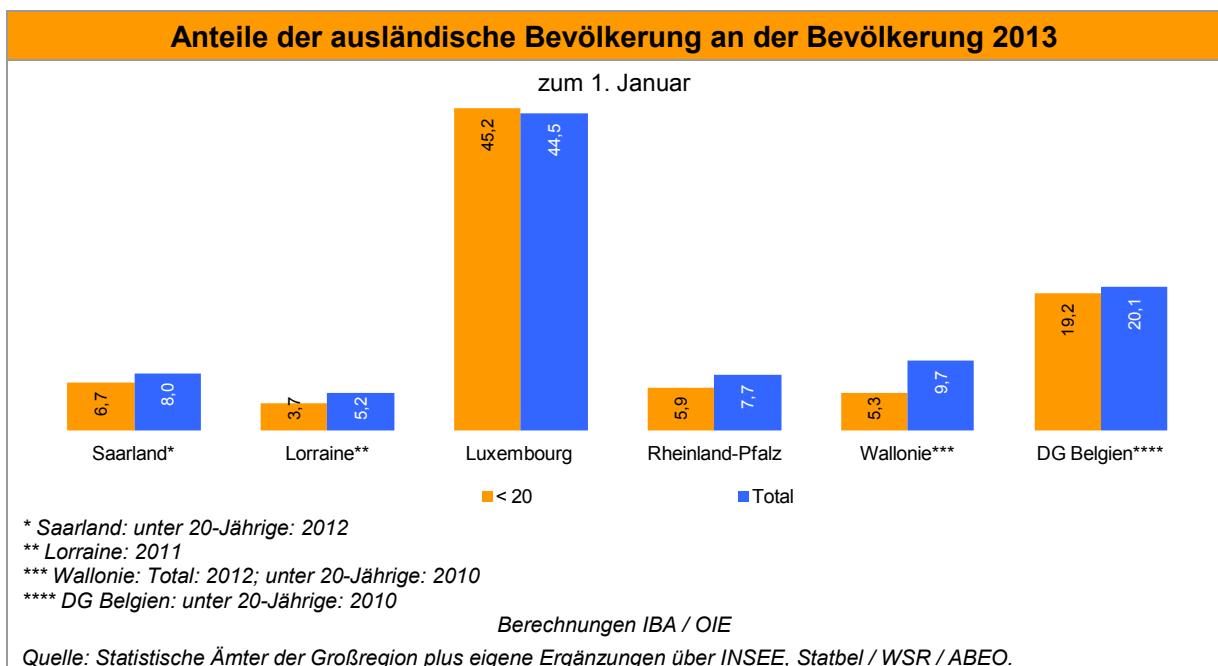
Zuwächse bei den jungen Menschen für Luxemburg und die Wallonie prognostiziert

Nimmt man das Jahr 2000 als Ausgangsjahr, gibt es zwei Regionen in denen die Zahl der Kinder und Jugendlichen bis 2040 ansteigen wird: Luxemburg und die Wallonie. Während der Anstieg im Großherzogtum prozentual größer ist (fast 40%), ist der Anstieg in der Wallonie zahlenmäßig bedeutsamer. Die Zuwächse von rund 40.000 in Luxemburg und rund 70.000 in der belgischen Teilregion können die Verluste in den anderen Regionen jedoch nicht wettmachen, so dass für die Großregion in der Altersklasse der Menschen unter 20 Jahren ein Rückgang um -14,8% oder -391.000 droht. Vor allem das Saarland muss sich auf enorme Einbußen in der jungen Bevölkerung einstellen (-43,4%). Aber auch im bevölkerungsreichen Rheinland-Pfalz werden die Rückgänge spürbar werden (-34,7%). Die Entwicklung der lothringischen Jugend (-16,9%) verläuft fast parallel mit der großregionalen Kurve.



Ausländer bei den unter 20-Jährigen meist unterdurchschnittlich vertreten

Ein weiterer interessanter Aspekt ist der Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Bevölkerung. In den meisten Regionen liegt der Anteil der Ausländer in der Altersgruppe bis 20 Jahre bei unter 7%. Nur in der DG (19,2%) und vor allem im Großherzogtum liegt er deutlich höher (45,2%). Damit sind die ausländischen Mitbürger in allen Teilregionen in der Altersklasse bis 20 Jahren unterdurchschnittlich vertreten – lediglich in Luxemburg stellt sich das Verhältnis umgekehrt dar: Hier gibt es bei den jungen Menschen verhältnismäßig viele Ausländer. Diese Unterschiede lassen sich möglicherweise auch durch unterschiedliche Einbürgerungs-Vorschriften für im Wohnland geborene Kinder ausländischer Eltern erklären.



* Saarland: unter 20-Jährige: 2012

** Lorraine: 2011

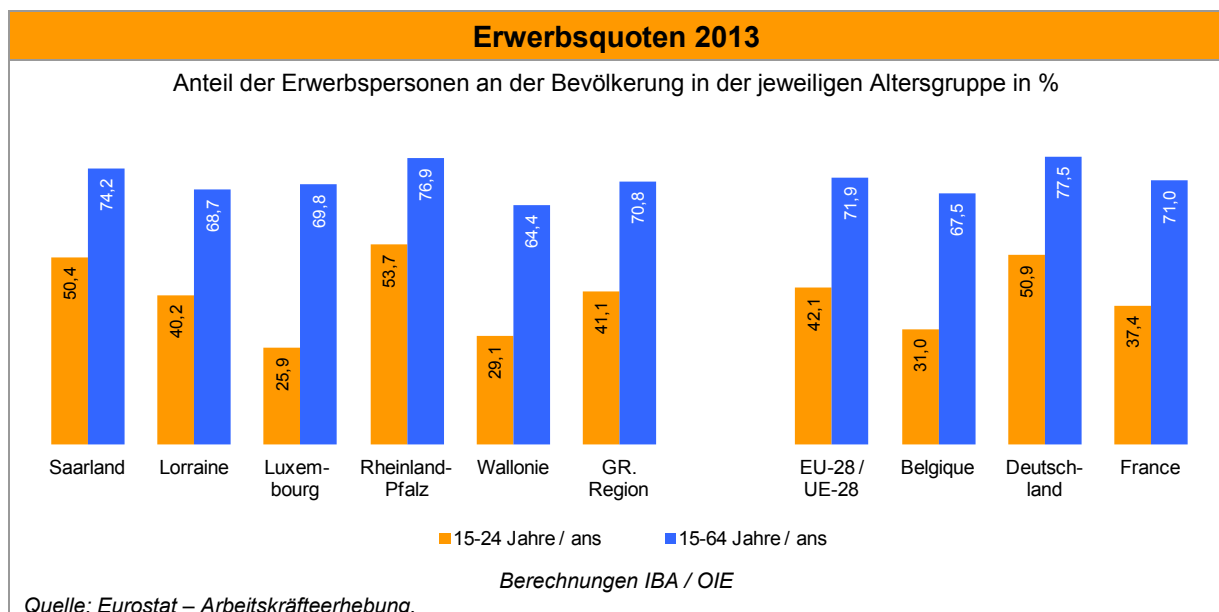
*** Wallonie: Total: 2012; unter 20-Jährige: 2010

**** DG Belgien: unter 20-Jährige: 2010

2. Beschäftigungssituation

2.1 Erwerbsquote

Die Erwerbsquote gibt den Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter an. Sie stellt also dar, wie viele Personen dem Arbeitsmarkt prinzipiell zur Verfügung stehen. In der Großregion leben laut der Arbeitskräfteerhebung der EU fast 5,3 Millionen Erwerbspersonen. Gut eine halbe Millionen (553.000) von ihnen ist zwischen 15 und 24 Jahren alt. Das entspricht einer Erwerbsquote von 70,8% für die Gesamtbevölkerung und 41,1% für die jungen Menschen. Damit bleibt die Großregion in beiden Fällen rund einen Prozentpunkt unter dem Durchschnitt der EU-28.

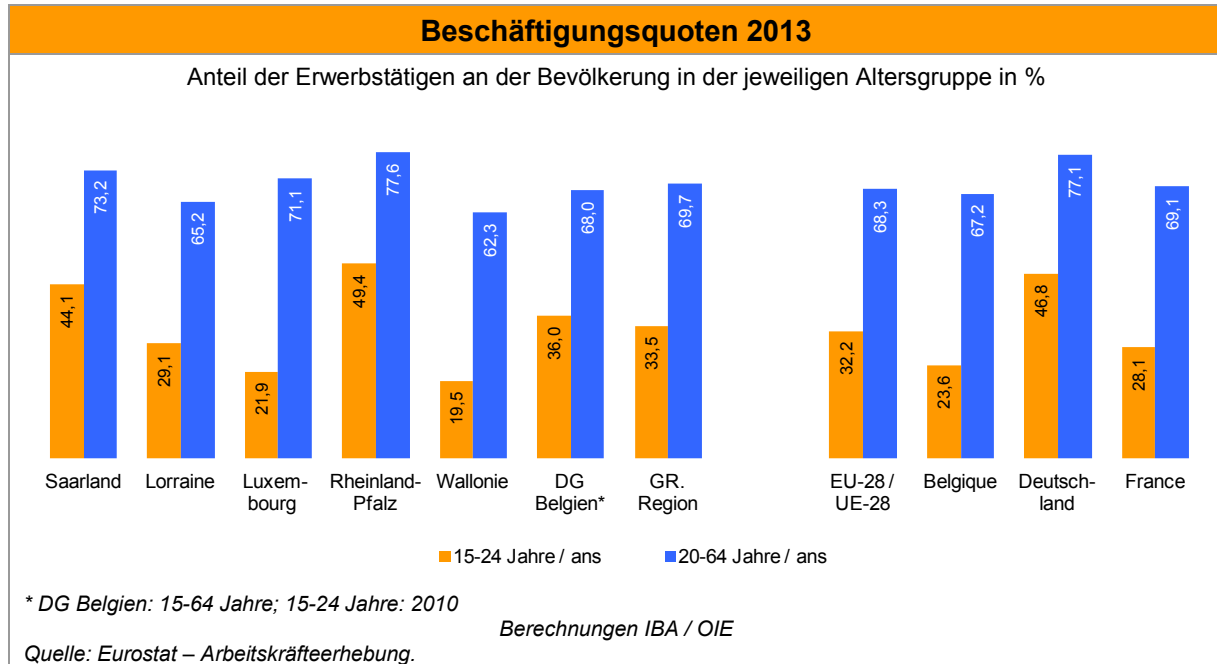


Erwerbsquote junger Menschen stark abhängig von Schul- und Ausbildungssystemen

Die Erwerbsquoten für die Jugendlichen reichen großregional von 25,9% in Luxemburg bis zu 53,7% in Rheinland-Pfalz. Dazwischen liegen die Wallonie (29,1%), Lothringen (40,2%) und das Saarland (50,4%). Um die Ursache für diese Unterschiede zu erklären, ist erstens eine Betrachtung der Definition der Erwerbspersonen notwendig: Im Allgemeinen wird nach ILO-Definition jeder, der für mindestens eine Stunden pro Woche gegen Entgelt oder im Rahmen einer selbständigen oder mithelfenden Tätigkeit arbeitet, als erwerbstätig betrachtet. Schüler und Studenten, die einen (noch so geringfügigen) Nebenjob ausüben, zählen auch als Erwerbspersonen. Während diese Art der Arbeit für junge Menschen in einigen Teilregionen sehr gebräuchlich ist, sind Nebenjobs während Schulzeit oder Studium in Luxemburg eher unüblich. Ein zweiter Erklärungsgrund sind Unterschiede in der Organisation der Ausbildung: Die französischsprachigen Länder greifen auf ein eher verschultes System zurück, so dass die Auszubildenden als Schüler und nicht als Erwerbstätige registriert sind. In den deutschen Regionen und der DG Belgien sind die Auszubildenden des weit verbreiteten dualen Systems in einem Betrieb angestellt und fallen somit in die Kategorie Erwerbstätige. Diese Systemunterschiede spiegeln sich in den Erwerbsquote wider und sind auch für die Berechnungen der Beschäftigungsquoten (Kapitel 2.2) und der Jugend-Arbeitslosenquoten von Belang (siehe Kapitel 3.1).

2.2 Beschäftigungsquote

Die Beschäftigungsquote ist ein Schlüsselindikator für Arbeitsmarktanalysen. Sie entspricht dem Anteil der Beschäftigten (Erwerbstätigen) an der Gesamtbevölkerung in der gleichen Altersgruppe. Großregional liegt die Beschäftigungsquote der 20- bis 64-Jährigen bei 69,7%, die der 15- bis 24-Jährigen bei 33,5%. Beide Werte liegen damit gut einen Prozentpunkt über dem Durchschnitt der EU-28. Während für die Bevölkerung im Alter von 20 bis 64 Jahren im Rahmen der Europa 2020-Strategie die Zielvorgabe von einer Beschäftigungsquote von 75% formuliert wurde, gibt es keine vergleichbare Zielsetzung für die junge Bevölkerung.

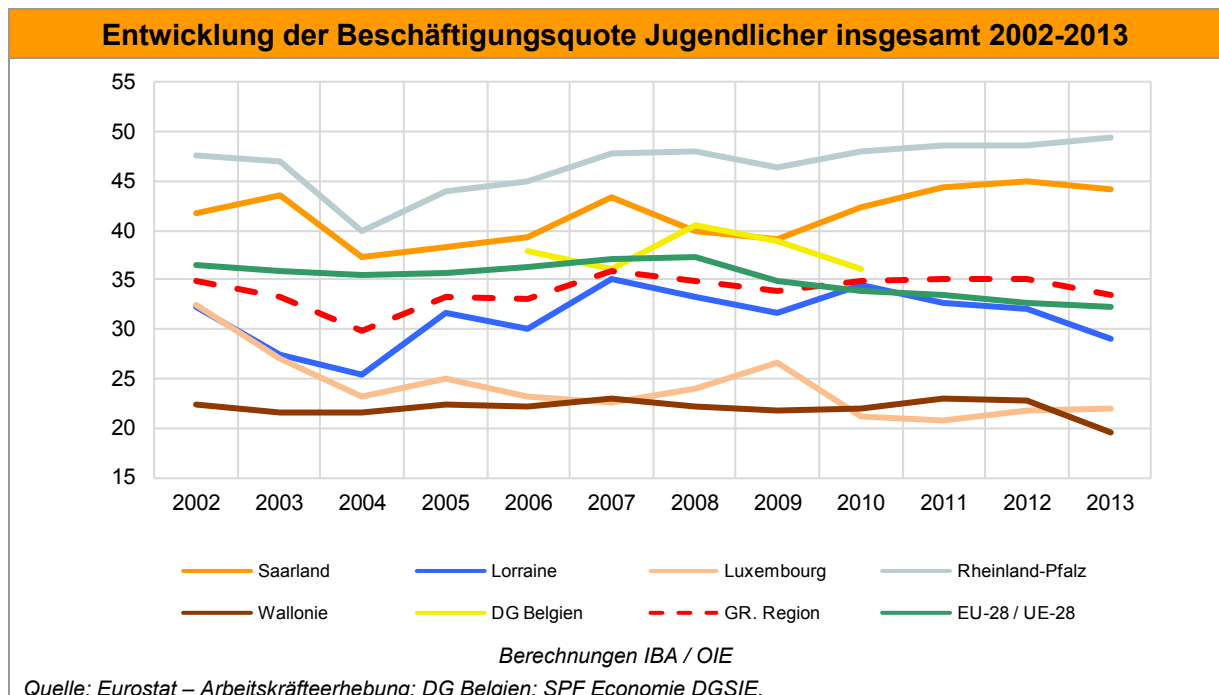


Große Unterschiede in den Beschäftigungsquote der Teilregionen

In der Großregion variieren die Beschäftigungsquoten der jungen Menschen von 19,5% in der Wallonie bis zu 49,4% in Rheinland-Pfalz. Die Tendenzen sind vergleichbar mit der oben dargestellten Erwerbsquote, und auch auf die gleichen Ursachen zurückzuführen (schulisches versus duales Ausbildungssystem, verschiedener Umgang mit Nebenjobs in Schule und Studium). So unterscheiden sich beispielsweise die Beschäftigungsquoten der belgischen Teilregion stark: die Quote der DG Belgien ist mit 36% fast doppelt so hoch wie die der Wallonie (19,5%). Hier zeigt sich, dass die betriebliche Ausbildung sich in der DG größerer Beliebtheit erfreut. Für die deutschen Teilgebiete gilt, dass trotz gleicher oder ähnlicher Systeme das Saarland im Vergleich zum Nachbar-Bundesland um über fünf Prozentpunkte zurück liegt und damit auch unter dem Bundesdurchschnitt bleibt. Die lothringische Beschäftigungsquote liegt mit 29,1% leicht über dem Wert für ganz Frankreich. In jedem Fall bleibt zu berücksichtigen, dass in der Altersgruppe 15-24 Jahre viele junge Menschen nicht in Beschäftigung sind, da sie sich für einen schulischen oder hochschulischen Bildungsweg entschieden haben. Nach ihrem Abschluss werden sie dem Arbeitsmarkt dann (größtenteils) zur Verfügung stehen. Eine niedrige Beschäftigungsquote bei jungen Menschen ist darum nicht unbedingt problematisch. Für eine Problemanalyse sind die Indikatoren der Jugendarbeitslosigkeit und vor allem der NEET-Rate (Jugendliche die sich nicht in Beschäftigung, Aus- oder Weiterbildung befinden) aussagekräftiger.

Finanz- und Wirtschaftskrise mit direkten Auswirkungen auf die Beschäftigung

Bei der Betrachtung der Beschäftigungsquote im Zeitverlauf zeigen sich deutlich die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Beschäftigungsquote junger Menschen in der EU. Seit 2009 ist diese konstant zurückgegangen, im Jahr 2010 lag die Beschäftigungsquote junger Menschen in der EU erstmals unter dem Beschäftigungsniveau der Großregion. Vor allem die Krisensituationen in den südeuropäischen Ländern, welche die Jugend besonders stark treffen, sind für diese Entwicklung verantwortlich. Die Quote für die Großregion ist seit 2007 mit Werten um die 35% relativ stabil, lediglich im Hauptkrisenjahr 2009 und im Jahr 2013 fiel sie unter die Marke von 34%. Dennoch ist die Krise auch in der Großregion noch nicht überstanden. Besonders stark waren die Einbrüche zwischen 2012 und 2013 in der Wallonie (-3,4 Pp) und in Lothringen (-2,9 Pp). Auch im Saarland war die Tendenz negativ (-0,9 Pp). In Luxemburg und Rheinland-Pfalz hingegen konnten im letzten Jahr leichte Zuwächse verzeichnet werden (+0,2 Pp bzw. +0,9 Pp). Aktuelle Werte für die DG stehen leider nicht zur Verfügung.

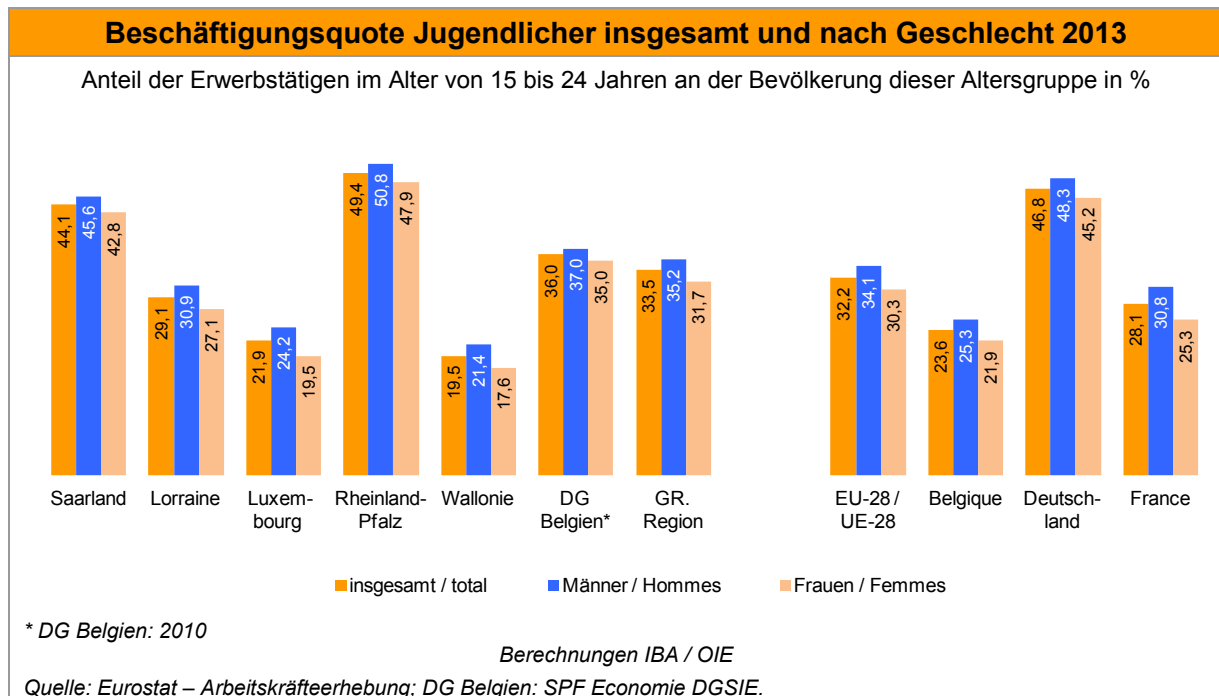


Junge Männer öfter in Beschäftigung als junge Frauen

Die geschlechterspezifische Analyse der Beschäftigungssituation zeigt, dass Männer öfter einer Beschäftigung nachgehen als Frauen. Dies ist auch bei den Jugendlichen in allen Teilregionen der Fall (Gender Gap in der Großregion: 3,5 Prozentpunkte). Für der Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen liegen die Gründe unter anderem auch an den verschiedenen Bildungswegen: die Quote der Studierenden im Tertiärbereich (Hochschulen und Universitäten) liegt bei den Frauen in der Großregion um fast zehn Prozentpunkte höher als bei den Männern (57,9% gegenüber 48,1%). Wenn diese Studentinnen keiner Nebentätigkeit nachgehen, fallen sie auch nicht in die Kategorie der Beschäftigten. Männer entscheiden sich dagegen häufiger für eine Berufsausbildung und stehen dem Arbeitsmarkt somit früher zur Verfügung.

Verglichen mit der EU-28 (3,8 Prozentpunkte) ist der Gender-Gap in der Großregion unwesentlich geringer. Am deutlichsten ist der Unterschied zwischen den Geschlechtern in Lu-

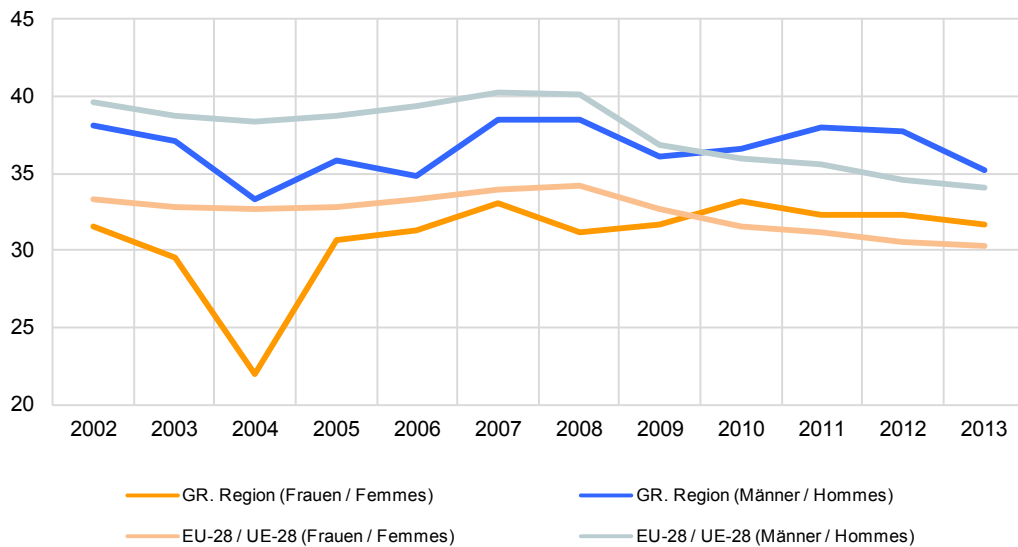
xemburg (4,7 Prozentpunkte). Danach folgen Lothringen und die Wallonie mit jeweils 3,8 Prozentpunkten, sowie das Saarland und Rheinland Pfalz (3,2 Pp und 2,9 Pp.). Die geringste geschlechterspezifische Differenz gibt es in der DG (2,0 Pp im Jahr 2010).



Beschäftigung junger Männer und Frauen im Zeitverlauf

Die Beschäftigungsquoten der jungen Männer und der jungen Frauen auf EU-Ebene entwickeln sich relativ parallel: ab 2004 kontinuierlich ein geringfügiger Anstieg bis 2008, dann erfolgt der krisenbedingte Einbruch, welcher sich ab 2010 gebremst fortsetzt. Ein Unterschied in der Entwicklung ist der deutlich heftigere Einbruch bei den Männern innerhalb des ersten Krisenjahrs. Im zweiten Jahr fiel der Rückgang bei den Männern dann aber etwas weniger stark aus als bei den Frauen (Männer: -3,3 Pp und -0,9 Pp; Frauen: -1,5 Pp und -1,1 Pp). Die großregionalen Kurven verlaufen weniger einheitlich. Auffallend ist vor allem ein starker Einbruch bei den jungen Frauen im Jahr 2004, auf den im Folgejahr ein noch deutlicherer Aufschwung folgt. Aus den Daten der Teilregionen wird deutlich, dass vor allem die Einbrüche im bevölkerungsreichen Rheinland-Pfalz sowie in Lothringen und dem Saarland für den Knick verantwortlich sind. Leider gibt es weder eine volkswirtschaftliche Erklärung, noch Hinweise zu statistischen Details, die diese Entwicklungen erklären könnten. In den Krisenjahren zeigt sich, dass die Beschäftigungsquote der Frauen zwischen 15 und 24 Jahren schon 2008 einbricht, und damit ein Jahr früher als die ihrer männlichen Altersgenossen. Der folgende Aufschwung vollzog sich bei den Frauen in den Jahren 2010 und 2011, bei den Männern verzögert 2011 und 2012. Im Jahr 2013 waren für beide Geschlechter Rückgänge erkennbar, bei den Männern aber deutlich stärker ausgeprägt (2,2 Pp gegenüber 0,6 Pp bei den Frauen).

Entwicklung der Beschäftigungsquote Jugendlicher nach Geschlecht 2002-2013



Berechnungen IBA / OIE

Quelle: Eurostat – Arbeitskräfteerhebung.

Die Erwerbstätigkeit junger Menschen in Luxemburg

Quelle: Stavec: *Der Übergang Jugendlicher von der Ausbildung in die Erwerbstätigkeit, recensement de la population 2011, premiers résultats No. 30, November 2013.*

Der Übergang vom Schulleben in die Erwerbstätigkeit beginnt für die ersten Jugendlichen im Alter von 15 Jahren und ist im Alter von 29 Jahren bei fast allen Erwachsenen abgeschlossen. In Luxemburg sind dann 83,7% erwerbstätig, 4,1% Hausmänner und -frauen und nur 3,1% befinden sich noch in Ausbildung. Mit zunehmendem Alter sinkt auch der Anteil der befristet Beschäftigten, während von den 21-Jährigen noch fast ein Viertel einen befristeten Vertrag hat, ist es bei den 29-Jährigen nur noch knapp jeder Zehnte.

Eine Betrachtung der Beschäftigung in der Altersgruppe 15 bis 29 Jahre nach Wirtschaftszweigen ergibt, dass die „sonstigen Dienstleistungen“ stark von Frauen geprägt sind (zu 74,9%), während der weibliche Anteil im Baugewerbe mit 9,7% am niedrigsten ist. Ausländer sind hier hingegen überproportional vertreten, genau wie bei den „freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“ (zu jeweils über 65%). Junge Luxemburger entscheiden sich auffallend häufig für den öffentlichen Sektor: mit 46,9% ist jeder zweite von ihnen im Bereich „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung, Erziehung/Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen“ beschäftigt.

Hinsichtlich des Erwerbsstatus der 25- bis 29-Jährigen fällt auf, dass Meister und Techniker sowie Personen mit einem beruflichen Abschluss am häufigsten erwerbstätig sind (zu 92,5%, 89,9% bzw. 88,7%). Je niedriger der Bildungsabschluss, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Person arbeitslos ist. Auch Menschen, die ausschließlich im eigenen Haushalt beschäftigt sind, haben tendenziell einen niedrigeren Bildungsabschluss.

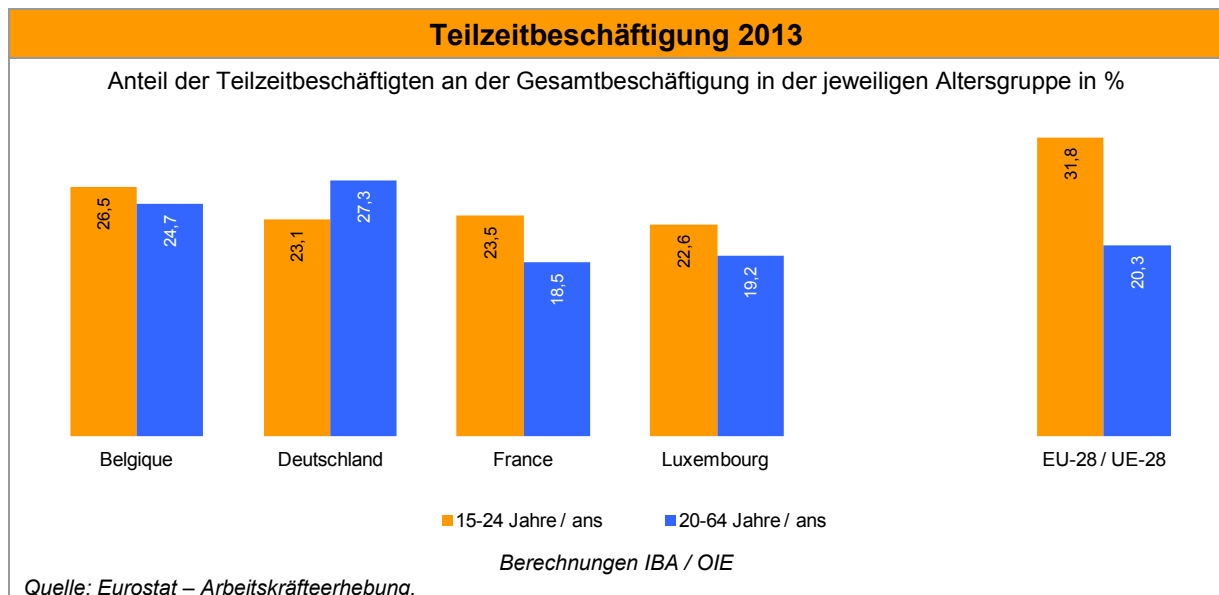
2.3 Teilzeitbeschäftigung

Teilzeitbeschäftigt ist ein Arbeitnehmer oder eine Arbeitnehmerin, wenn seine oder ihre auf Dauer vereinbarte regelmäßige Wochenarbeitszeit kürzer ist als die betriebliche Regelarbeitszeit für Vollzeitkräfte. Die Gründe für eine Teilzeitbeschäftigung sind vielfältig: sie kann vom Arbeitnehmer oder der Arbeitnehmerin gewünscht sein, oder aber der Arbeitgeber beabsichtigt die Teilzeitarbeit, da sie die betriebliche Flexibilität fördert. Da über die Regionalstatistik von Eurostat keine Daten zur Teilzeitbeschäftigung junger Menschen auf regionaler

Ebene zur Verfügung stehen, wurde im Folgenden auf Daten für die vier Länder, zu denen die Teilgebiete der Großregion gehören, zurückgegriffen.

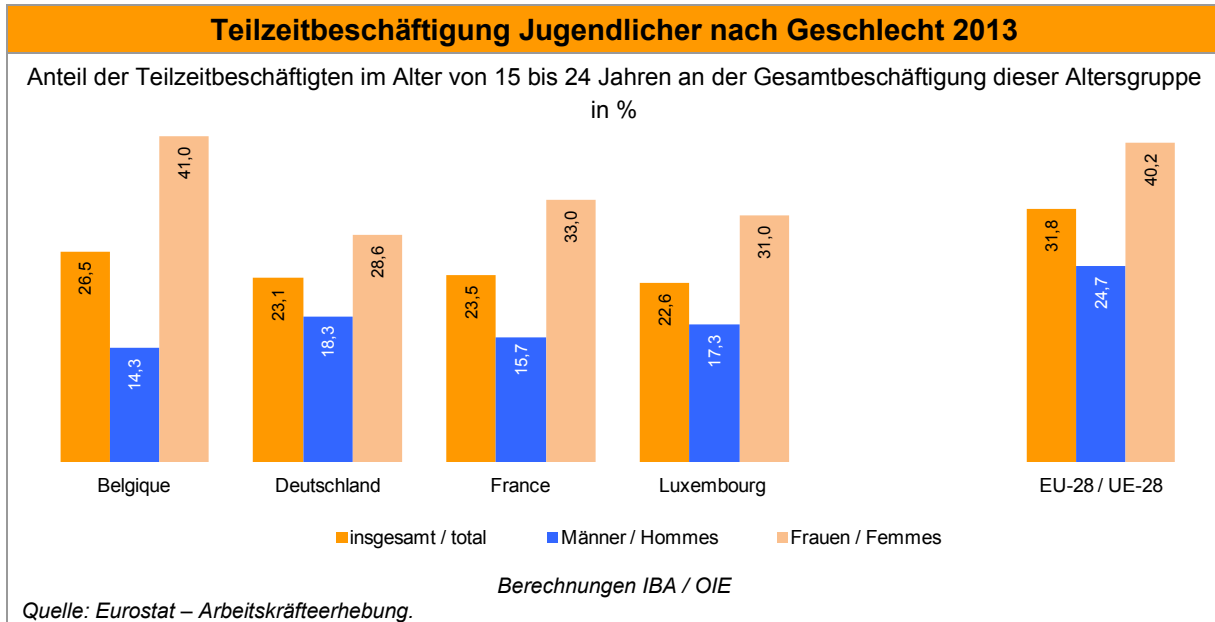
Teilzeit bei jungen Beschäftigten weit verbreitet

In den vier betrachteten Ländern betrug die Spannweite der Teilzeitquoten der 15- bis 24-Jährigen zwischen 22,5% (Luxemburg) und 26,5% (Belgien). Im europäischen Durchschnitt lag der Anteil der jungen Teilzeitbeschäftigten mit 31,8% deutlich höher. Damit gehen die 15- bis 24-Jährigen häufiger einer Teilzeitbeschäftigung nach als die Beschäftigten zwischen 20 und 64 Jahren. Eine Ausnahme hierzu bildet Deutschland, wo das Verhältnis umgekehrt ist: der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen Beschäftigten in Deutschland ist im Länder- und EU-Vergleich relativ hoch – dass dies nicht für die Beschäftigten in der Altersgruppe 15 bis 24 Jahre gilt, liegt wohl daran, dass sich junge Deutsche relativ häufig in einer dualen Berufsausbildung befinden, welche meist nur in Vollzeit angeboten wird.



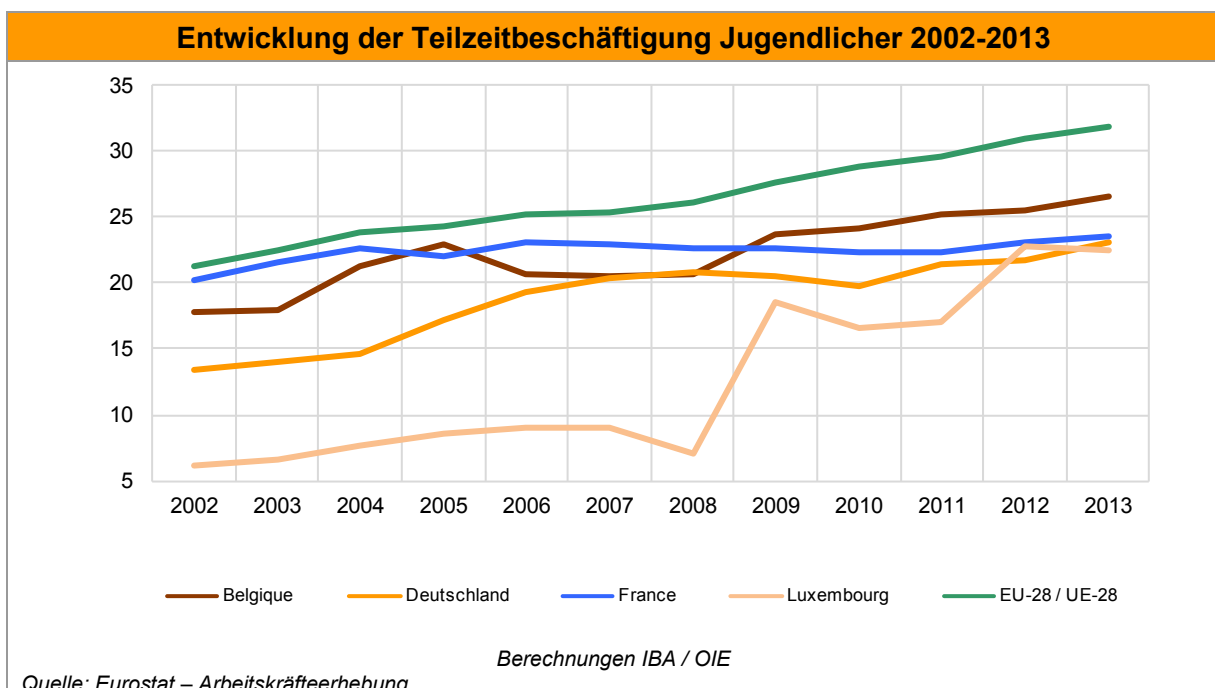
Auch junge Frauen öfter in Teilzeit als junge Männer

Die Betrachtung der nach Geschlechtern differenzierte Teilzeitbeschäftigung zeigt für junge Frauen deutlich höhere Teilzeitbeschäftigungsquoten als für junge Männer. Dies gilt sowohl für alle an der Großregion beteiligten Länder als auch für die EU. Am größten ist der Gender-Gap mit 26,7 Prozentpunkten in Belgien, gefolgt von Frankreich (17,3 Pp). Luxemburg (13,7 Pp) und Deutschland (10,3 Pp) liegen unter dem Wert der EU-28 (15,5 Pp). Bei einem Vergleich mit der Teilzeitbeschäftigung aller Beschäftigten fällt auf, dass die geschlechtsspezifischen Unterschiede im Alter von 20-64 Jahren höher liegen. Demnach arbeiten Männer weniger oft in Teilzeit, wenn sie das jugendliche Alter beendet haben, Frauen hingegen öfter. Trotzdem sind die enormen geschlechtsspezifischen Differenzen bei den Jüngeren erstaunlich, da bei den 15- bis 24-jährigen die – noch immer hauptsächlich von Frauen gesuchte – Vereinbarkeit von Familie und Beruf vermutlich noch eine weniger große Rolle spielt. Möglicherweise handelt es sich bei den Teilzeitjobs der jungen Frauen auch häufig um Nebenverdienst, welche in Kombination mit einem Studium ausgeübt werden.



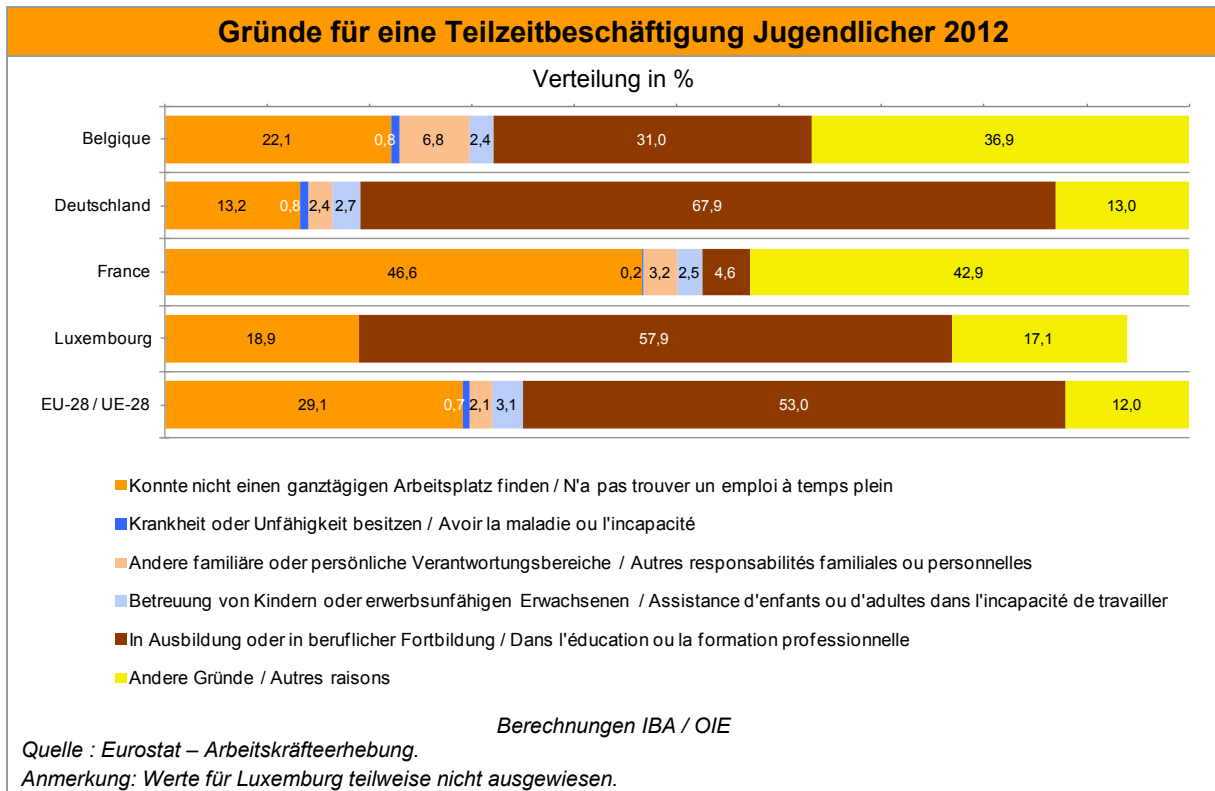
Anstieg der Teilzeitbeschäftigung junger Menschen seit 2002

Seit 2002 hat die Teilzeitbeschäftigung junger Menschen sehr stark zugenommen. Am stärksten fiel der Anstieg im Großherzogtum aus: seit 2002 hat sich der Anteil der in Teilzeit arbeitenden Jugendlichen fast vervierfacht. Auch in Belgien (+8,8 Pp) und in Deutschland (+9,7 Pp) gab es einen deutlichen Zuwachs, in Frankreich betrug dieser nur 3,3 Prozentpunkte. Allerdings wies Frankreich zu Beginn des Betrachtungszeitraums bereits die höchste Teilzeitquote junger Menschen aus. Die Differenzen zwischen den vier Ländern haben sich durch die unterschiedlichen Wachstumsraten seit 2002 stark verringert. Obwohl drei der vier Länder einen stärkeren Anstieg der Teilzeitquoten Jugendlicher verzeichneten als die EU (+9,4 Pp) im Zeitraum 2002-2013, bleiben die Quoten unterhalb des europäischen Durchschnitts.



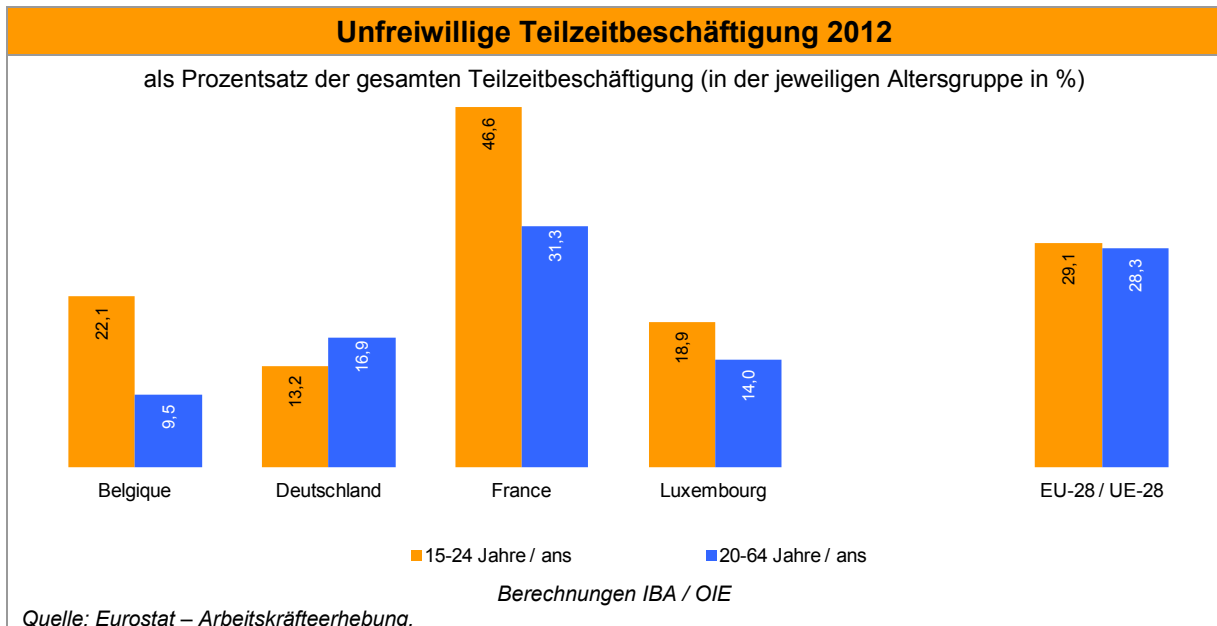
Teilzeitbeschäftigung meist aufgrund eines Aus-/ Weiterbildungsverhältnisses

Die Gründe für eine Teilzeitbeschäftigung sind sehr unterschiedlich. In Deutschland gaben mehr als zwei Drittel aller Befragten „in Ausbildung oder beruflicher Fortbildung“ als Grund für die Teilzeitbeschäftigung an. Möglicherweise wird die Ausbildung von den Befragten als Teilzeitbeschäftigung angesehen, da sie auch regelmäßig die Berufsschule besuchen. Auch in Luxemburg ist dies der Hauptgrund für die Teilzeitbeschäftigung (57,9%), in Belgien für knapp ein Drittel der Befragten. In Frankreich hingegen ist die Aus- oder Weiterbildung nur für 4,6% der jungen Teilzeitbeschäftigten der Hauptgrund für die verkürzte Wochenarbeitszeit. Dort arbeitet beinahe die Hälfte der Befragten (46,6%) unfreiwillig in Teilzeit. Die Betreuung von Kindern oder erwerbsunfähigen Erwachsenen sowie andere persönliche oder familiäre Verantwortungsbereiche spielen als Gründe für die Teilzeitbeschäftigung in der Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen noch relativ selten eine Rolle (von 5,1% in Deutschland bis 9,2% in Belgien).



Unfreiwillige Teilzeitarbeit vor allem in Frankreich ein Problem

Zum Teil liegt der Grund für die Teilzeitbeschäftigung von Jugendlichen darin, dass diese keinen ganztägigen Arbeitsplatz finden konnten und sich demnach unfreiwillig in einem Teilzeit-Arbeitsverhältnis befinden. Dies betrifft in Frankreich mit 46,6% fast jeden zweiten teilzeitbeschäftigten Jugendlichen, in Belgien 22,1%, in Luxemburg 18,9% und in Deutschland 13,2%. Auf Ebene der EU arbeiten beinahe 30% unfreiwillig in Teilzeit. Diese Werte liegen höher als die unfreiwillige Teilzeit bei den Beschäftigten im Alter von 20 bis 64 Jahren (Deutschland bildet hier eine Ausnahme). Junge Menschen haben also öfter Schwierigkeiten, eine Vollzeitstelle zu finden.



2.4 Arbeitnehmer mit einem befristete Vertrag

Auch zur befristeten Beschäftigung stehen keine Eurostat-Daten auf regionaler Ebene zur Verfügung, weswegen erneut auf Angaben für die vier Nationalstaaten, zu denen die Teilregionen der Großregion gehören, zurückgegriffen wurde. Außerdem wurden sowohl weiterführende Studien als auch Daten konsultiert, aus welchen detaillierte, aber nicht-vergleichbare Angaben zum Thema wiedergegeben werden.

Junge Menschen überdurchschnittlich oft von Befristung betroffen

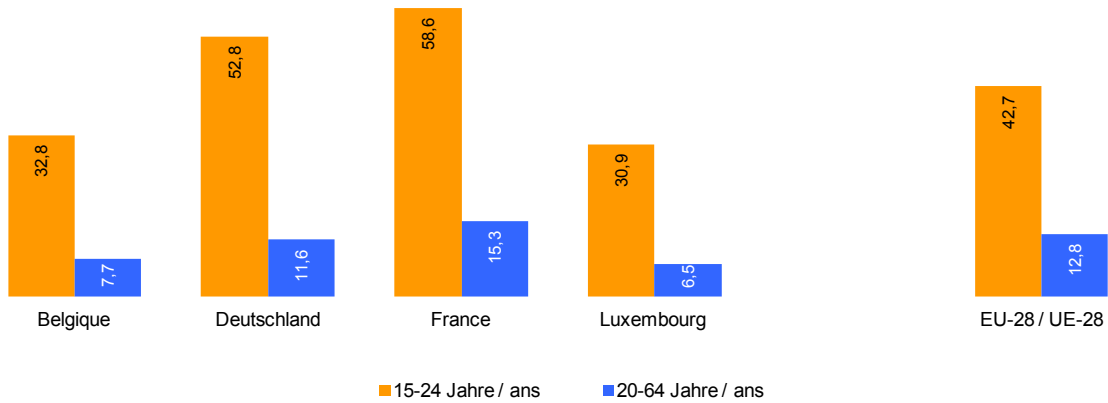
Befristete Verträge stehen in der Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen in allen Regionen auf der Tagesordnung. In Belgien und Luxemburg war 2013 ungefähr jeder Dritte dieser Altersklasse befristet angestellt, in Deutschland und Frankreich mehr als jeder Zweite. Belgien und Luxemburg bleiben damit deutlich unter dem europäischen Durchschnitt (42,7%), Frankreich und Deutschland liegen weit darüber. Auch die Unterschiede zur Befristungsquote der Arbeitnehmerschaft der Altersgruppe 20-64 Jahre sind enorm: die Differenz bewegt sich zwischen 24,4 Prozentpunkten (in Luxemburg) und 43,3 Prozentpunkten in Frankreich. Der Anteil der befristet Beschäftigten nimmt mit zunehmendem Alter ab: laut Statec waren im Großherzogtum 2011 noch 23,9% der 21-Jährigen befristet beschäftigt (*contrat à durée déterminée*), bei den 29-Jährigen waren es nur 9,9%.⁵ Auch in Deutschland kann diese Entwicklung beobachten werden: Laut Mikrozensus 2012 liegt der Anteil bei den 15- bis unter 20-Jährigen bei 32,9% (75,2% mit Auszubildenden). In der Altersgruppe 20 bis 24 Jahre sind 26,3% der Arbeitnehmer betroffen (45,8 mit Auszubildenden), bei den 25- bis unter 30-Jährigen sind es noch 18,2% (bzw. 22,7%, mit Auszubildenden).⁶

⁵ Vgl. Statec: Der Übergang Jugendlicher von der Ausbildung in die Erwerbstätigkeit, Recensement de la population 2011, Premier résultats N°30, November 2013.

⁶ Mikrozensus, 2012 (ohne Leiharbeit).

**Anteil der jugendlichen Arbeitnehmer mit einem befristete Vertrag 2013
(inklusive Leiharbeit)**

Anteil der Arbeitnehmer mit einem befristete Vertrag an der Gesamtbeschäftigung
in der jeweiligen Altersgruppe in %

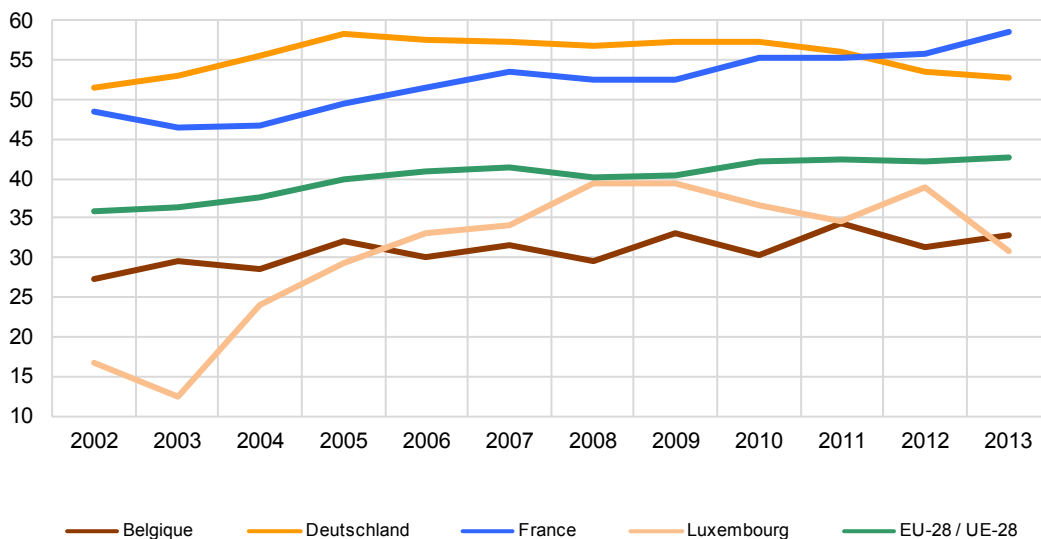


Berechnungen IBA / OIE

Quelle: Eurostat – Arbeitskräfteerhebung.

Die Betrachtung der zeitlichen Entwicklung der befristeten Verträge für junge Menschen zwischen 2002 und 2013 zeigt einen tendenziellen Anstieg in allen vier Ländern sowie im Durchschnitt der EU. Dabei hat während der letzten elf Jahre eine Annäherung der verschiedenen nationalen Werte stattgefunden. Bemerkenswert ist ein enormer Anstieg im Großherzogtum zwischen 2003 und 2008, wobei der Trend im letzten Jahr – genau wie in Deutschland – wieder rückläufig ist. In Frankreich ist seit 2009 hingegen ein Anstieg zu verzeichnen, so dass Frankreich im Jahr 2012 die Spitzenposition bei der befristeten Beschäftigung Jugendlicher von Deutschland übernommen hat.

**Entwicklung der jugendlichen Arbeitnehmer mit einem befristete Vertrag 2002-2013
(inklusive Leiharbeit)**

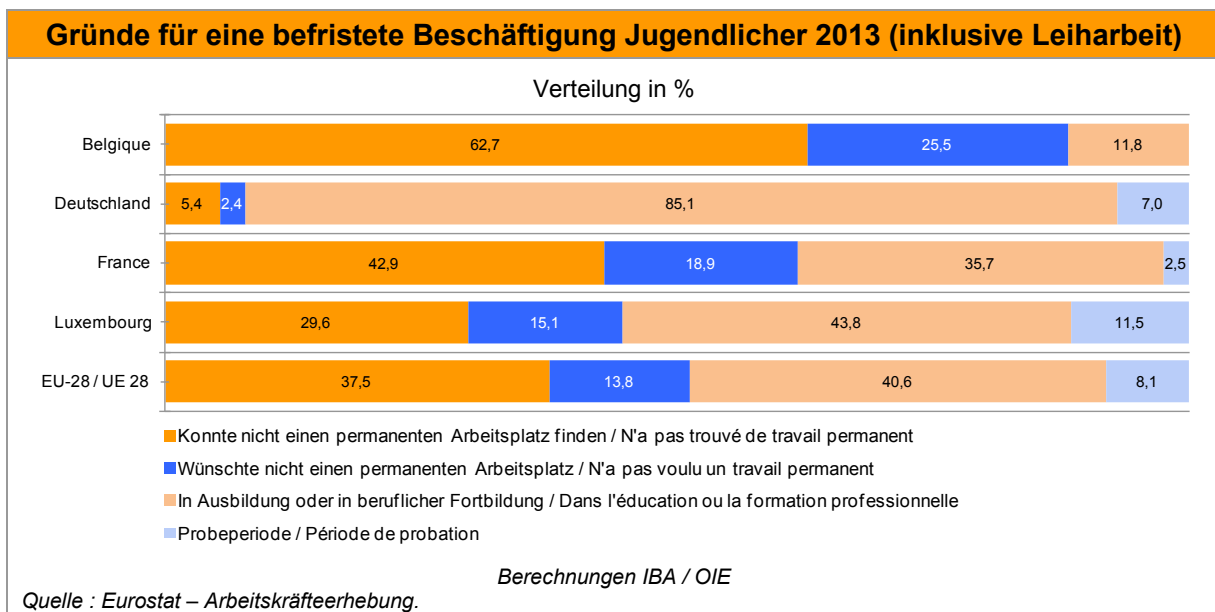


Berechnungen IBA / OIE

Quelle: Eurostat – Arbeitskräfteerhebung.

Viele befristet beschäftigte Jugendliche finden keinen permanenten Arbeitsplatz

Es gibt verschieden Gründe, die zu einem befristeten Arbeitsvertrag führen. In der europäischen Arbeitskräfteerhebung wurde nach dem Hauptgrund für die Befristung gefragt. Mehrfach-Nennungen waren dabei möglich, so dass es durchaus denkbar ist, dass Personen in mehreren Antwortkategorien auftauchen. In Belgien konnte die Mehrzahl der befristet beschäftigten Jugendlichen keinen unbefristeten Arbeitsplatz finden (62,7%) und arbeitet so unfreiwillig befristet. Hingegen wünschte ungefähr ein Viertel keinen permanenten Arbeitsplatz und jeder Zehnte befand sich in Aus- oder Weiterbildung und war darum befristet angestellt. Die Probezeit spielte in Belgien keine Rolle, diese wurde zum 1. Januar 2014 für neu geschlossene Verträge auch gesetzlich abgeschafft. In Deutschland befand sich eine deutliche Mehrheit (85,1%) der befristet beschäftigten jungen Menschen in Ausbildungsverhältnissen, welche standartmäßig auf 1,5 bis 3,5 Jahre festgelegt sind. Weitere 7% der Befragten befanden sich in der Probezeit, 5,4% konnten keinen permanenten Arbeitsplatz finden, und 2,4% wünschten eben diesen nicht. Auch die französischen Jugendlichen traten hauptsächlich eine befristete Stelle an, weil sie keinen unbefristeten Arbeitsplatz fanden (42,9%). Gut ein Drittel befand sich in Aus- oder Weiterbildung und 18,9% wollten keinen permanenten Arbeitsplatz. Die Probezeit spielte eine untergeordnete Rolle. In Luxemburg war ein Ausbildungsverhältnis der meistgenannte Grund für eine Befristung, an zweiter Stelle steht das Problem, keinen festen Arbeitsplatz finden zu können. Ca. 15% suchten keinen unbefristeten Arbeitsvertrag, und weitere 11,5% waren befristet beschäftigt, weil sie sich in der Probezeit befanden. Von den untersuchten Ländern ist dies der höchste Wert in dieser Kategorie.⁷

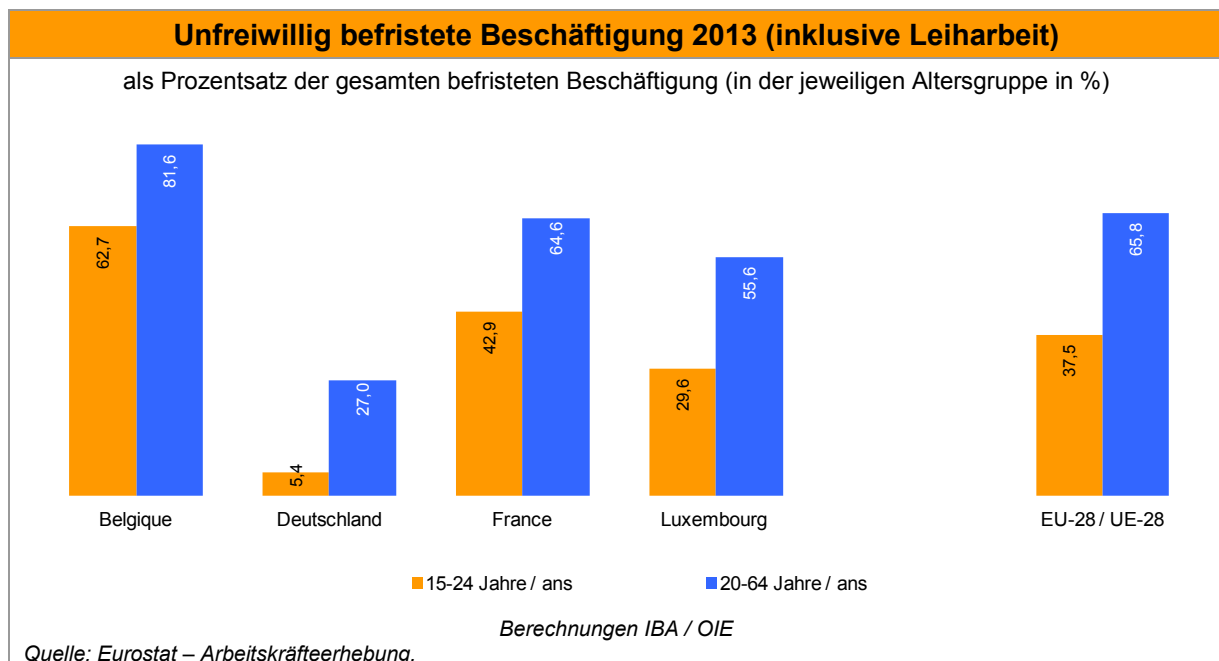


Unfreiwillige Befristung bei Jugendlichen geringer als bei den Beschäftigten insgesamt

Für die folgende Darstellung wurde die Antwort von der vorherigen Graphik „Konnte nicht einen permanenten Arbeitsplatz finden“ als „unfreiwillig befristet beschäftigt“ herangezogen. Nach dieser Betrachtung sind Jugendliche weit weniger häufig unfreiwillig befristet beschäf-

⁷ Die luxemburgische Probezeit ist vom Qualifikationsniveau der Arbeitnehmer abhängig und deutlich länger als zum Beispiel in Frankreich. Für Hochqualifizierte kann sie in Luxemburg bis zu 12 Monate betragen, während in Frankreich 4 Monate das Maximum darstellt.

tigt als ihre Kollegen zwischen 20 und 64 Jahren. In Belgien ist die Zahl der unfreiwillig befristet Beschäftigten zwar in beiden Altersgruppen besonders hoch, aber der Wert der Jugendlichen liegt mit 62,7% fast zwanzig Prozentpunkte unter dem Wert der 20- bis 64-Jährigen (81,6%). In Frankreich ist die Differenz vergleichbar, aber auf einem niedrigeren Gesamtniveau: die Werte betragen hier 42,9% bei den Jüngeren und 64,8% bei den 20- bis 64-Jährigen. Im Großherzogtum und der EU liegen die Differenzen noch etwas höher (26 Pp bzw. 28,3 Pp). Die Quoten in Deutschland sind in beiden Altersgruppen relativ niedrig: bei den jungen Menschen ist nur jeder 20ste mit einem befristeten Vertrag unfreiwillig befristet beschäftigt, was auf die hohe Anzahl der Auszubildenden zurückgeführt werden kann. Für die Beschäftigten im Alter von 20 bis 64 Jahren liegt der Anteil der unfreiwilligen Befristung bei 27%.

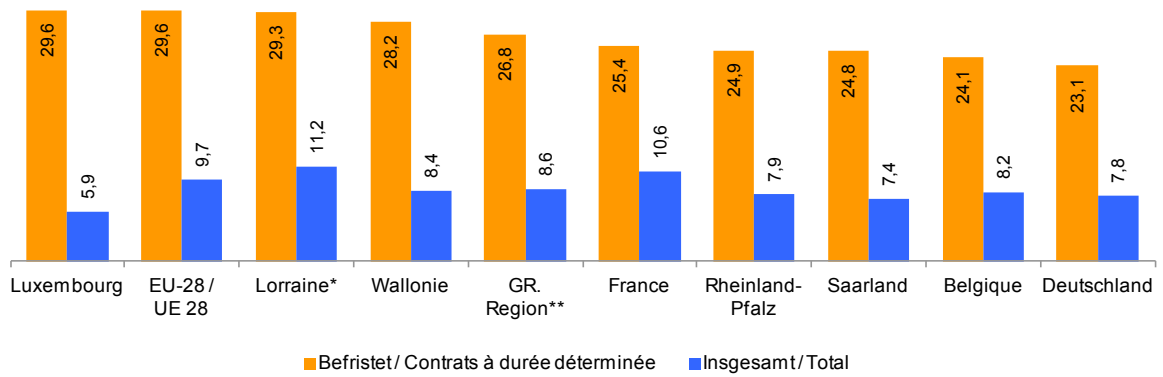


Auf regionaler Ebene stellen Jugendlichen einen überproportionalen Teil an befristet Beschäftigten

Für die folgende Betrachtung wurde nicht wie zuvor auf Daten von Eurostat zurückgegriffen, sondern auf Informationen von den statistischen Ämtern der Teilregionen der Großregion. Die Vergleichbarkeit der Ergebnisse ist daher eingeschränkt. Außerdem wurden im Gegensatz zu den vorherigen Graphiken die Leiharbeit nicht mit eingerechnet, sowie in den deutschen Regionen die Auszubildenden ausgeklammert. Die Darstellung zeigt den Anteil der Jugendlichen an der befristeten Beschäftigung sowie an der Gesamtbeschäftigung. 2012 machten in der Großregion junge Menschen 8,6% aller Erwerbstätigen aus, aber mit 26,8% mehr als dreimal so viel an allen Menschen mit befristetem Arbeitsvertrag. In Luxemburg war der Anteil Jugendlicher an der Gesamtbeschäftigung mit 5,9% am geringsten, an der befristeten Beschäftigung mit 29,6% jedoch am höchsten und somit auch auf dem Niveau der EU-28. Dem Großherzogtum folgt Lothringen mit einem Anteil von 29,3% an der Befristung (2010). In der französischen Region lag der Anteil der Jugendlichen an der Gesamtbeschäftigung bei 11,2%, und damit im großregionalen Vergleich am höchsten. Auffallend ist zudem, dass in allen Teilregionen der Großregion der Anteil der Jugendlichen an den befristet Beschäftigten höher liegt als in den jeweiligen Nationalstaaten.

Befristete Beschäftigung (ohne Leiharbeit)

Anteil Jugendlicher (15-24 Jahre) an der Befristeten Beschäftigung und an der Arbeitnehmerbeschäftigung insgesamt 2012 (in %)



* Lorraine: 2010

** Großregion: mit Werten für Lothringen für das Jahr 2010

Berechnungen IBA / OIE

Quellen:

Belgique, Wallonie: SPF Économie DGSIE - Enquête sur les forces de travail.

Deutschland, Saarland, Rheinland-Pfalz: Mikrozensus: bezogen auf abhängige Erwerbstätige (ohne Auszubildende, ohne Soldaten und Zivildienstleistende).

France, Lorraine: INSEE – Recensement de la population 2010.

EU / UE, Luxembourg: Eurostat – AKE .

2.5 Mindestlohnregelungen für junge Menschen

Allgemeine gesetzliche Mindestlöhne sind in den meisten europäischen Ländern ein Werkzeug der Wirtschafts- und Sozialpolitik zur Regulierung des Arbeitsmarktes. Nach Angaben der Mindestlohndatenbank der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) weisen 21 der 28 EU-Mitgliedstaaten eine oder mehrere, in unterschiedlicher Weise ausgearbeitete, gesetzliche Lohnuntergrenze aus (ILO 2012) – darunter auch Belgien, Frankreich und Luxemburg.⁸ In Deutschland soll zum 1. Januar 2015 ein allgemeiner nationaler Mindestlohn eingeführt werden.⁹

Mindestlöhne als Mittel zur Umsetzung sozialpolitisch motivierter Ziele

Die Befürworter verfolgen mit einem gesetzlichen Mindestlohn die sozialpolitisch motivierten Ideen, die Lohnspreizung im Bereich gering qualifizierter Arbeit zu begrenzen und Armut trotz Beschäftigung zu verhindern. Davon könnten vor allem Jugendliche profitieren, da diese besonders häufig einem Armutsrisiko trotz Erwerbstätigkeit ausgesetzt sind (siehe Seite 66f.). Außerdem soll einer möglichen Ausbeutung der Arbeitnehmer durch Arbeitgeber mit monopsonistischer Marktmacht begegnet werden. Die Mindestlohngegner hingegen verweisen darauf, dass bei einer Erreichung der obengenannten Ziele ein Konflikt mit dem Ziel eines möglichst hohen Beschäftigungsniveaus entstehen könnte.¹⁰ Auch dies könnte vor allem Jugendliche treffen, die grundsätzlich einem erhöhten Arbeitslosenrisiko ausgesetzt sind (siehe Kapitel 3).

Unterschiedliche Ausnahmeregelungen für junge Menschen bei der Gestaltung von Mindestlöhnen

Prinzipiell kann die durch den Mindestlohn festgelegte Lohnuntergrenze für alle Arbeitnehmer gleichermaßen gelten. Es ist aber auch möglich, dass ein Mindestlohn nur für einzelne Branchen oder Berufszweige gilt, oder dass die Regelungen Ausnahmen beinhalten. Jugendliche Arbeitnehmer stellen dabei die einzige relevante Beschäftigtengruppe dar, für die in allen vier Ländern, zu denen die Teilgebiete der Großregion gehören, Sonderregelungen beschlossen wurden: Mitunter wurden niedrigere Mindestlohnsätzen für junge Menschen festgelegt oder diese von den Mindestlohnregelungen ausgeschlossen. Die folgende Tabelle zeigt unter anderem die bestehenden Ausnahmeregelungen und Besonderheiten für junge Menschen für die vier Länder der Großregion auf.

⁸ Eine elektronische Version der ILO Mindestlohndatenbank mit aktuellen Updates findet sich unter: <http://www.ilo.org/dyn/travail/travmain.home>

⁹ Vgl. CDU, CSU, SPD: Koalitionsvertrag 18. Legislaturperiode - Deutschlands Zukunft gestalten, 16. Dezember 2013, S.48f.

¹⁰ Vgl. Franz, Wolfgang: Arbeitsmarktökonomik, 7.Auflage, Berlin 2009, S.338ff.

Gesetzliche Mindestlöhne (ML) in den Ländern der Großregion

	Belgique	France	Luxembourg	Deutschland (ab 01.01.2015)
Amtliche Bezeichnung	RMMMG (revenu minimum mensuel moyen garanti)	SMIC (salaire minimum interprofessionnel de croissance)	SSM (salaire social minimum)	Flächendeckender, branchenübergreifender gesetzlicher Mindestlohn
Jahr der Einführung	1975	1970	1973	01.01.2015
Methode der Festsetzung	Allgemeinverbindlicher Tarifvertrag Aushandlung durch die Sozialpartner	Staatlich per Gesetz	Staatlich per Gesetz auf Empfehlung zuständiger Institutionen	Staatlich per Gesetz über eine Mindestlohnkommission
Höhe (pro Stunde)	9,10 Euro	9,53 Euro	11,10 Euro	8,50 Euro
Geltungsbereich	Arbeitnehmer des privaten Sektors ab 21 Jahren	Alle Arbeitnehmer ab 18 Jahren	Alle Arbeitnehmer ab 18 Jahren	Alle Arbeitnehmer ab 18 Jahren (bzw. auf für unter 18-Jährige mit abgeschlossener Berufsausbildung)
Ausnahmen / Besonderheit für Jugendliche	Reduzierung des Mindestlohns um 6% für jedes Jahr unter 21 Jahren	Der ML gilt nicht für Auszubildende, Trainees und Praktikanten Für die ersten sechs Monate der Branchenzugehörigkeit gilt: ▶ 90% des normalen ML für 17- bis 18-Jährige ▶ 80% des normalen ML für unter 17-Jährige	▶ 80% des normalen ML für 17- bis 18-Jährige ▶ 75% des normalen ML für 15- bis 17-Jährige ▶ 80% des reduzierten ML für Schüler	Der ML gilt nicht für Auszubildende, Praktikanten sowie für Jugendliche ohne abgeschlossene Berufsausbildung

Quelle: eigene Zusammenstellung nach ILO (2012) und Schulten 2014, S. 133ff.

In **Belgien** beträgt der Mindestlohn derzeit 9,10 Euro. Für junge Menschen reduziert sich dieser Betrag allerdings pro Lebensjahr unter 21 Jahre um 6% – das heißt, 20-Jährige erhalten lediglich 94% des Mindestlohnes, 19-Jährige 88%, 18-Jährige 82%, 17-Jährige 76% und unter 17-Jährige schließlich 70%. Die ökonomische Wirksamkeit als auch die rechtliche Zulässigkeit solcher Jugendmindestlöhne sind allerdings äußerst umstritten und werden insbesondere von den Gewerkschaften stark kritisiert. In Belgien haben sich 2013 die Tarifvertragsparteien sogar darauf geeinigt, den Jugendmindestlohn abzuschaffen, da er mittlerweile als eine unzulässige Form von Altersdiskriminierung angesehen wird.¹¹

In **Frankreich** existiert ebenfalls solch ein Jugendmindestlohn: Arbeitnehmer unter 17 Jahren erhalten lediglich 80% des derzeitigen Mindestlohns von 9,53 Euro, Arbeitnehmer zwischen 17 und 18 Jahren erhalten 90% des aktuellen Satzes. Allerdings gilt diese Regelung nur für Jugendliche, die weniger als sechs Monate praktische Arbeitserfahrung in der Bran-

¹¹ Vgl. Schulten, Thorsten: Mindestlohnregime in Europa, Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung vom Februar 2014, S.3f.

che, in der sie tätig sind, haben. Zudem bestehen in Frankreich weitere Ausnahmen, welche insbesondere Jugendliche treffen: bei Auszubildende variiert der Prozentsatz des Mindestlohns stark in Abhängigkeit des Alters und der bereits absolvierten Lehrjahre. Die Spannweite bewegt sich zwischen 25% des Mindestlohns für Auszubildende im Alter zwischen 16 und 17 Jahren, die sich im ersten Lehrjahr befinden sowie 78% des Mindestlohns für Auszubildenden über 21 Jahren, welche im dritten Ausbildungsjahr sind. Auch für Trainees (Contrat professionnalisation) variiert der Mindestlohnsatz stark: von 55% für Arbeitnehmer unter 21 Jahren bis zu 70% für über 21-Jährige (bzw. zwischen 65% und 80%, wenn die Trainees über einen Bachelor-Abschluss verfügen). Noch geringer sind die Prozentsätze am nationalen Mindestlohn für Praktikanten (Contrat d'orientation): Die Rate variiert zwischen 30% für 16- bis 17-Jährige und 65% für 21- bis 22-Jährige.

Auch in **Luxemburg** lässt sich von einem sogenannten Jugendmindestlohn sprechen. Im Großherzogtum reduziert sich der aktuelle Mindestlohnsatz von 11,10 Euro um 25% für 15- bis 17-Jährige, sowie um 20% für 17- bis 18-Jährige. Sind die Jugendliche noch Schüler, reduziert sich der für die jeweilige Altersgruppe geltenden Mindestlohnsatz um weitere 20%. Desweiteren existiert in Luxemburg eine Regelung für Personen unter 30 Jahren, die seit mindestens einem Monat als arbeitssuchend registriert sind. Diese können über einen temporären Hilfsvertrag für eine Höchstdauer von neun Monaten von einem Arbeitgeber beschäftigt werden. Diese Verträge stellen eine Maßnahme der Arbeitsagentur dar, welche die Eingliederung in die Beschäftigung fördern soll. Die Arbeitgeber müssen den über diese Hilfsverträge beschäftigten Arbeitnehmer mindestens 80% des nationalen Mindestlohns zahlen, wenn der Arbeitnehmer ungelernt ist; bis hin zu 120%, wenn der Arbeitnehmer hochqualifiziert ist.

Der für 2015 geplante Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro in **Deutschland** beinhaltet ebenfalls Ausnahmen, die in erster Linie junge Menschen treffen. So gilt das deutsche Mindestlohngesetz zum einen nicht für die Vergütung von Auszubildenden. Zum anderen sind Praktikanten von der Regelung ausgeschlossen, die entweder ein verpflichtendes Schulpraktikum bzw. begleitendes Praktikum im Rahmen ihrer Berufsausbildung leisten, oder ein bis zu dreimonatiges Orientierungspraktikum absolvieren oder wenn das Praktikum eine Einstiegsqualifizierung bzw. Berufsbildungsvorbereitungsmaßnahmen darstellt. Desweiteren haben Jugendliche unter 18 Jahren, die über keine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen, keinen Anspruch auf den Mindestlohn von 8,50 Euro.¹²

¹² Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz: Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns - §22, 11.August 2014, S.9.

3. Arbeitslosigkeit

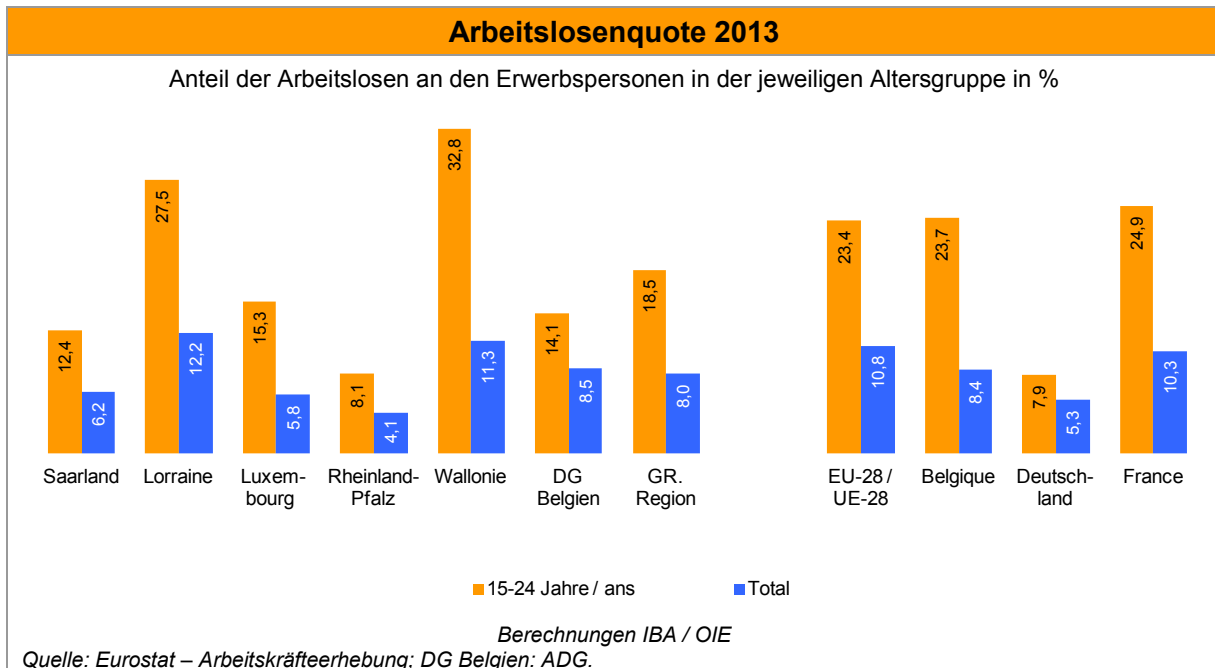
3.1 Arbeitslosenzahlen

Die Jugendarbeitslosenquoten sind in allen Teilgebieten der Großregion sowie in der EU höher als die Gesamtarbeitslosenquoten. Zurückzuführen ist dies insbesondere darauf, dass junge Menschen in Europa von der Finanz- und Wirtschaftskrise und ihren Auswirkungen besonders schwer betroffen sind. Auch sind bestimmte Gruppen von jungen Menschen aus Gründen, die nicht auf die aktuelle Krise zurückgehen, längerfristig von Ausgrenzung bedroht. Außerhalb des Arbeitsmarkts zu stehen, hat weitreichende Folgen – nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht. Dazu zählen Verlust des Selbstvertrauens, Schwächung von Vertrauen und Erwartungen sowie ein zunehmendes Risiko von sozialer Ausgrenzung und Rückzug aus der Gesellschaft. Die Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit ist daher weiterhin eine politische Priorität der Regierungen, und auch in der öffentlichen Debatte wird die Notwendigkeit, das Risiko sozialer Ausgrenzung direkt anzugehen und die allgemeineren Aspekte sozialer Ausgrenzung zu berücksichtigen, zunehmend anerkannt.¹³

Jugendarbeitslosenquote mehr als doppelt so hoch wie die Gesamtarbeitslosenquote

Wie die Daten der nach den ILO-Kriterien harmonisierten EU-Arbeitskräfteerhebung zeigen, lag die Jugendarbeitslosenquote in der Großregion 2013 bei 18,5% und damit mehr als doppelt so hoch wie die Gesamtarbeitslosenquote (Differenz von über 10 Prozentpunkten). Auf Ebene der EU-28 fielen die Arbeitslosenquoten sowohl für Jugendliche (23,4%) als auch für den gesamten Arbeitsmarkt höher aus als auf Ebene der Großregion; und auch die Differenz zwischen jungen Menschen und der Gesamtheit war stärker ausgeprägt (12,6 Pp). Im großregionalen Vergleich lassen sich erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Teilregionen hinsichtlich der Arbeitslosigkeit Jugendlicher feststellen: In der Wallonie war 2013 beinahe jede dritte Person der Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen arbeitslos (32,8%), in Lothringen mehr als jeder vierte Jugendliche (27,5%). Dagegen verzeichnete Rheinland-Pfalz mit 8,1% das geringste Arbeitsmarktrisiko. Die Lage im benachbarten Saarland ist nicht ganz so gut (12,4%). Ebenfalls unterhalb des großregionalen Durchschnitts bewegten sich die Quoten für die DG Belgien (14,1%) und Luxemburg (15,3%).

¹³ Vgl. Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen: Soziale Situation von jungen Menschen in Europa, 2014, S.3.



Unterschiedliche Bestimmungsgrößen von Jugendarbeitslosigkeit innerhalb der Großregion

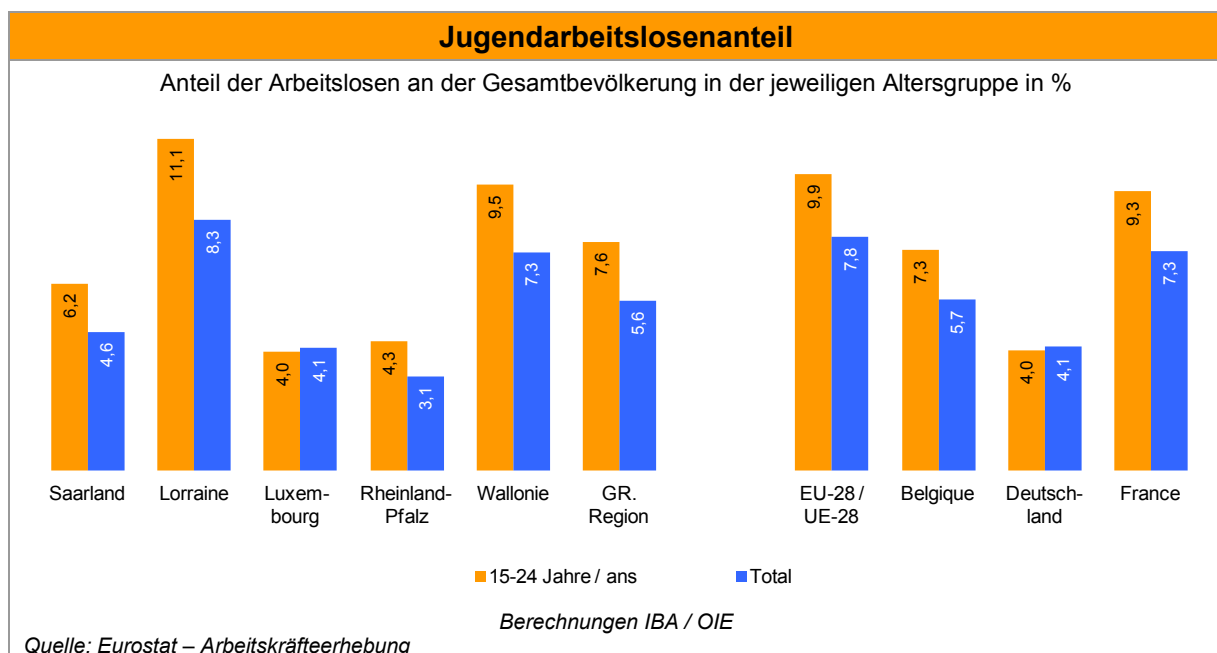
Die Kriterien für die Bestimmung der Jugendarbeitslosigkeit müssen in der Großregion jedoch differenziert betrachtet werden. Bei der Berechnung der Arbeitslosenquote auf Basis internationaler Vereinbarungen wird die Zahl der Arbeitslosen in Bezug gesetzt zur Zahl der Erwerbspersonen der jeweiligen Personengruppe. Gerade bei den Jugendlichen zeigt die Erwerbsbeteiligung in den einzelnen Teilregionen jedoch sehr große Unterschiede, was sich dementsprechend auch statistisch in der Berechnung der Arbeitslosenquote niederschlägt. Zum Beispiel unterscheiden sich die als Bezugsgrundlage herangezogenen Personengruppen der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Arbeitslose) zwischen Deutschland und Frankreich, was zum Teil die Differenz in den Quoten erklärt. In Deutschland werden die Jugendlichen, welche sich im dualen Ausbildungssystem¹⁴ befinden als erwerbstätig betrachtet und zu den Erwerbspersonen gezählt. In Frankreich dagegen werden die Auszubildenden nicht als Erwerbspersonen geführt. Dadurch ist die Erwerbsbeteiligung in Frankreich niedriger und die Arbeitslosenquote entsprechend höher. Es gilt bei den Ausbildungssystemen im Allgemeinen, dass im Vergleich zu den drei übrigen Ländern das System der betrieblichen Berufsausbildung im dualen System in Deutschland wesentlich häufiger zum Zuge kommt. Das belgische und französische Bildungssystem ist durch eine Berufsausbildung gekennzeichnet, die mehr im schulischen Umfeld als im dualen System stattfindet. Entsprechend werden diese als Schüler betrachtet und nicht als Erwerbstätige – sie fallen also aus der Gruppe der Erwerbspersonen raus. Liegt die Schulbesuchsquote sehr hoch, was ein Haupteinflussfaktor für die Erwerbsquote von Jugendlichen darstellt, so kann die Arbeitslosenquote sehr hohe Werte erreichen, auch wenn sie nur sehr wenig Jugendliche betrifft. Durch die oben erläuterten Unterschiede in der Zählung der Auszubildenden, ist dies beispielsweise in Lothringen und der Wallonie der Fall. Um ein realistisches Bild zu erhalten, kann die Arbeitslosenquote mit der Erwerbsquote gewichtet werden, so dass die Arbeitslosen mit der Gesamtbevölke-

¹⁴ Das duale System bezeichnet die Lehre mit abwechselnder Ausbildung im Betrieb und Unterricht in der Berufsschule.

rung statt mit der sogenannten Erwerbsbevölkerung verglichen wird. Dieser Indikator wird im Folgenden als „Jugendarbeitslosenanteil“ bezeichnet.¹⁵

Relativierung der hohen Arbeitslosenquote Jugendlicher sowie der großregionalen Unterschiede

Auf Basis dieser Methode betrug im Jahr 2013 der Jugendarbeitslosenanteil in der Großregion 7,6% und bewegte sich damit auch hier unter dem europäischen Durchschnittswert (EU-28: 9,9%). Für beide Kooperationsräume gilt, dass die Unterschiede zu der Gesamtarbeitslosigkeit wesentlich gering ausfallen als zuvor (Großregion: 2,0 Prozentpunkte, EU-28: 2,1 Pp). Innerhalb der Großregion verzeichnet nun Luxemburg mit einem Anteil von 4,0% den geringsten Wert, welcher sogar unterhalb der Rate für die Gesamtarbeitslosigkeit liegt. Für alle anderen Teilgebiete der Großregion gilt auch für die Arbeitslosenanteile, dass sich die Situation der Jugendlichen schlechter darstellt als für die Allgemeinheit. Mit 11,1% und 9,5% waren die Jugendlichen in Lothringen und der Wallonie im interregionalen Vergleich zwar nach wie vor am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffen, allerdings sind die enormen Unterschiede sowohl zwischen den Teilräumen als auch zu der Gesamtarbeitslosigkeit deutlich relativiert.



Faktoren der Jugendarbeitslosigkeit

Der Unterschied zwischen der Jugendarbeitslosenquote und dem Jugendarbeitslosenanteil ist auf die Zahl der Jugendlichen, die nicht als Erwerbspersonen gelten, zurückzuführen. Beide Indikatoren zeigen aber, dass Jugendliche häufiger arbeitslos sind als Ältere. Das erhöhte Arbeitslosigkeitsrisiko Jugendlicher kann darauf zurückgeführt werden, dass der Übergang von Schule bzw. beruflicher Bildung in Beschäftigung in der Regel im Alter zwischen 15 und 24 Jahren erfolgt. Auch der Übergang vom Studium in Beschäftigung setzt in Folge der Bologna-Reform vermehrt im Jugendalter ein. Außerdem sind die ersten Beschäftigungsver-

¹⁵ Vgl. Eurostat: Messung der Jugendarbeitslosigkeit – wichtige Konzepte im Überblick, Eurostat Pressemitteilung vom 12.Juli 2013.

hältnisse von Jugendlichen häufiger befristet (siehe Seite 20ff.), was das Arbeitslosigkeitsrisiko nach Auslaufen der Arbeitsverträge erhöht. Desweiteren verfügen erwerbstätige Jugendliche über geringere betriebliche bzw. berufliche Erfahrung und betriebliche Senioritätsansprüche, was sich in einem erhöhten Freisetzungsrisko bereits beschäftigter Jugendlicher niederschlägt. Daneben sollten weitere individuelle Faktoren berücksichtigt werden, die jedoch nur schwierig zu messen sind. So scheint insbesondere die seelische Gesundheit jugendlicher Arbeitsloser ein bislang weitgehend vernachlässigtes Risiko zu sein.¹⁶

Arbeitslose Jugendliche im Alter von 15 bis 24 Jahren, 2002-2013 (Anzahl in 1.000)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saarland	5,6	5,9	5,5	9,7	7,4	:	7,1	7,5	5,0	5,5	7,3	6,6
Rheinland-Pfalz	16,7	15,4	25,6	33,3	32,3	26,3	24,3	26,1	22,1	22,7	16,7	19,3
Lorraine	26,4	28,4	:	31,6	34,7	21,8	20,5	33,9	32,4	23,8	29,9	31,5
Luxembourg	1,2	1,7	2,4	2,0	2,4	2,2	2,8	3,1	2,0	2,5	3,1	2,4
Wallonie	26,5	31,7	36,7	44,5	43,8	38,8	37,4	42,5	42,2	34,5	38,1	42,6
DG Belgien	0,4	0,4	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,6
GR. Region	76,4	83,1	70,2	121,1	120,6	89,1	92,1	113,1	103,7	89,0	95,1	102,4

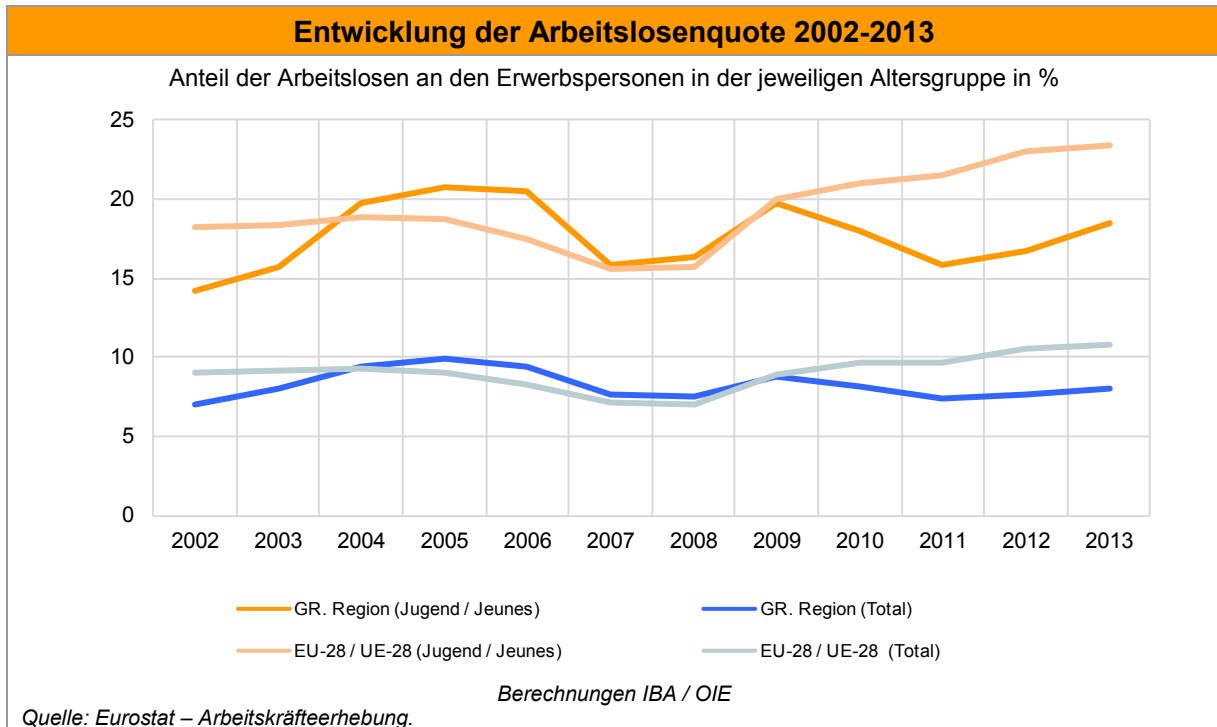
Quelle: Eurostat

Berechnungen IBA / OIE

Jugendliche stärker von den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen

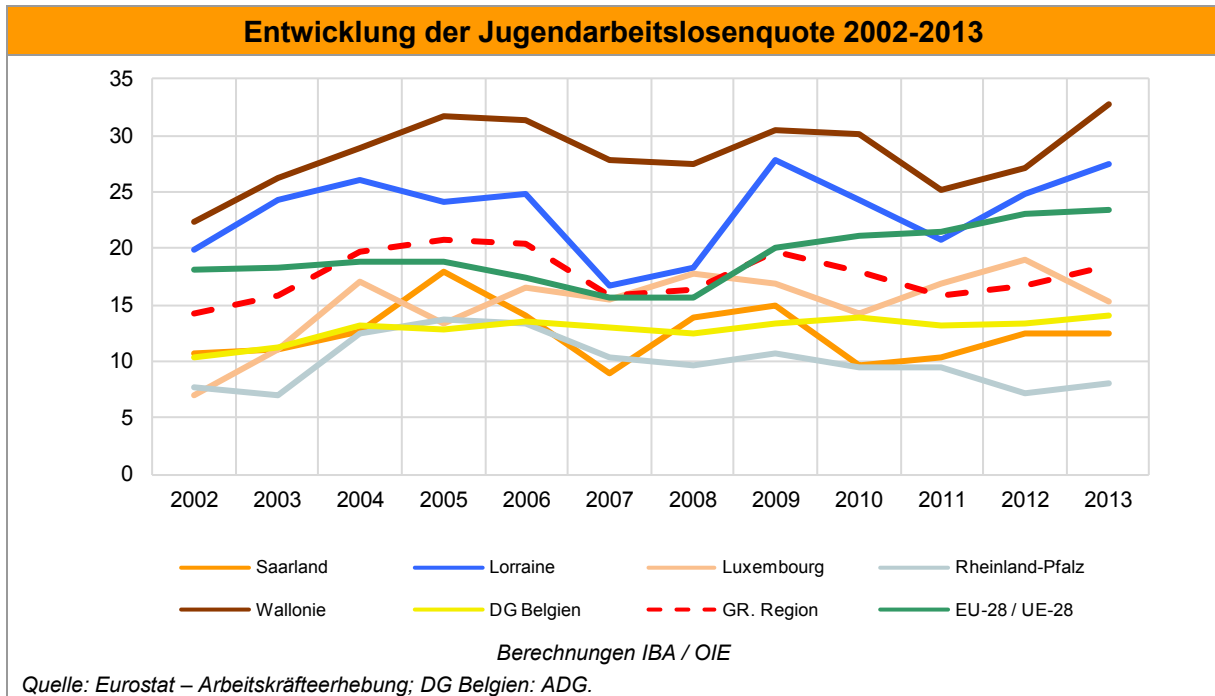
Von zentraler Bedeutung bei der Analyse der Jugendarbeitslosigkeit ist der Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung und der Arbeitslosigkeit im Allgemeinen sowie der Jugendarbeitslosigkeit im Besonderen, da sich diese deutlich konjunkturanfälliger zeigt. Dies wird im Vergleich des Verlaufs der Arbeitslosenquoten von Jugendlichen und insgesamt deutlich: sowohl in der Großregion als auch in der EU-28 zeigen die Arbeitslosenquoten beider Altersgruppen die gleichen Trends, welche für die Jugend aber jeweils stärker ausgeprägt sind. So ist die Jugendarbeitslosenquote in der Großregion seit 2002 deutlich stärker angestiegen (+4,3 Prozentpunkte) als die Gesamtarbeitslosenquote (+1,0 Pp). Das gilt ebenso für die EU, wo die Zuwächse in beiden Altersgruppen höher ausfielen als auf großregionaler Ebene (Jugend: +5,3 Pp; Gesamt: +1,8 Pp). Dieser EU-weit stärkere Anstieg ist im Wesentlichen auf die Entwicklungen nach dem Höhepunkt der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 zurückzuführen: Während die Arbeitslosenquoten der Großregion zwischen 2009 und 2011 gesunken sind, stiegen die EU-Raten kontinuierlich bis heute an – insbesondere bei den Jugendlichen. Insgesamt verzeichnet die EU-28 somit einen Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit seit Beginn der Krise 2008 um 7,7 Prozentpunkte. In der Großregion ist die Arbeitslosenquote junger Menschen in diesem Zeitraum um lediglich 4,3 Prozentpunkte gestiegen. Der Unterschied zwischen der europäischen und großregionalen Entwicklung lässt sich auf die Situation junger Menschen in den südeuropäischen Länder der EU zurückführen, welche besonders hart von den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen sind.

¹⁶ Vgl. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung: Jugendarbeitslosigkeit in Europa: Aktuelle empirische Befunde. In: Aktuelle Berichte vom 09.August 2013, S.3ff.



Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit insbesondere in der Wallonie, Luxemburg und Lothringen

Innerhalb der Großregion stellt sich die Situation der Jugendlichen in der Wallonie am negativsten dar: die bereits 2002 am höchsten liegende Jugendarbeitslosenquote der belgischen Region wuchs bis 2013 noch einmal um 10,4 Prozentpunkte an. Im gleichen Zeitraum stieg die Arbeitslosenquote insgesamt lediglich um 2,9 Prozentpunkte. Auch im Vergleich zum Durchschnitt der EU-28 (+5,3 Pp) schnitt die Wallonie damit schlechter ab. Dies gilt auch für die Entwicklungen in Luxemburg und Lothringen, wo die Jugendarbeitslosenquoten zwischen 2002 und 2013 um 8,4 bzw. um 7,6 Prozentpunkte zugelegt haben. Die Jugendarbeitslosigkeit in den beiden deutschen Teilgebieten entwickelte sich seit 2002 hingegen besser als im Durchschnitt der Großregion und der EU-28 (Rheinland-Pfalz: +0,3 Pp; Saarland: +1,7 Pp). In Rheinland-Pfalz ist es gelungen seit 2006 einen beinahe kontinuierlich verlaufenden Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit zu erreichen, auch die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise konnten relativ gut überstanden werden. Einen recht konstanten, wenn auch stetig leicht steigenden Verlauf seit 2002, nimmt die Kurve der Jugendarbeitslosigkeit in der DG Belgien, wo die Quote bis 2013 um 3,7 Prozentpunkte gewachsen ist.



Enorme Unterschiede in der Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit zwischen 2008 und 2012 auf kleinräumiger Ebene

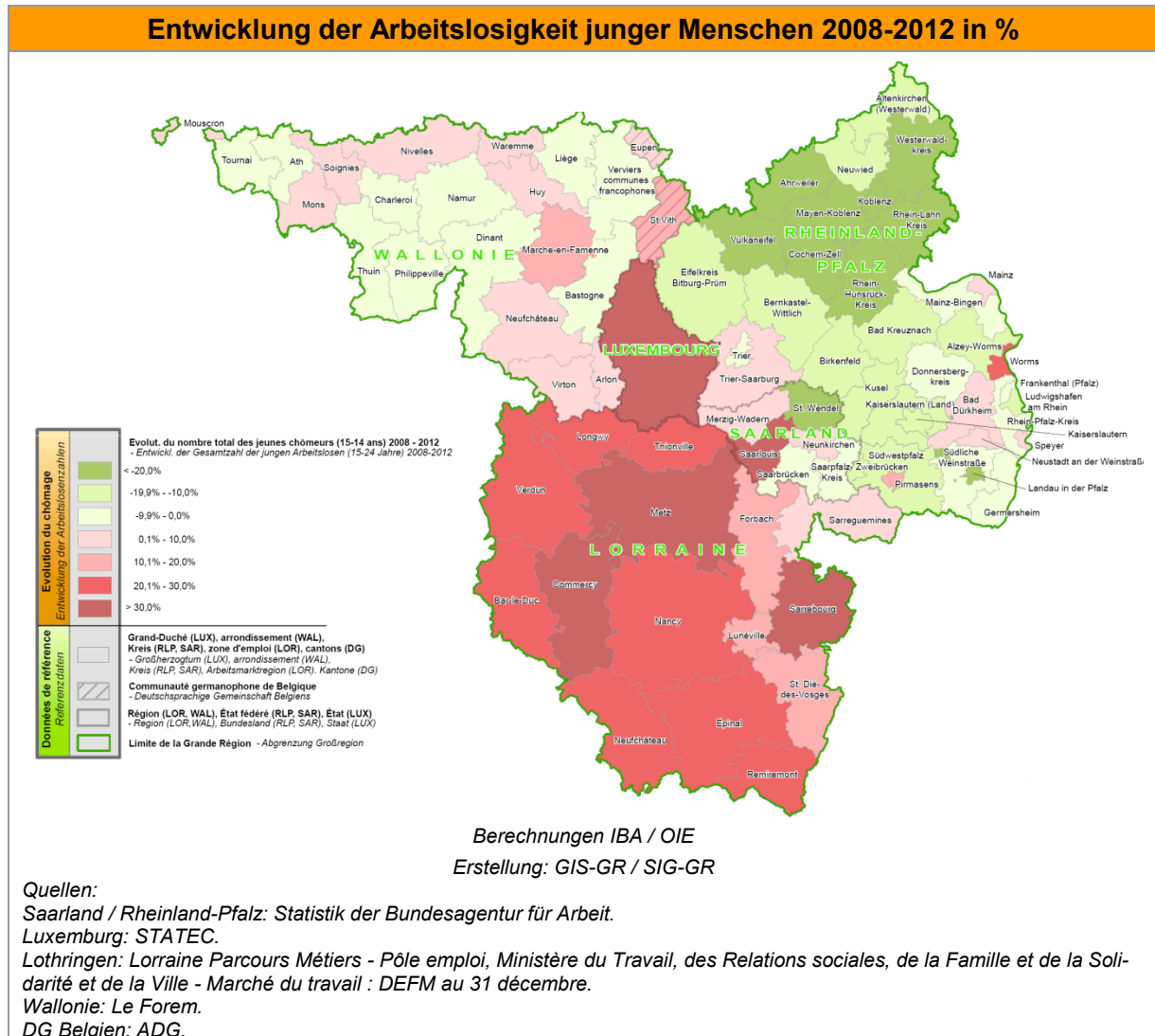
Die oben beschriebenen Entwicklungen der Arbeitslosigkeit Jugendlicher zeigen sich auch über Daten der jeweiligen Arbeitsagenturen der Teilgebiete der Großregion zwischen 2008 und 2012. Diese Daten, welche auch auf kleinräumiger Ebene zur Verfügung stehen, sind allerdings nur eingeschränkt miteinander vergleichbar.

Im Zeitraum 2008-2012 nahm die Jugendarbeitslosigkeit in **Rheinland-Pfalz** demnach um 12,8% (bzw. knapp 1.800 Personen) ab. Getragen wurde diese positive Entwicklung insbesondere von den Kreisen im Nord-Osten des Bundeslands sowie der Stadt Landau in der Pfalz. Gegen den rheinland-pfälzischen Trend verlief die Entwicklung in den Städten Speyer, Pirmasens, Neustadt, Mainz, Ludwigshafen und vor allem Worms (+22,5%). In den Kreisen Trier-Saarburg und Bad Dürkheim stieg die Jugendarbeitslosigkeit zwischen 2008 und 2012 ebenfalls an.

Auch für das **Saarland** lassen sich auf Kreisebene unterschiedliche Entwicklungen beobachten. Insgesamt ist die Jugendarbeitslosigkeit an der Saar im Betrachtungszeitraum um 4,7% (+163 Personen) angestiegen. Diese Entwicklung ist insbesondere auf den Kreis Saarlouis (+258 Personen bzw. +48,1% bzw.) und auch auf den Kreis Neunkirchen (+49 Personen bzw. +9,3% bzw.) zurückzuführen. Im Kreis Merzig-Wadern stieg die Jugendarbeitslosigkeit nur geringfügig an (+0,5%). Abgedeutet wurden diese Zunahmen durch die Rückgänge an arbeitslosen jungen Menschen im Regionalverband Saarbrücken (-94 Personen bzw. -6,3%), im Kreis St.Wendel (-42 Personen bzw. -22,8%) und im Saarpfalz-Kreis (-10 Personen bzw. -2,3%).

In der **Wallonie** ist die Veränderung der Zahl junger Arbeitsuchender zwischen 2008 und 2012 relativ gering (+0,2% bzw. +103 Personen), was sich auch in den Entwicklungen auf Ebene der Arrondissements widerspiegelt. Mit Ausnahme des Arrondissements Marche-en-

Famenne (+10,1%) liegen alle prozentualen Veränderungen zwischen -10% und +10%. Die **DG Belgien** bewegt sich ebenfalls in diesem Rahmen (+6,9%), wobei der Anstieg im südlichen Kanton St.Vith (+14,4%) wesentlich stärker ausfiel als im nördlichen Kanton Eupen (+4,1%).



Bemerkenswert ist auch die Entwicklung in **Luxemburg**: zwischen 2008 und 2012 fand im Großherzogtum ein überdurchschnittlicher Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit von insgesamt 37,3% (bzw. 547 Personen) statt, der lediglich von der Entwicklung im saarländischen Kreis Saarlouis negativ übertroffen wurde.

Im Gegensatz zu den deutschen Teilgebieten und der Wallonie ist die Jugendarbeitslosigkeit in **Lothringen** in allen kleinräumig betrachteten Gebietseinheiten (Zone d'emploi bzw. Beschäftigungszonen) angestiegen. Insgesamt verzeichnet Lothringen somit im Zeitraum 2008-2012 einen Anstieg der Arbeitslosigkeit junger Menschen um 23,9% (bzw. 6.830 Personen). Bis auf Sarreguemines (+8,3%) weisen alle anderen Beschäftigungszonen Steigerungen von über 10% aus. Besonders drastisch fielen die Zuwächse in den Beschäftigungszonen Sarrebourg (+32,7%), Commercy (+31,8%) und Metz (+31,1%) aus. Aus einer Veröffentlichung der französischen Arbeitsverwaltung Pôle Emploi geht hervor, dass Ende September

2013 ca. 37.200 unter 26-jährige Arbeitssuchende¹⁷ in Lothringen bei Pôle Emploi gemeldet waren. Dies bedeutet eine Steigerung um 5,9% im Vergleich zum Vorjahr. Damit waren 21,7% aller Arbeitssuchenden unter 26 Jahre alt waren. Hierbei muss jedoch berücksichtigt werden, dass die unter 26-Jährigen einen schwächeren Anreiz haben, sich bei Pôle Emploi zu registrieren, da sie häufig keinen Anspruch auf finanzielle Leistungen haben. Finanzielle Unterstützung vom Staat bekommen junge Arbeitssuchende in Lothringen nicht automatisch. 47% empfangen Geld aus der Arbeitslosenversicherung. 8,6% haben Recht auf Geld aus dem Sozialleistungssystem *revenu de solidarité active (RSA)*¹⁸, welches man (bis auf Ausnahmefälle wie Elternschaft) aber erst ab 25 Jahren empfängt. Für Menschen mit Behinderung, einer Berufskrankheit oder nach einem Arbeitsunfall gibt es außerdem die *obligation d'emploi*, die 1,5% der Jugendlichen zusteht. Die übrigen jungen Arbeitssuchenden bekommen keine finanzielle Unterstützung vom Staat. Aus den Daten von Pôle Emploi geht weiter hervor, dass ca. 50% der jungen Arbeitssuchenden in Lothringen über einen Schulabschluss verfügt, der mindestens dem Abitur entspricht. In den Vogesen sind die arbeitssuchenden Jugendlichen durchschnittlich etwas niedriger qualifiziert, in den Regionen um Nancy, Pont-à-Mousson und Thionville dagegen etwas höher.¹⁹ Allerdings muss bei der Betrachtung berücksichtigt werden, dass sich nicht alle jungen Arbeitssuchenden bei Pôle Emploi einschreiben: von all denen, die bei den *Missions locales*²⁰ registriert sind und eine Arbeit suchen, ist nur die Hälfte bei Pôle Emploi gemeldet. Darüber hinaus gibt es zusätzlich junge Menschen, die bei keiner der beiden Organisationen bekannt sind.²¹

Niedriges Bildungsniveau als mögliche Ursache für Jugendarbeitslosigkeit

Jugendarbeitslosigkeit bleibt unabhängig des Messkonzepts sowohl in der Großregion als auch insbesondere in Europa prägnant. Nicht nur bei den unterschiedlichen Berechnungsmethoden wird dabei auf die Frage der schulischen und beruflichen Qualifizierung der jungen Menschen verwiesen. Sondern darüber hinaus zeigt die Betrachtung der Arbeitslosenquoten nach höchstem erreichten Bildungsgrad, dass das Arbeitslosenrisiko eng mit dem Ausbildungsniveau zusammenhängt: Leider weist die Arbeitskräfteerhebung von Eurostat diesen Indikator nicht auf regionaler Ebene aus. Jedoch wird aus den Daten für die EU-28 sowie für die vier Länder, zu denen die Teilgebiete der Großregion gehören, deutlich: Je niedriger der Bildungsstand, desto schwieriger die Eingliederung in den Arbeitsmarkt und desto höher das Arbeitslosenrisiko. Auch aus einer luxemburgischen Studie geht hervor, dass von den 2.627 Jugendliche (unter 25 Jahre), die im Januar 2014 bei der öffentlichen Arbeitsverwaltung ADEM eingeschrieben waren, nur 5% einen Abschluss einer weiterführenden Schule besaßen, während fast die Hälfte der jungen Arbeitslosen lediglich die minimale Schulpflicht erfüllt hat.²²

¹⁷ Arbeitssuchende zum Monatsende, Kategorien A,B und C, Ende September 2013.

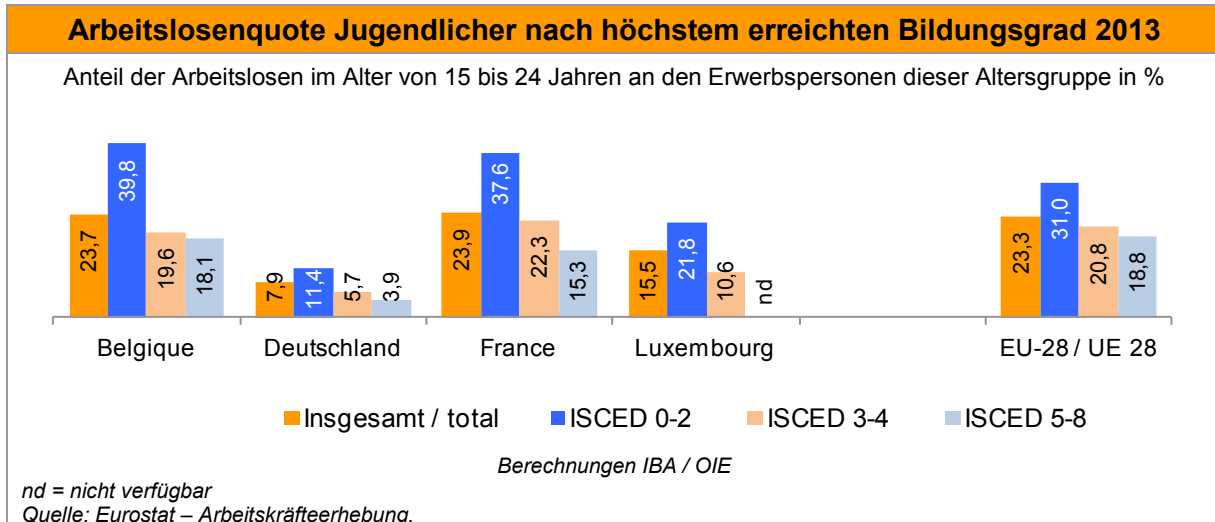
¹⁸ Sozialleistung in Frankreich, die ihren Empfängern ein Mindesteinkommen garantieren soll.

¹⁹ Vgl. Pôle Emploi : Les demandeurs d'emploi de moins de 26 ans en Lorraine, Repères&Analyse, 2013.

²⁰ Ausführungen zu den Missions locales siehe Seite 36.

²¹ Vgl. Lorraine Parcours Métiers : Etudes et Stat No1, Mai 2014, S.4.

²² Vgl. Le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg : Plan national de mise en œuvre de la Garantie pour la Jeunesse, Luxembourg, Mai 2014.



Der Erwerb eines berufsqualifizierenden Abschlusses gilt als Mindestvoraussetzung, um die Risiken auf dem Arbeitsmarkt – wie prekäre Beschäftigung und Arbeitslosigkeit – gering zu halten. Um die Zahl arbeitsloser Jugendlicher zu verringern und gleichzeitig einem Mangel an Fachkräften vorzubeugen, müssen die Investitionen in ihre berufliche und schulische Ausbildung erhöht werden. Wie aus Kapitel 5 Bildung hervor geht, ist das Bildungsniveau junger Menschen in der Großregion in den vergangenen zehn Jahren zwar gestiegen, dennoch gelang es den Teilräumen der Großregion nicht, die Quote der frühen Schulabgänger in den Griff zu bekommen. Frühzeitige Schulabgänger gelten als potenzielle Risikogruppe im Hinblick auf ihre Chancen am Arbeitsmarkt und ihre Teilhabe an der Wissensgesellschaft. Aus diesem Grunde hatte der Rat der EU im Jahr 2003 im Rahmen der Lissabon-Strategie die Benchmark gesetzt, die durchschnittliche Schulabbrecherquote bis 2010 auf unter 10% zu senken. Bisher wurde dieses Ziel aber weder auf Ebene der EU noch in der Großregion erreicht, so dass der Indikator erneut in der Europa-2020-Strategie als ein Kernziel aufgegriffen wurde. Um Jugendlichen einen fairen und chancengleichen Zugang zu Bildung und Wissenschaft und damit letztendlich auch dem Arbeitsmarkt zu gewährleisten, könnten die grenzüberschreitenden Schulen der zweiten Chance²³ ein Vorbild für weitere Aktivitäten in der Großregion sein.

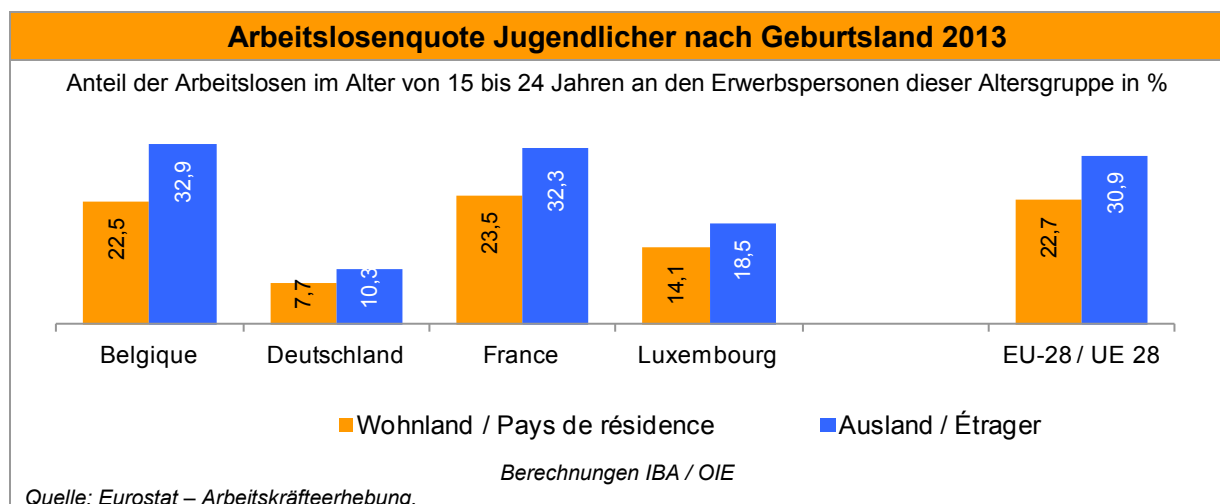
In Lothringen wurde 1982 ein Netzwerk von *Missions locales* gegründet, welches junge Menschen unterstützen soll, die Schwierigkeiten beim Einstieg in den Arbeitsmarkt haben. Ziel ist es, den 16- bis 25-Jährigen auf dem Weg in ein selbständiges Leben zu helfen. Hierbei soll zu einem das Selbstvertrauen ausgebaut und zum anderen die Fähigkeiten gestärkt werden, welche die Jugendlichen auf ihrem bisherigen Lebensweg nicht oder nur unzureichend erworben haben. In Lothringen gibt es derzeit 243 Anlaufstellen in 168 Gemeinden. Im Jahr 2012 wurden beinahe 41.500 Lothringer im Alter von 16 bis 25 Jahren von den Beratern der *Missions locales* bei ihrem Einstieg ins Berufsleben begleitet. 22.000 von ihnen (53%) haben keinen Schul- oder Berufsabschluss. Diese Jugendlichen ohne Abschluss stehen auch überdurchschnittlich häufig in Kontakt zu den *Missions locales* (12x pro Jahr, gegenüber durchschnittlich 9,6x pro Jahr). Das weist darauf hin, dass es ohne Abschluss beson-

²³ <http://www.interreg-4agr.eu/de/projet-detail.php>

ders schwierig ist, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.²⁴ Weitere Ausführungen zu frühzeitigen Schulabgänger in Lothringen und der Großregion finden sich in dem Kapitel 5 Bildung.

Jugendliche Ausländer häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen als Einheimische

Das Risiko für Jugendliche arbeitslos zu werden ist neben dem Qualifikationsniveau auch auf soziodemografische Merkmale wie Geschlecht und Migrationshintergrund zurückzuführen. Ein Blick auf die Unterschiede in den Arbeitslosenquoten junger Menschen nach Geburtsland zeigt, dass Jugendliche, die im Ausland geboren wurden, im Jahr 2013 höhere Arbeitslosenquoten aufwiesen als im Wohnland geborene Jugendliche. Leider weist Eurostat auch hier keine regionalen Daten aus. Eine Studie von Statec zur Situation junger Menschen im Alter zwischen 25 und 29 Jahren zeigt, dass luxemburgische Menschen unterdurchschnittlich (5,1%) und Ausländer in dieser Altersgruppe überdurchschnittlich (8,9%) häufig arbeitslos sind. Abhängig von der Nationalität der Ausländer kann das Bild differenzieren werden: die Arbeitslosigkeit reicht von 4,2% bei jungen Belgiern bis zu 8,8 bei den jungen Portugiesen.²⁵ Ausländische Arbeitssuchende in Luxemburg sehen sich zudem häufig einer Sprachproblematik bei der Stellessuche ausgesetzt, da die meisten luxemburgischen Arbeitgeber Mehrsprachigkeit – vor allem Französisch, Deutsch und Englisch – fordern.²⁶



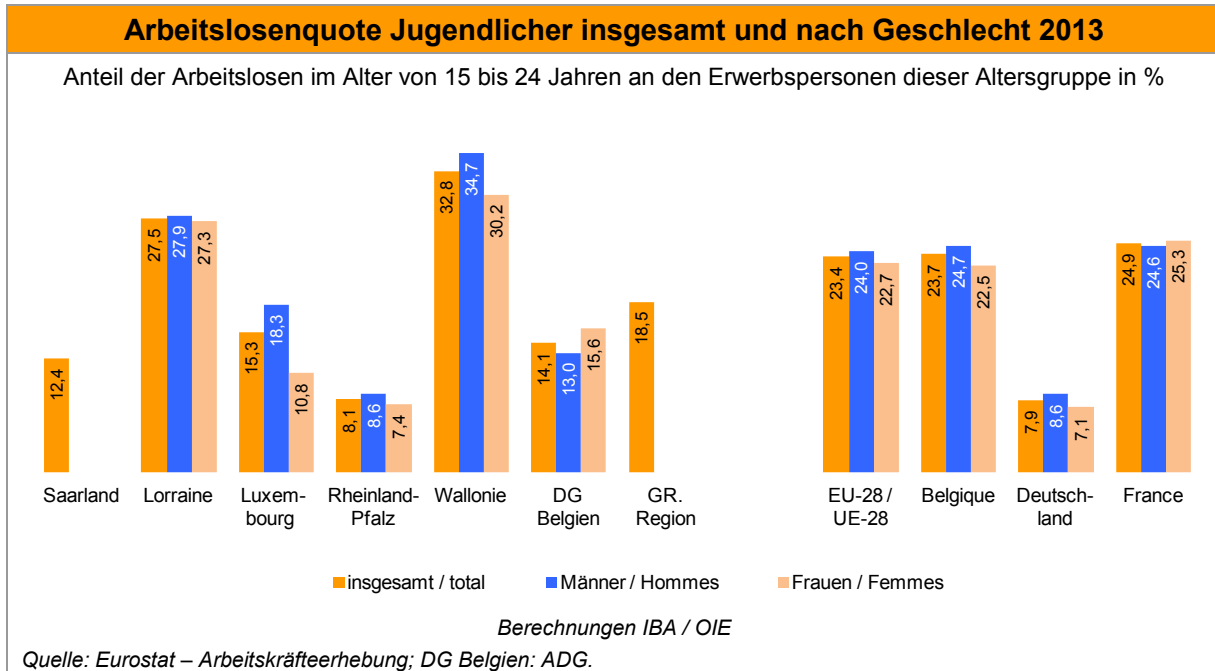
Günstigere Entwicklung bei jungen Frauen als bei jungen Männern

Junge Männer waren im Jahr 2013 stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als jungen Frauen – eine Ausnahme bildete die DG Belgien; für das Saarland wies Eurostat keine geschlechtsspezifischen Daten in der Altersgruppe 15 bis 24 Jahre aus, so dass auch keine großregionalen Werte berechnet werden konnten. Insbesondere in Luxemburg haben es jungen Männer schwerer, einen Arbeitsplatz zu finden (+7,5 Pp gegenüber der weiblichen Arbeitslosigkeit). In Lothringen ist die Differenz relativ klein (0,6 Pp), aber dennoch bemerkenswert, da auf nationaler Ebene die weibliche Jugendarbeitslosenquote die männliche übersteigt.

²⁴ Vgl. Lorraine Parcours Métiers : Etudes et Stat No1, Mai 2014, S.2.

²⁵ Vgl. Statec: Der Übergang Jugendlicher von der Ausbildung in die Erwerbstätigkeit, Recensement de la population 2011, premiers résultats No. 30, November 2013.

²⁶ Vgl. Le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg : Plan national de mise en œuvre de la Garantie pour la Jeunesse, Luxembourg, Mai 2014.

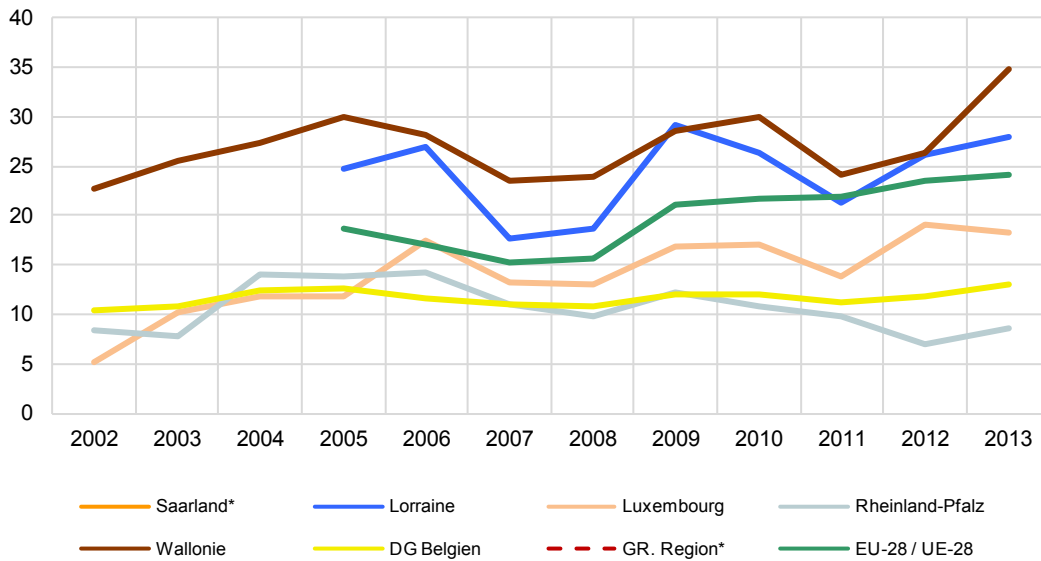


Die Arbeitslosenquoten junger Männer lagen nicht nur 2013 höher als die junger Frauen, sondern haben sich auch seit 2002 deutlich schlechter entwickelt. Der Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit von Männern war in Luxemburg (+13,3 Pp) am stärksten, gleichzeitig fiel dort der Anstieg der Arbeitslosenquoten der jungen Frauen relativ gering aus (+1,7 Pp). Ähnliche verliefen die Entwicklung der Arbeitslosenquoten in Lothringen (junge Männer: +12,2 Pp; junge Frauen: +1,6 Pp) und der Wallonie (junge Männer: +12,1 Pp; junge Frauen: +8,1 Pp), wobei in der belgischen Region die Unterschiede zwischen den Geschlechtern weniger stark ausgeprägt sind. In der DG Belgien entwickelte sich die Arbeitslosigkeit junger Frauen (+5,2 Pp) sogar schlechter als die der jungen Männer (+2,6 Pp), so dass dort im Jahr 2013 männliche Jugendliche auch seltener von Arbeitslosigkeit betroffen waren als weibliche. In Rheinland-Pfalz stieg die Jugendarbeitslosigkeit zwischen 2002 und 2013 für beide Geschlechtern kaum an (je +0,3 Pp). Auf europäischer Ebene bestätigte sich wiederum der Trend, dass sich die Lage der jungen Männer auf dem Arbeitsmarkt (+6,1 Pp) stärker verschlechtert hat als die junger Frauen (+4,3 Pp).

Aus einer Studie von Pôle Emploi aus dem Jahr 2013 geht zudem hervor, dass jungen Männer in Lothringen mehr unter der Finanz- und Wirtschaftskrise gelitten haben als jungen Frauen. Dies ist auf die vermehrte Beschäftigung junger Männer in der Industrie und im Baugewerbe zurückzuführen, welche stärker von der Krise betroffen waren als andere Branchen. Auch unterscheidet sich das Berufswahlverhalten zwischen den Geschlechtern: so konzentrieren sich junge weibliche Arbeitssuchenden stark auf einige wenige Berufe – am häufigsten wird sich auf Berufe im Verkauf von Kleidung oder Nahrungsmitteln sowie auf Sekretariatstätigkeiten beworben. Bei den jungen Männer ist die Konzentration weniger stark ausgeprägt, die drei meistgefragten Berufe sind Roh- und Tiefbauarbeiten, Lagerung und Logistik sowie Maler- und Lackiererarbeiten.²⁷

²⁷ Vgl. Pôle Emploi : Les demandeurs d'emploi de moins de 26 ans en Lorraine, Repères&Analyse, 2013.

Entwicklung der Jugendarbeitslosenquote Männer 2002-2013

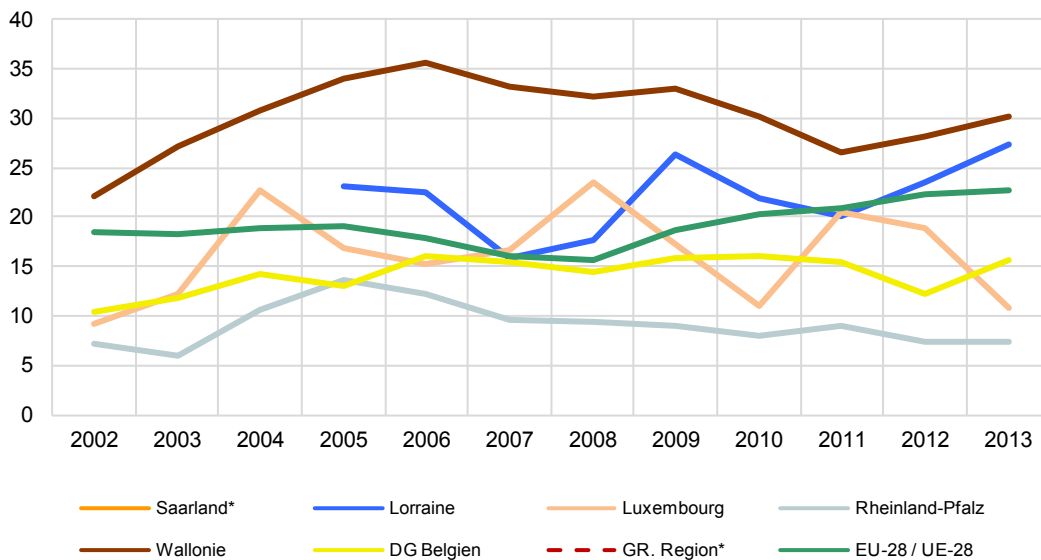


* GR. Region / Saarland: lediglich ein Wert für 2005 vorhanden (Saarland: 22,9; GR. Region: 21,0)

Berechnungen IBA / OIE

Quelle: Eurostat – Arbeitskräfteerhebung; DG Belgien: ADG.

Entwicklung der Jugendarbeitslosenquote Frauen 2002-2013



* GR. Region / Saarland: keine Werte vorhanden

Berechnungen IBA / OIE

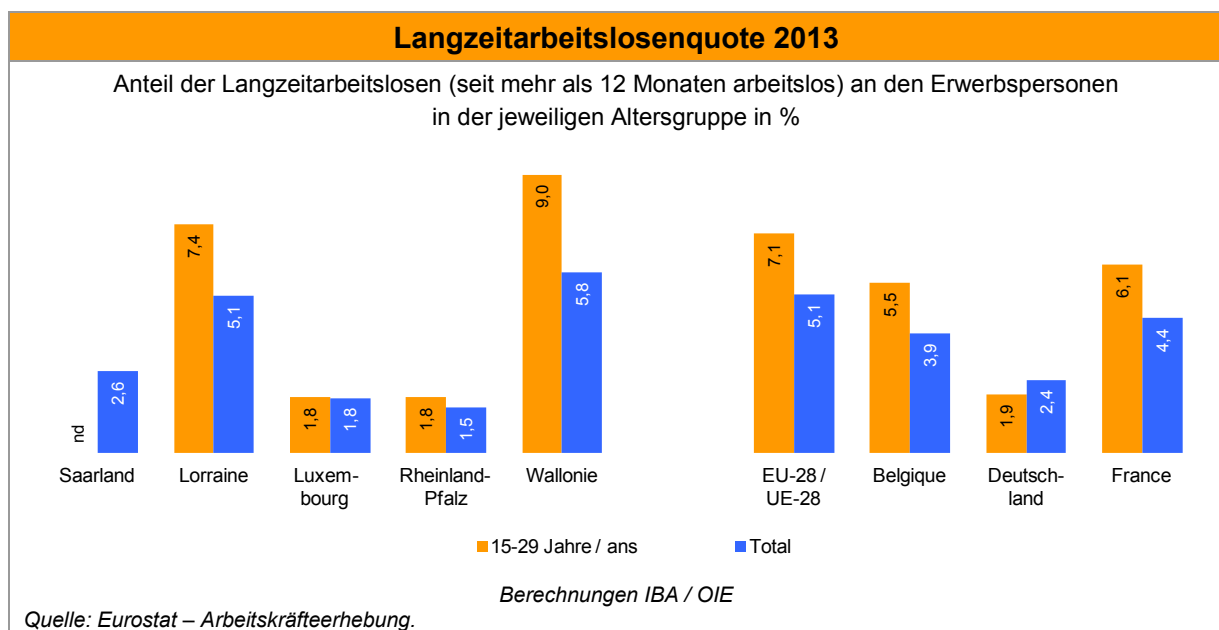
Quelle: Eurostat – Arbeitskräfteerhebung; DG Belgien: ADG.

Junge Menschen sind einem höheren Risiko der Langzeitarbeitslosigkeit ausgesetzt

Die Eurostat-Daten zeigen außerdem, dass Jugendliche öfter über ein Jahr lang arbeitslos sind als Arbeitslose im Allgemeinen. Dies trifft insbesondere für die Wallonie und Lothringen zu, wo sowohl die Langzeitarbeitslosenquoten als auch die Unterschiede zu der Gesamtarbeitslosigkeit höher ausfallen als auf europäischer Ebene und in den jeweiligen Nationalstaaten. Junge Menschen sind besonders gefährdet von den negativen Konsequenzen von Langzeitarbeitslosigkeit. Den Verlust von Arbeitserfahrung in jungen Jahren mit dem einher-

gehenden Verlust von Humankapital hinterlässt Spuren für die zukünftige Arbeitsmarktpartizipation und zukünftige Einkommen (sogar wenn zukünftige Arbeitslosigkeit vermieden wird). Außerdem müssen sie Verluste bei der Altersvorsorge hinnehmen (vor allem vor dem Hintergrund der alternden Bevölkerung ein Problem). Zudem demotiviert eine frühe Arbeitslosigkeit die Jugendlichen, sich weiter aktiv umzuschauen.²⁸

Die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit ist daher eine Priorität der französischen Arbeitsagentur Pôle Emploi. Hierbei geht es vor allem darum, den „harten Kern“ der Langzeitarbeitslosigkeit anzugehen. Zu diesem „harten Kern“ werden Menschen gezählt, die schon länger als 21 Monate keinerlei Beschäftigung nachgehen. Von den 37.181 unter 26-Jährigen Arbeitssuchenden in Lothringen zählen 1.262 in diese Kategorie (Daten von Pôle Emploi 2013).²⁹



3.2 NEET-Rate

Die Rate der jungen Menschen, die weder eine Arbeit haben, noch eine allgemeine oder berufliche Ausbildung absolvieren (NEET - Not in Employment, Education or Training) ist ein viel beachteter Indikator, welcher in den letzten Jahren in Europa häufig herangezogen wurde, um die Situation der Jugendlichen zu analysieren. Die EU hat mit der Strategie Europa 2020 das Problem der Ausgrenzung junger Menschen aus Bildung, Ausbildung und Arbeit verstärkt in den Blick genommen. Sowohl die Leitinitiative „Jugend in Bewegung“ als auch die beschäftigungspolitischen Leitlinien sehen einen dringenden Handlungsbedarf bei der Aktivierung junger Menschen, die sich nicht in Bildung, Ausbildung und Beschäftigung befinden und somit Gefahr laufen, auf Dauer vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen und zum Leistungsempfänger zu werden. Die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und

²⁸ Vgl. European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions: NEETs-Young people not in employment, education or training: characteristics, costs and policy responses in Europe, 2012 S.8.
²⁹ Vgl. Pôle Emploi : Les demandeurs d'emploi de moins de 26 ans en Lorraine, Repères&Analyse, 2013.

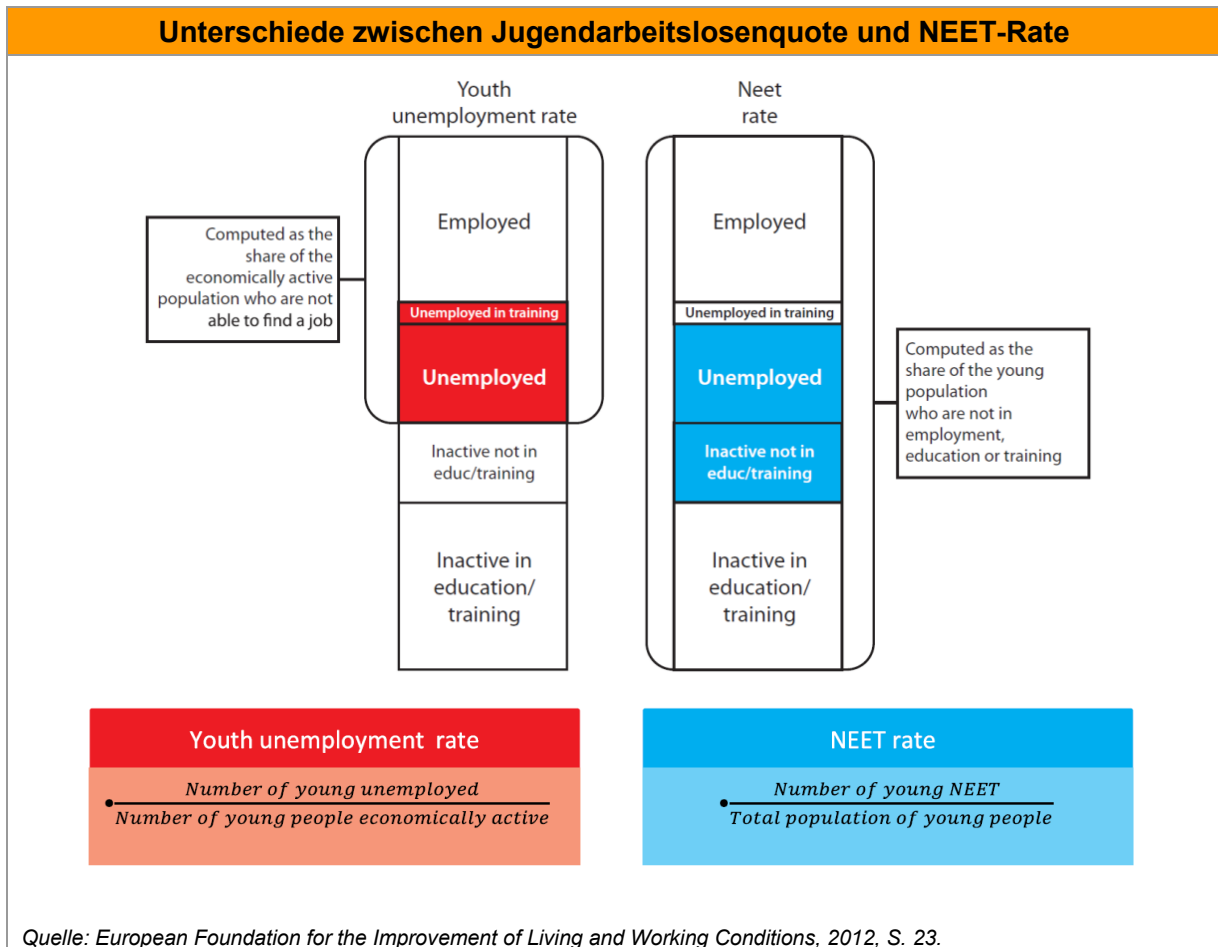
Arbeitsbedingungen hat 2012 einen umfangreichen Bericht zu dem Thema veröffentlicht, auf dessen Informationen sich der folgende Abschnitt zu einem großen Teil stützt.³⁰

NEET-Rate als Alternativkonzept zur Jugend-Arbeitslosenquote

Wie im Kapitel Arbeitslosigkeit beschrieben, gibt es mit dem Konzept der Jugendarbeitslosenquote verschiedene Probleme. Die Tatsache, dass Studenten und Schüler nicht berücksichtigt werden, resultiert in ein verzerrtes Bild und macht interregionale oder internationale Vergleiche schwierig. Außerdem sind Lebensläufe heutzutage oft nicht mehr linear von der Schule in Ausbildung/Studium und anschließend in Arbeit, sondern viel individualisierter. Junge Menschen befinden sich parallel in Beschäftigungs- und Studienverhältnissen und vollziehen mehrere Ein- und Ausstiege aus der Erwerbsbevölkerung. Traditionelle Ansätze sind darum zunehmend ungeeignet, die besondere Situation junger Menschen am Arbeitsmarkt abzubilden. Das Konzept der NEET-Rate geht über die Erwerbstätig/Nicht-Erwerbstätig-Klassifizierung hinaus und berücksichtigt auch verschiedene Graustufen.

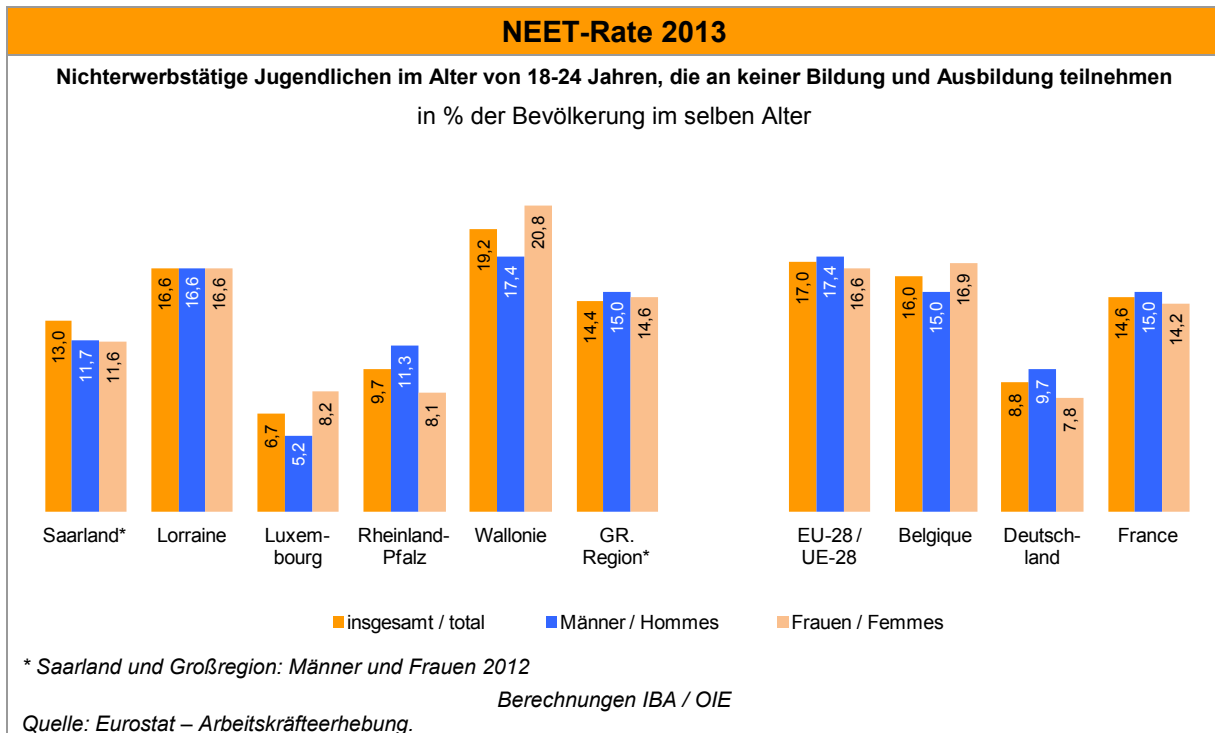
Die folgende Graphik illustriert, inwiefern sich die Indikatoren Jugend-Arbeitslosenquote und NEET-Rate konzeptuell unterscheiden. Während bei der Arbeitslosenquote die Arbeitslosen und die Arbeitslosen in Weiterbildung im Zähler stehen, sind bei der NEET-Rate die Arbeitslosen und die Personen, die nicht zur Erwerbsbevölkerung zählen und nicht ins Aus- oder Weiterbildung sind, ausschlaggebend. Außerdem ist die Bezugsgröße unterschiedlich: während sich die Jugendarbeitslosenquote auf die Erwerbsbevölkerung bezieht, umfasst der Nenner für die NEET-Rate die Gesamtbevölkerung einer Altersklasse (im Allgemeinen 18-24 Jahre). Damit wird auch das Problem der Vergleichbarkeit in der Großregion umgangen: bei der Jugendarbeitslosigkeit schneiden die deutschen Regionen immer besser ab, da die Auszubildenden als Erwerbspersonen und nicht als Schüler gezählt werden und somit im Vergleich zu den Nachbarregionen den Nenner bei der Berechnung vergrößern und die Arbeitslosenquote verringern. Bei der NEET-Rate ist das Kriterium „Erwerbsperson“ nicht signifikant.

³⁰ Vgl. European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions: NEETs-Young people not in employment, education or training: characteristics, costs and policy responses in Europe, 2012.

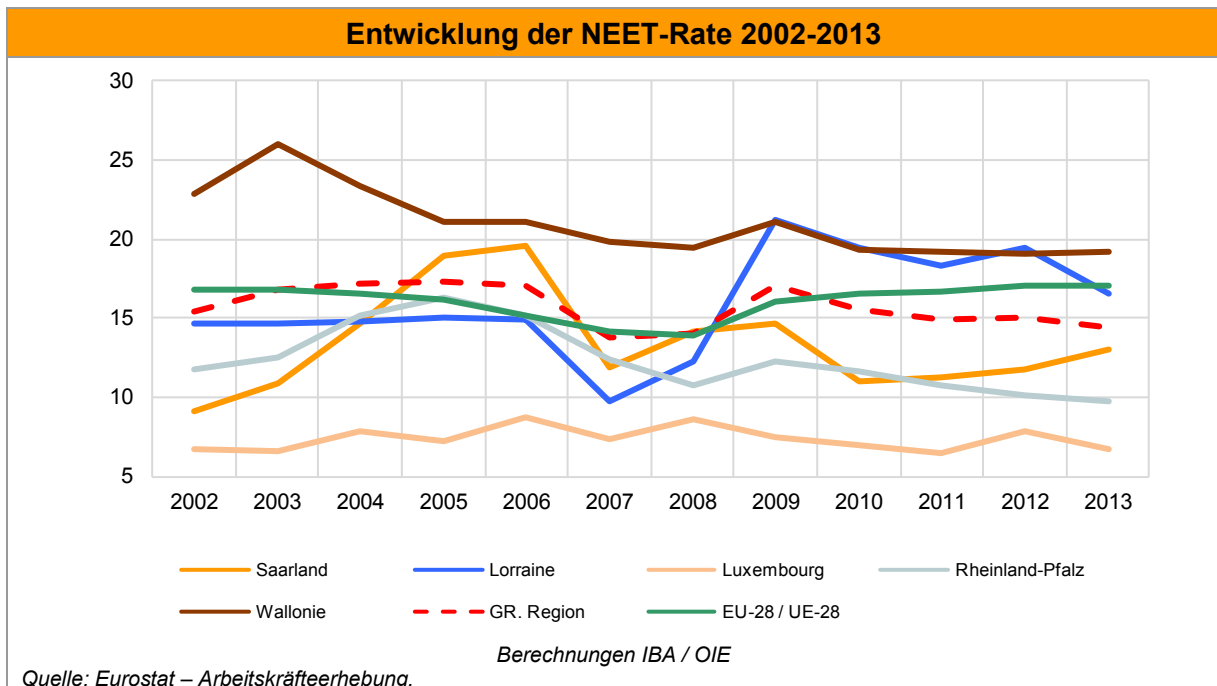


NEET-Raten innerhalb der Großregion variieren von 6,7% bis 19,2%

Die NEET-Rate der Großregion betrug im Jahr 2013 14,4% und schnitt damit besser ab als die EU-28 (17,0%). Im interregionalen Vergleich erzielten Luxemburg mit 6,7% und Rheinland-Pfalz mit 9,7% die niedrigsten Quoten. In allen anderen Teilregionen war mehr als jeder zehnte junge Mensch von einer NEET-Situation betroffen, in der Wallonie sogar fast jeder Fünfte. Damit lagen die NEET-Raten in allen Teilgebieten der Großregion über dem jeweiligen nationalen Mittel. Bei der geschlechterspezifischen Betrachtung fällt auf, dass in Lothringen und im Saarland das Geschlecht kaum Auswirkungen auf eine NEET-Situation hat, während in Rheinland-Pfalz mehr Männer (+3,2 Pp), in Luxemburg und der Wallonie mehr Frauen (+3,0 bzw. +3,4 Pp) betroffen sind.



Die Entwicklung der großregionalen NEET-Rate zeigt einen konjunkturabhängigen Verlauf: in den konjunkturstarken Jahren 2006 und 2007 fiel die NEET-Rate deutlich ab, zu Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2009 kam es hingegen zu einem drastischen Anstieg (+3,0 Prozentpunkte). Seitdem ist der Anteil der erwerbslosen jungen Menschen, die sich nicht in Aus- oder Weiterbildung befinden, allerdings wieder leicht rückläufig, so dass sich die NEET-Rate seit 2002 insgesamt um gut einen Prozentpunkt verringert hat. Hierin unterscheidet sie sich von der NEET-Rate der EU-28, welche seit 2002 um 0,2 Prozentpunkte zugelegt hat, was auf den konstanten Anstieg seit 2008 zurückzuführen ist (+3,1 Pp). Erst im Jahr 2013 konnte auf Ebene der EU wieder ein leichter Rückgang verzeichnet werden (-0,1 Pp). Die positivere Entwicklung in der Großregion seit der Wirtschafts- und Finanzkrise ist zu einem großen Teil auf Rückgänge der NEET-Jugendlichen im bevölkerungsreichen Rheinland-Pfalz zurückzuführen. Auch im Großherzogtum ist die Entwicklung seit 2008 trotz eines Anstiegs in 2012 positiv (-1,9 Pp). Im Saarland hingegen steigt nach einer Erholung in 2010 die NEET-Rate wieder an, so dass sie sich seit 2002 um beinahe vier Prozentpunkte erhöht hat. In der Wallonie, welche in 2013 den höchsten Anteil an NEET-Situationen bei jungen Menschen aufwies, ist die NEET-Rate im Zeitraum 2002-2013 im Vergleich zu den anderen Teilgebieten der Großregion aber auch im Vergleich zur EU-28 am stärksten zurückgegangen (-3,6%), seit 2010 verläuft sie recht stabil. In Lothringen hat sich die Krise 2009 in Form eines abrupten Anstiegs am dramatischsten auf die Entwicklung der NEET-Rate (+8,9 Pp) ausgewirkt, seit dem hat sie sich zwar wieder etwas erholt – insbesondere in 2013 (-2,9 Pp.) – ist seit 2002 aber dennoch um 2,0 Prozentpunkte angestiegen.



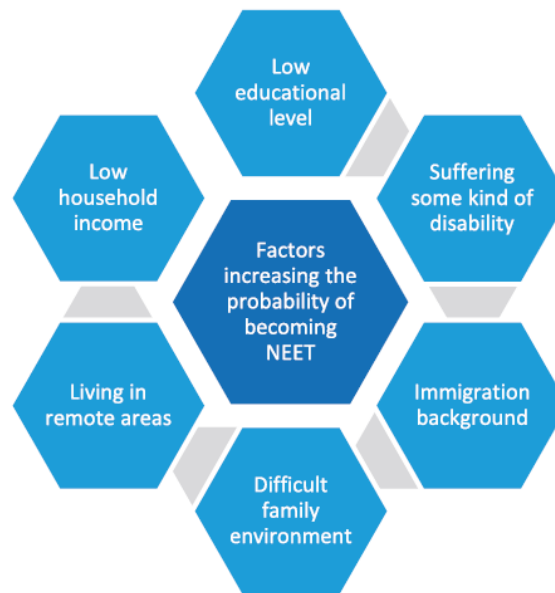
Unabhängig von den Zahlen ist es wichtig, sich bewusst zu machen, dass die Gruppe der NEET sehr heterogen ist. Folgende Untergruppen können unterschieden werden:³¹

- ▶ 1. „**traditionelle**“ **Arbeitslose**: die zahlenmäßig größte Gruppe, zu unterteilen in Kurzzeit-/ und Langzeitarbeitslose
- ▶ 2. „**Nicht-Verfügbare**“: junge Menschen mit Familienverantwortung oder kranke und behinderte junge Menschen
- ▶ 3. „**Anti-Soziale**“: junge Menschen die nicht nach Arbeit oder Bildungsmöglichkeiten suchen, aber auch nicht durch Verpflichtungen oder fehlende Kapazitäten davon abgehalten werden; umfasst sowohl entmutigte Arbeitslose als auch andere Jugendliche mit gefährlichem oder asozialem Lebensstil
- ▶ 4. „**Chancen-Sucher**“: junge Menschen die aktiv nach Arbeit oder Ausbildungsmöglichkeiten suchen, aber auf eine Gelegenheit warten, die ihren Fähigkeiten und ihrem Status entspricht
- ▶ 5. **Freiwillige NEETs**: junge Menschen, die reisen oder konstruktiv anderweitig beschäftigt sind, z.B. mit Musik, Kunst oder eigenständigem Lernen

Es gibt also deutliche Unterschiede zwischen gefährdeten (1;2;3) und nicht-gefährdeten Gruppen (2;4;5). Arbeitsmarkt- und sozialpolitische Projektmaßnahmen sollten sich darum gezielt an die jeweilige Zielgruppe richten. Außerdem kann es ein Ansatz sein, präventive Maßnahmen zu ergreifen. Darum ist es wichtig zu erfassen, welche Faktoren dazu beitragen, ob ein junger Mensch ein erhöhtes Risiko läuft, in eine NEET-Situation zu geraten.

³¹ Vgl. European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions: NEETs-Young people not in employment, education or training: Characteristics, costs and policy responses in Europe, 2012, S.24.

Faktoren, welche die Wahrscheinlichkeit erhöhen, in eine NEET-Situation zu geraten



Quelle: Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, 2012, S.57.

Es besteht großer Konsens über drei große Einflussbereiche, nämlich soziale, persönliche und wirtschaftliche Faktoren.³² Die Analyse einer Europäischen Wertestudie von 2008 brachte die folgenden Ergebnisse:

- ▶ Menschen mit **Behinderung** sind zu 40% häufiger NEETs
- ▶ Junge Menschen mit **Migrationshintergrund** sind zu 70% häufiger NEETs als inländische Staatsangehörige
- ▶ Menschen mit **niedrigem Bildungsniveau** sind dreimal häufiger NEETs als Hochschulabsolventen
- ▶ Das Leben in **abgelegenen Gebieten** erhöht das Risiko, zur NEET-Gruppe zu stoßen, um bis zu 50%
- ▶ Junge Menschen mit einem **niedrigen Haushaltseinkommen** sind häufiger NEETs als Altersgenossen mit durchschnittlichem Haushaltseinkommen
- ▶ Junge Menschen deren **Eltern arbeitslos** sind oder waren, sind zu 17% häufiger NEETs als Altersgenossen
- ▶ Junge Menschen aus **geschiedenen Ehen** sind zu 30% häufiger NEETs

³² Die Daten hierzu stammen aus der Europäischen Wertestudie 2008, einer länderübergreifenden Längsschnittstudie, siehe <http://www.europeanvaluesstudy.eu/>. Diese unterscheidet sich leicht von den Ergebnissen der Arbeitskräfteerhebung, auf der die vorangegangenen Daten stammen. So wird zum Beispiel die Altersgruppe der 15- bis 29-Jährigen betrachtet.

3.3 EU-Jugendgarantie

Wie aus den vorangegangenen Kapiteln hervor geht, sind junge Menschen besonders stark von den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise getroffen. Sie sind stärker gefährdet, da sie am Übergang zwischen Lebensabschnitten stehen, nur wenig Berufserfahrung haben, bisweilen ungenügend ausgebildet sind, oft nur einen geringen Sozialschutz genießen, beschränkten Zugang zu Finanzmitteln haben oder in prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten.

Als eine Maßnahme zur Unterstützung junger Menschen schlug die Europäische Kommission im Dezember 2012 im Rahmen eines Jugendbeschäftigungspaketes³³ die Einführung einer Jugendgarantie vor.

Dieses Konzept zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit meint:

*eine Situation, in der jungen Menschen binnen vier Monaten nach Verlust einer Arbeit oder dem Verlassen der Schule eine hochwertige Arbeitsstelle bzw. weiterführende Ausbildung oder ein hochwertiger Praktikums- bzw. Ausbildungsplatz angeboten wird. Ein Angebot einer weiterführenden Ausbildung könnte auch qualitativ hochwertige Schulungsprogramme, die zu einer anerkannten Berufsqualifikation führen, umfassen.*³⁴

Ziel ist es also, dass alle jungen Menschen unter 25 Jahren – ob beim Arbeitsamt gemeldet oder nicht – innerhalb von vier Monaten nach Abschluss ihrer Ausbildung oder nachdem sie arbeitslos geworden sind, ein konkretes und qualitativ hochwertiges Angebot erhalten. Dieses Angebot – eine Arbeitsstelle, ein Ausbildungsplatz, ein Praktikum oder eine Fortbildung – sollte auf die persönliche Situation und die Bedürfnisse der Person abgestimmt sein.³⁵

Praktische Erfahrungen mit Jugendgarantien

Die Jugendgarantie beruht auf praktischen Erfahrungen in Österreich und Finnland. So führte zum Beispiel die **finnische Jugendgarantie** zu einer beträchtlichen Senkung der Jugendarbeitslosigkeit: Laut einer Eurofound-Studie aus dem Jahr 2011 erhielten 83,5% der jungen Arbeitssuchenden binnen drei Monaten nach ihrer Arbeitslosenmeldung einen Arbeitsplatz, einen Praktikumsplatz oder eine Lehrstelle.³⁶ Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen versuchte die finnische Regierung Anfang 2013 die neue Garantie umfassender zu gestalten und so zu konzipieren, dass Beschäftigungs- und Ausbildungselemente miteinander kombiniert werden sowie Arbeitslosigkeit von vornherein vermieden wird. So wird jedem jungen Menschen unter 25 Jahren und jedem Hochschulabsolventen unter 30 Jahren innerhalb von drei Monaten nach Beginn der Arbeitslosigkeit eine Beschäftigung, ein Praktikum, eine innerbetriebliche Ausbildung, ein Studienplatz oder eine befristete Tätigkeit in einer Werkstatt oder in einer Einrichtung zur beruflichen Rehabilitation angeboten. Außerdem wird jedem Schulabgänger ein Platz in einer weiterführenden Schule (Sekundarstufe 2), eine berufliche

³³ <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=1036&newsId=1731&furtherNews=yes>

³⁴ Vgl. Amtsblatt der Europäischen Union: Empfehlungen des Rates vom 22. April 2013 zur Einführung einer Jugendgarantie, C120/1, 26. April 2013, S.1.

³⁵ Vgl. European Commission: Commission staff working document - Accompanying the document Proposal for a Council Recommendation on Establishing a Youth Guarantee, 05.12.2012, S.2f.

³⁶ Vgl. Europäische Kommission: Die EU-Jugendgarantie, MEMO/14/530, 16. September 2014, S.2. sowie <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1079&langId=de>

Aus- oder Weiterbildung, eine Ausbildungsstelle in einer Jugendwerkstatt, in einer Einrichtung zur beruflichen Rehabilitation oder in sonstiger Weise angeboten.³⁷ Die Anfang 2013 in Finnland eingeführte Jugendgarantie³⁸ kommt der im Kommissionsvorschlag für eine Empfehlung des Rates beschriebenen Garantie damit am nächsten. In **Österreich** wurde 2008 eine „Ausbildungsgarantie“ eingeführt, die jungen Menschen unter 18 Jahren, die selbst keinen Ausbildungsplatz in einem Unternehmen finden, die Möglichkeit einer Lehre in einer von der Arbeitsverwaltung finanzierten überbetrieblichen Lehrereinrichtung bietet.³⁹ Außerdem gewährleistet eine „Beschäftigungs- und Ausbildungsgarantie“ für junge Menschen zwischen 19 und 24 Jahren, dass arbeitslosen jungen Menschen innerhalb der ersten sechs Monate nach ihrer Meldung bei einer ÖAV eine Beschäftigung, eine gezielte Ausbildung oder eine öffentlich geförderte Beschäftigung angeboten wird.⁴⁰

Umsetzung und Finanzierung der EU-Jugendgarantie

Die Empfehlung für eine Jugendgarantie wurde am 22. April 2013 vom EU-Ministerrat angenommen und vom Europäischen Rat bei seiner Tagung im Juni 2013 gebilligt.⁴¹

Alle EU-Mitgliedstaaten haben die Jugendgarantie grundsätzlich akzeptiert und müssen einen Umsetzungsplan für die Jugendgarantie vorlegen. Die Europäische Kommission hilft beim Erstellen der nationalen Aktionspläne und arbeitet auf eine möglichst rasche Verwirklichung der Jugendgarantie hin. Die Pläne sollten vor allem Folgendes beschreiben:

- ▶ die Rolle der öffentlichen Bildungseinrichtungen und Arbeitsverwaltungen, der Jugendorganisationen sowie der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände;
- ▶ Strukturreformen und andere Initiativen zur Einführung der Jugendgarantie;
- ▶ die Finanzierung der Jugendgarantie, einschließlich der Förderung aus der Beschäftigungsinitiative für Jugendgliche und dem Europäischen Sozialfonds (ESF);
- ▶ einen Zeitplan für die Umsetzung und die Beobachtung der Fortschritte.⁴²

Die wichtigste EU-Finanzierungsquelle für die Projekte der Jugendgarantie ist der Europäische Sozialfonds (ESF), aus dem den Mitgliedstaaten im Zeitraum 2014-2020 jedes Jahr mehr als 10 Mrd. Euro zur Verfügung stehen. Der ESF gehört zu den europäischen Struktur- und Investitionsfonds, für deren Nutzung die Kommission Partnerschaftsvereinbarungen mit den Mitgliedsländern abschließt. Bis September 2014 wurden mit 16 Mitgliedstaaten, darunter Deutschland und Frankreich, Vereinbarungen geschlossen. Die Partnerschaftsvereinbarungen der übrigen Mitgliedstaaten werden derzeit von der Kommission geprüft. Zur Aufstockung der EU-Finanzhilfen für die Regionen, die am stärksten unter Arbeitslosigkeit junger Menschen leiden, wurde die mit 6 Mrd. Euro ausgestattete Beschäftigungsinitiative für junge Menschen eingerichtet. Die Unterstützungsmaßnahmen konzentrieren sich auf Regionen mit Jugendarbeitslosenquoten von mehr als 25% und auf die sogenannten NEETs (junge Men-

³⁷ Im Entwicklungsplan Education and Research 2011-2016 wird dies als „Ausbildungsgarantie“ (educational guarantee) bezeichnet; die Ausbildungsgarantie ist Bestandteil der Jugendgarantie.

³⁸ Finnisches Ministerium für Arbeit und Wirtschaft: Youth guarantee 2013, 13. März 2012.

³⁹ Vgl. Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz Österreich: Jugend und Arbeit in Österreich – Berichtsjahr 2010, S.59f.

⁴⁰ Vgl. Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz Österreich: Aktion Zukunft Jugend! – Für mehr Beschäftigung in Österreich, 01. April 2009, S.2.

⁴¹ Vgl. Europäische Kommission: Die EU-Jugendgarantie, MEMO/14/530, 16. September 2014, S.2.

⁴² Vgl. Europäische Kommission: Jugendgarantie: Mitgliedstaaten bereiten sofortige Umsetzung vor, Pressemitteilung, 17. Oktober 2013.

schen, die sich weder in Ausbildung noch in Beschäftigung befinden). Dadurch soll gewährleistet werden, dass in den Teilen Europas, in denen die Probleme besonders gravierend sind, die Höhe der Unterstützung ausreicht, um tatsächlich etwas zu bewirken. Nach den Eurostat-Daten von 2013 hätten sowohl die Wallonie als auch Lothringen Anspruch auf zusätzliche Mittel aus der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen. So wurde Frankreich bereits ein entsprechendes operationelles Programm von der Kommission genehmigt.⁴³

620 Mio. Euro zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Frankreich

Im Rahmen des nationalen operationellen Programms wird Frankreich 432 Mio. Euro aus der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen und dem Europäischen Sozialfonds (ESF) erhalten. Ergänzend kommen durch zwölf regionale operationelle Programme Mittel aus der Beschäftigungsinitiative im Gesamtwert von 188 Mio. Euro hinzu. Allerdings profitiert in diesem Rahmen die Region Lothringen nicht von einer Förderung durch die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen, da zum Entscheidungszeitpunkt die Jugendarbeitslosenquote im nach Eurostat nicht über 25% lag (2012: 24,8%; 2013: 27,5%). Zu den Maßnahmen gehören Beratung und Umschulung gering qualifizierter Personen, Mobilitätsförderung für Auszubildende auf regionaler, nationaler und teilweise grenzübergreifender Ebene, Verhinderung von vorzeitigem Schulabgang und bessere Ermittlung junger NEETs sowie Gewährung einer zweiten Chance für Schulabgänger ohne Abschlusszeugnis oder Qualifikationsnachweis, durch Arbeitserfahrung oder Praktika auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Den öffentlichen Arbeitsverwaltungen kommt im Hinblick auf das Erreichen dieser Ziele eine wesentliche Rolle zu, und dieses operationelle Programm kann eine Gelegenheit zur Verbesserung ihrer Initiativen zugunsten junger NEETs bieten.⁴⁴

Umsetzung der Jugendgarantie-Strategie in Belgien

Belgien erhält im Rahmen der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen 42,44 Millionen Euro, wovon auch die wallonische Provinzen Hainaut und Liège profitieren sollen – dort lagen die Jugendarbeitslosenquoten für das Entscheidungsjahr 2012 bei 32,0% (Hainaut; 2013: 40,5%) und 25,9% (Liège; 2013: 26,9%).⁴⁵

Einen Implementierungsplan zur Umsetzung der EU-Jugendgarantie stellte Belgien im Dezember 2013 vor, eine Aktualisierung erfolgt im April 2014. Der Plan enthält vier regionale Teilpläne, von welchen sich ein Plan auf die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens⁴⁶ und ein weiterer Plan auf die Wallonie bezieht. Für die Wallonie gilt dabei, dass die wallonische Arbeitsverwaltung Le Forem das Minimum der Jugendgarantie bereits erfüllt: Jugendliche erhalten in der Wallonie spätestens vier Monaten nach ihrer Registrierung bei Le Forem ein passendes Weiterbildungsangebot. Weitergehend enthält der wallonische Umsetzungsplan konkrete und personenspezifische Lösungsansätze im Sinne von Jobangeboten, Unterstützung bei der Sammlung praktischer Arbeitserfahrung durch Praktika u.ä., Sprachkurse, Mobilitätsförderung, etc.⁴⁷

⁴³ Vgl. Europäische Kommission: Die EU-Jugendgarantie, MEMO/14/530, 16. September 2014, S.6ff.

⁴⁴ Vgl. Europäische Kommission: Beschäftigungsinitiative für junge Menschen: 620 Mio. EUR zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Frankreich, Pressemitteilung, 03. Juni 2014.

⁴⁵ <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1094&langId=en>

⁴⁶ Vgl. Arbeitsamt der DG: German-speaking Community contribution – To the Belgian Youth Guarantee Implementation Plan, 2014.

⁴⁷ Vgl. Le Forem: Wallonia contribution – To the Belgian Youth Guarantee Implementation Plan, 2014.

Luxemburg: Implementierung der Jugendgarantie über drei Wege

Da die Jugendgarantie dem Profil und der persönlichen Situation des Jugendlichen Rechnung tragen soll, wird in Luxemburg jedem Jugendlichen während seines gesamten Weges ins Erwerbsleben eine persönliche Betreuung angeboten. Dieser Weg gliedert sich in drei unterschiedliche Laufbahnen, je nach dem Profil des Jugendlichen und seinen Vorstellungen:

- ▶ die beschäftigungsorientierte Laufbahn über die Agentur für Arbeit (ADEM): Teilnahme Jugendlicher an Orientierungs- oder Weiterbildungsmaßnahmen, Sammlung praktischer Erfahrungen in der Arbeitswelt, Suche nach einem Ausbildungs- oder Arbeitsplatz;
- ▶ die schulorientierte Laufbahn über die Lokalaktion für die Jugend (*Action locale pour jeunes*) der Abteilung für Berufsausbildung (*Service de la formation professionnelle*): Individuelle Betreuung Jugendlicher, die nach einem Schulabbruch wieder zur Schule gehen wollen, Erstellung eines neuen schulischen oder beruflichen Projekts, Unterstützung bei der Suche nach einer Ausbildung oder Schule, praktische Tipps zur konkreten Organisation und Umsetzung von individuellen Projekten;
- ▶ die aktivierungsorientierte Laufbahn über das Nationale Jugendwerk (*Service national de la jeunesse*): Insbesondere Betreuung von NEETS, Teilnahme an gemeinnützigen Projekten im Rahmen der Jugendfreiwilligendienste, Weiterentwicklung individueller Talente, individuelle Unterstützung im Übergang in die Berufswelt.⁴⁸

Während die staatlichen Akteure sich verpflichten, eine hochwertige Betreuung anzubieten, muss der Jugendliche seinerseits den Verpflichtungen nachkommen, die zu Beginn der betreuten Laufbahn eingegangen wurden. Diese gegenseitige Verpflichtung hat einen offiziellen Charakter, wobei die Betreuungsgarantie binnen vier Monaten nach der formellen Anmeldung für die Jugendgarantie erfolgt.⁴⁹

Implementierungsplan zur Umsetzung der EU-Jugendgarantie in Deutschland

Nach Beschluss des Bundeskabinetts vom 08. April 2014 sind das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, die Bundesagentur für Arbeit sowie die Jobcenter die zentralen Akteure zur Umsetzung der EU-Jugendgarantie in Deutschland. Dabei sollen unter anderem folgende Aspekte angegangen werden:

- ▶ Unterstützungsangebote bei der Anmeldung bei der öffentlichen Arbeitsverwaltung;
- ▶ Unterstützung für NEETs über die Träger der Jugendhilfe. Hierbei spielen insbesondere Strukturen, wie sie in „Arbeitsbündnissen Jugend und Beruf“ und die Programme der Bundesinitiative „JUGEND STÄRKEN“ zu finden sind, eine wichtige Rolle;
- ▶ Institutionelle Zusammenarbeit und Konzepte für Partnerschaften (z.B.: Zusammenarbeit von Schule und Berufsberatung; Zusammenarbeit der Arbeitsagentur bzw. der Jobcenter vor Ort mit Arbeitgebern, Kammern und Verbänden; Einbeziehung der So-

⁴⁸ Vgl. Le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg : D'Jugendgarantie zu Letzebuerg – Nimm deine Zukunft in die Hand. Wir unterstützen dich dabei !, 2014.

⁴⁹ Vgl. Le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg: Offizielle Einführung der Jugend-garantie, 27. Juni 2014. <http://www.quichet.public.lu/citoyens/de/actualites/2014/06/27-garantie-jeunesse/index.html>

zialpartner bei der Berufsausbildung im Dualen System; Nationaler Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs);

- ▶ Frühzeitiges Eingreifen und Aktivieren (z.B. Adressaten gerechte Ansprache; frühzeitige Berufsorientierung und -beratung; Infokampagne zur Berufsausbildung)
- ▶ Maßnahmen zur Förderung der Integration in den Arbeitsmarkt (z.B. Schul- und Ausbildungsabbrüche verhindern - Abschlüsse fördern; Berufsausbildungsvorbereitung und Berufsausbildungsförderung stärken; Förderung der beruflichen Weiterbildung; Förderung von regionaler und internationaler Mobilität)⁵⁰.

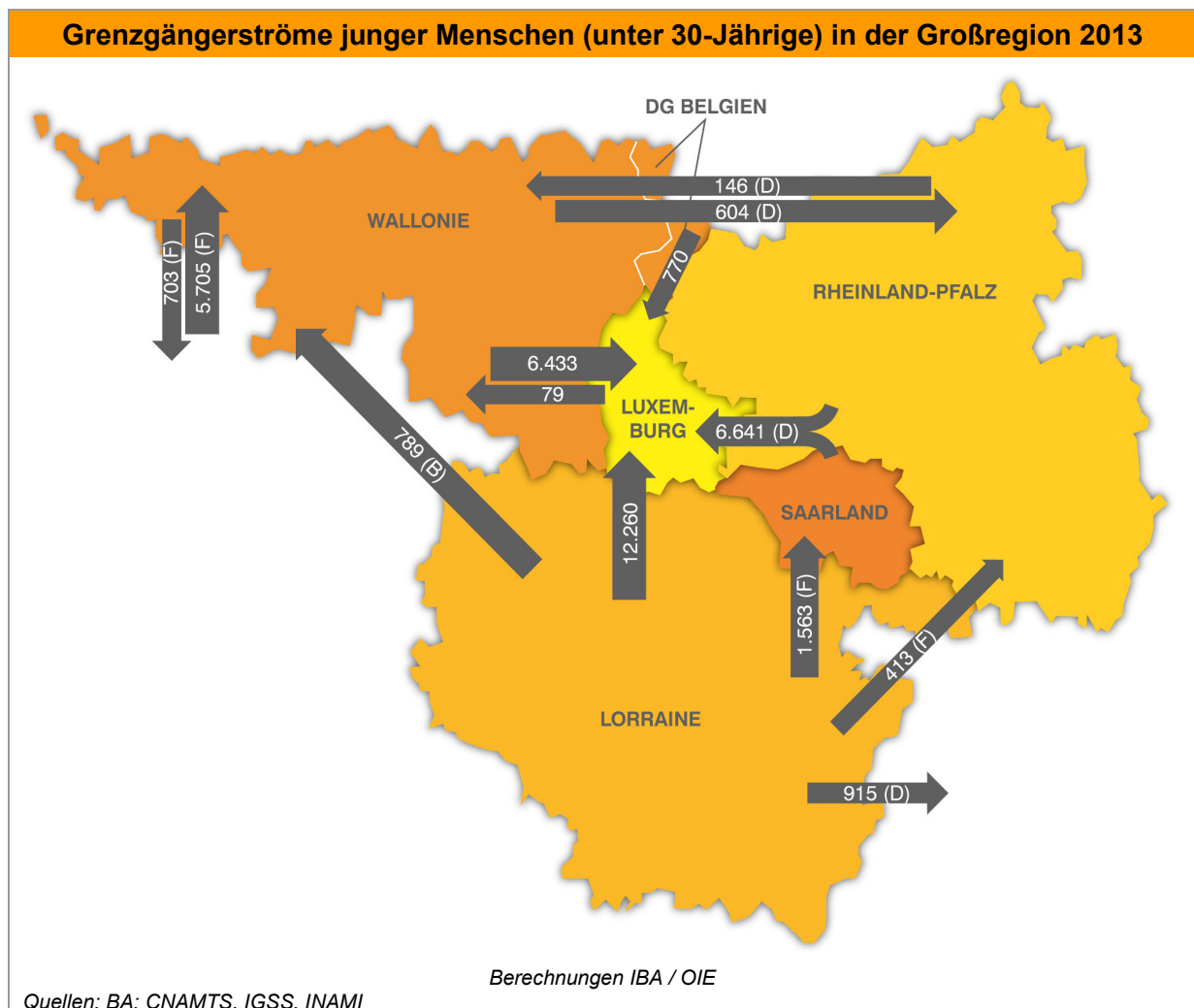
⁵⁰ Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Nationaler Implementierungsplan zur Umsetzung der EU-Jugendgarantie in Deutschland, 08. April 2014, S.16ff.

4. Mobilität junger Menschen

Im Rahmen der Strategie Europa 2020 wurde im Jahr 2010 die Initiative „Jugend in Bewegung“ aufgelegt. Da – wie oben dargestellt – Jugendliche besonders häufig dem Risiko der Arbeitslosigkeit ausgesetzt sind, zielt die Initiative darauf ab, die Bildung und Beschäftigungsfähigkeit junger Menschen zu verbessern. Auch im Rahmen der rheinland-pfälzischen Gipfelpräsidentschaft der Großregion stellte „Mobilität und Beschäftigungsfähigkeit von jungen Menschen in der Großregion“ einen von vier Themenschwerpunkte dar.

Grenzgängermobilität junger Menschen in der Großregion

Der Arbeitsmarkt der Großregion ist geprägt von einer hohen grenzüberschreitenden Arbeitnehmermobilität (siehe IBA-Teilbericht „Grenzgängermobilität“). Durch die intensiven Ein- und Auspendlerbewegungen sind die regionalen Teilarbeitsmärkte eng miteinander verflochten: im Jahr 2013 verzeichnete die Großregion rund 213.400 grenzüberschreitend mobile Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Einpendler). Beinahe 18% davon waren junge Menschen unter 30 Jahren.



Luxemburg Hauptzielgebiet junger Grenzgänger

Das stärkste Einzugsgebiet junger Grenzgänger war im Jahr 2013 mit großem Abstand das Großherzogtum Luxemburg, wohin ca. 80% einpendeln. Somit waren von den insgesamt rund 158.600 Luxemburg-Einpendlern ca. 30.000 Personen bzw. 18,8% jünger als 30 Jahre. 522 dieser Personen hatten sogar noch nicht das 20ste Lebensjahr vollendet. Mit 15.735 Personen machten die jüngeren grenzüberschreitend mobilen Arbeitnehmer aus Frankreich mehr als 50% aller jüngeren ins Großherzogtum pendelnden Grenzgängern aus. Von dem gesamten Einpendlerstrom von Frankreich nach Luxemburg war damit jeder Fünfte unter 30 Jahre alt (20,1%). Die Alterskohorte der unter 30-Jährigen an allen Einpendlern aus Deutschland machte hingegen lediglich 16,6% aus.

Grenzüberschreitende Einpendler nach Luxemburg nach Herkunftsgebiet 2013

	Total		Belgique		Deutschland		France		DG Belgien*	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
< 20	522	0,3	127	0,3	149	0,4	246	0,3	-	-
20-29	29.409	18,5	7.427	18,5	6.492	16,2	15.489	19,8	770	22,0
Total	158.577	100,0	40.146	100,0	40.088	100,0	78.343	100,0	3.497	100,0

* DG Belgien : < 30 Jahre

Quelle: IGSS (Actifs occupés et salariés soumis à l'assurance sociale obligatoire au 31.03.2013)

Frankreich Hauptherkunftsgebiets junger Grenzgänger

Werden neben den Pendlerströmen in Richtung Luxemburg auch die grenzüberschreitenden Mobilität junger Menschen in die Wallonie und die deutschen Teilgebiete mitberücksichtigt, machten die junge Arbeitnehmer aus Frankreich im Jahr 2013 über 60% aller unter 30-Jähriger großregionalen Berufspendler aus. Insgesamt arbeiten 23.416 junge Franzosen unter 30 Jahren jenseits der Grenze, 432 von ihnen sind unter 20 Jahren. Auffallend ist, dass sich die Anteile der Altersgruppe der unter 30-Jährigen an den Gesamtströmen je nach Zielgebiet stark unterscheiden: war in Richtung Luxemburg und Wallonie beinahe jeder Fünfte Pendler aus Frankreich jünger als 30 Jahre, zählte in Richtung deutsche Teilgebiete weniger als jeder Zehnte in die Altersgruppe der unter 30-Jährigen. Junge Franzosen pendeln demnach eher ins Großherzogtum oder in die Wallonie. Der deutsche Arbeitsmarkt mit dem ausgeprägten dualen Ausbildungssystem scheint hingegen für junge Menschen aus Frankreich weniger attraktiv zu sein.

Grenzüberschreitende Auspendler aus Frankreich nach Zielgebiet 2013

	Total		Saarland		Luxembourg		Rheinland-Pfalz		Wallonie	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
< 20	432	0,3	100	0,6	246	0,3	23	0,5	63	0,2
20-29	22.984	17,7	1.463	8,3	15.489	19,8	390	8,4	5.642	19,4
Total	129.781	100,0	17.682	100,0	78.343	100,0	4.627	100,0	29.129	100,0

Quellen :

Saarland, Rheinland-Pfalz: Bundesagentur für Arbeit (Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte zum 30.06.2013)

Luxembourg: IGSS (Actifs occupés et salariés soumis à l'assurance sociale obligatoire au 31.03.2013)

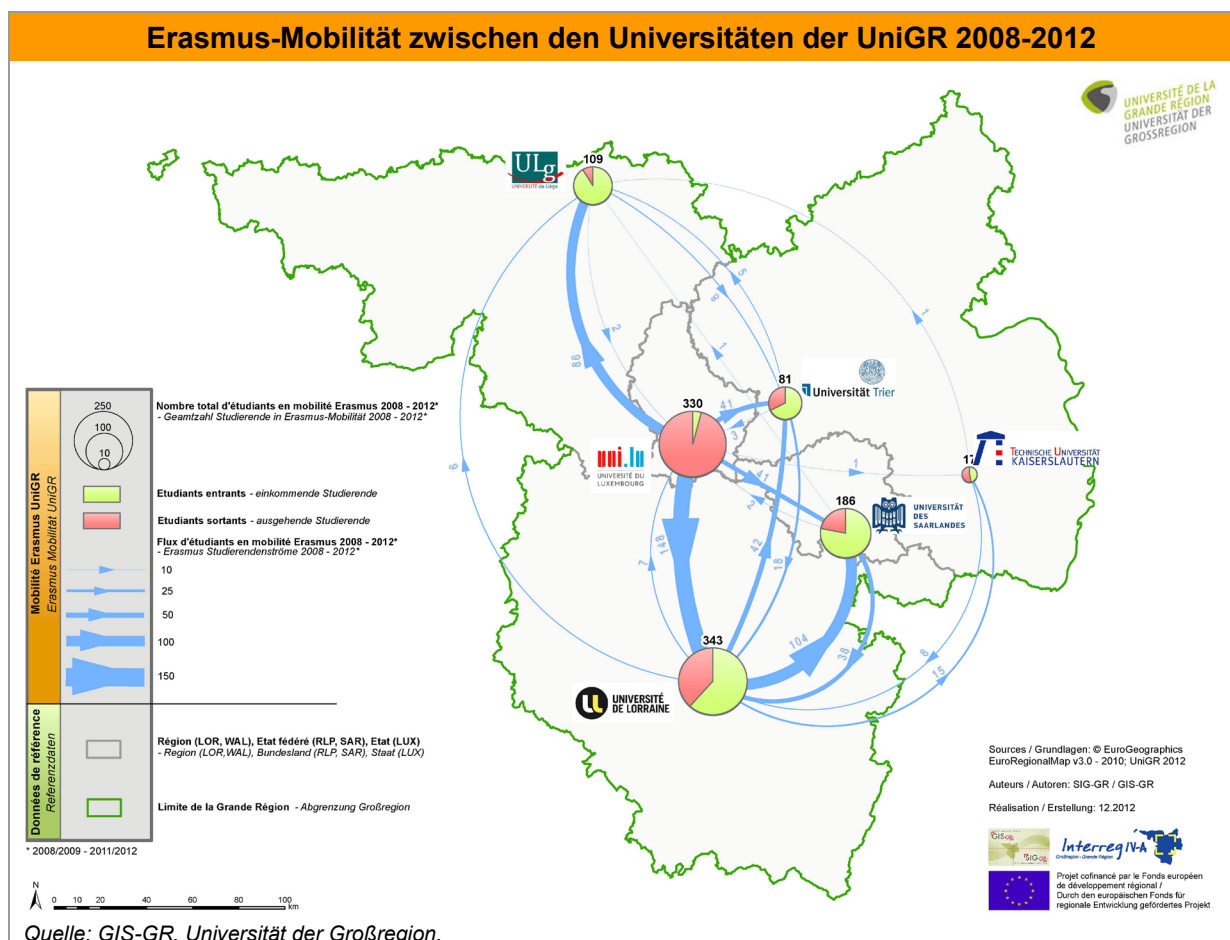
Wallonie: INAMI (Actifs ainsi que les travailleurs indépendants au 30.06.2013)

Erasmus-Mobilität in der Großregion

Um die Mobilität junger Menschen zu erhöhen und die von der EU-Initiative „Jugend in Bewegung“ gesteckten Ziele zu erreichen, sind laut EU-Kommission folgende Schritte notwendig:

- ▶ Stärkere Ausrichtung der allgemeinen und beruflichen Bildung an den Bedürfnissen junger Menschen;
- ▶ Motivation einer größeren Anzahl von Schülern und Studierenden, ihr Studium oder ihre Ausbildung mit Hilfe eines EU-Stipendiums im Ausland zu absolvieren;
- ▶ Unterstützung der EU-Länder bei der Durchführung von Maßnahmen, die den Einstieg in den Arbeitsmarkt vereinfachen sollen.⁵¹

Ein etabliertes EU-Programm, welches die Mobilität junger Menschen während der Ausbildung fördert, ist das Fördererprogramm für Auslandsaufenthalte „Erasmus“, welches im Hochschul- und seit dem 01.01.2014 als „Erasmus+“ auch im Ausbildungsbereich ansetzt. Nachstehende Karte zeigt, die Erasmus-Mobilität zwischen den Hochschulen der Universität der Großregion (UniGR) in den Jahren 2008 bis 2012.



Insgesamt verzeichneten die eingehenden und ausgehenden Studienströme zwischen den Universitäten der UniGR im Betrachtungszeitraum 2008-2012 eine Zahl von 578 Studierenden. Der Großteil der auspendelnden Studierenden kam mit 317 Personen von der Universität Luxemburg, was unter anderem darauf zurückgeführt werden kann, dass alle dort eingeschriebenen Bachelorstudierenden mindestens ein Semester an einer ausländischen Partneruniversität verbringen müssen.

⁵¹ Vgl. <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=950>

Es muss bei der Darstellung aber darauf hingewiesen werden, dass die Karte lediglich die Studierendenströme der Großregion innerhalb des Erasmus-Programms illustriert. Junge Menschen, die ihr komplettes Studium an Universitäten der benachbarten Regionen absolvieren, wurden nicht erfasst. Somit findet sich hier beispielsweise nicht die relativ hohe Zahl der luxemburgischen Studierenden, die an den Universitäten Liège, Trier und Lothringen eingeschrieben sind, ohne aber Teil des Erasmus-Programms zu sein.

Beispiel zur Förderung grenzüberschreitender Mobilität junger Menschen

Auch auf großregionaler Ebene existieren Initiativen, welche die Mobilität junger Menschen erhöhen soll. Zu nennen ist hier insbesondere die Verabschiedung der **Rahmenvereinbarung über grenzüberschreitende Berufsbildung in der Großregion**. Ziel dieser Vereinbarung ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen einer grenzüberschreitenden Aus- und Weiterbildung in der Großregion, welche eine anerkannte grenzüberschreitende Berufsbildung ermöglichen soll. Auch Fragen der Anerkennung von Berufsabschlüssen über Grenzen hinweg werden hier geregelt. Die Rahmenvereinbarung wird zum Ende der rheinland-pfälzischen Gipfelpräsidentschaft verabschiedet.

Bereits im Jahr 2013 wurde **eine Fachstelle für grenzüberschreitende Ausbildung zwischen dem Saarland und Lothringen (VAUS)** eröffnet, welche zur Steigerung der Mobilität junger Menschen in der Großregion beitragen kann. Die Fachstelle unterstützt junge Menschen aus Frankreich und Deutschland bei der Vermittlung grenzüberschreitenden Berufspraktika. Das Angebot richtet sich gleichermaßen an französische Lycée-Schülerinnen und -Schüler (Niveau Bac Pro und BTS), die einen Teil ihrer vorgeschriebenen Praktika (PFMP) in einem deutschen Betrieb absolvieren möchten und deutsche Auszubildende, die einen Teil ihrer Berufsausbildung in einem französischen Betrieb verbringen möchten.

Unter dem Motto „Räume entdecken – Grenzen überwinden“ bietet die Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit in Kooperation mit der Europäischen Akademie Otzenhausen das großregionale Projekt „**Europa-Camp**“ für junge Erwachsene aus Lothringen, Luxemburg, Belgien und den beiden deutschen Teilregionen an. Vermittelt werden unter anderem Informationen zu Ausbildungs-, Studien- und Berufsmöglichkeiten in den jeweiligen Nachbarregionen sowie Mobilitätserfahrungen junger Vertreter des kulturellen Jugendportals der Großregion GRRRRR (www.grrrrr.eu).

Eine weitere Initiative, welche sich allerdings nicht im speziellen auf die Großregion bezieht, von der aber insbesondere die beiden deutschen Teilgebiete des Kooperationsraums profitieren könnten, ist das deutsche Förderprogramm „**MobiPro-EU**“. Zur Sicherung des Fachkräftebedarfs und als Beitrag gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Europa, hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales im Jahr 2013 das Sonderprogramm „Förderung der beruflichen Mobilität von ausbildungsinteressierten Jugendlichen und arbeitslosen jungen Fachkräften aus Europa“ (MobiPro-EU) entwickelt. MobiPro-EU unterstützt bei der Vermittlung in eine betriebliche Berufsausbildung. Gefördert werden dabei unter anderem die Finanzierung von Deutschsprachkursen im Herkunftsland und in Deutschland, Reise- und Umzugskostenpauschalen, für Auszubildende Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts sowie sozial- und berufspädagogische Begleitung.

5. Bildungssituation

Immer wieder wird in arbeitsmarktbezogenen Analysen auf den Zusammenhang zwischen Bildungsstand und Erwerbstätigkeit hingewiesen. Experten sind sich einig, dass mit dem Bildungsstand auch die Beschäftigungsquote steigt.⁵² Aus diesem Grund hat die Europäische Union in der Europa 2020-Strategie auch zwei Ziele aus dem Bereich Bildung gesetzt: die Steigerung des Anteils der 30- bis 34-Jährigen mit abgeschlossener Hochschulbildung auf mindestens 40% und die Verringerung der Quote vorzeitiger Schulabgänger auf unter 10%. Beide Indikatoren werden im Folgenden abgebildet. Außerdem wird vorab auf die Studierenden an Fachschulen und Hochschulen (Tertiärbereich) eingegangen.

Mehr als die Hälfte der 20- bis 24-Jährigen sind Studierende im Tertiärbereich

Tertiäre Bildung umfasst neben den weiterführenden Forschungsqualifikationen (ISCED 6) sowohl weitgehend theoretisch orientierte Bildungsgänge (ISCED 5A), die den Eintritt in Berufe mit hohem Qualifikationsniveau und den Zugang zu höheren forschungsorientierten Bildungsgängen ermöglichen sollen, als auch praxisnähere und stärker berufsbezogene Bildungsgänge, die auf das Erwerbsleben vorbereiten (ISCED 5B). Zulassungsvoraussetzung ist üblicherweise der erfolgreiche Abschluss des höheren Sekundarbereichs, d.h. der ISCED-Stufen 3 und/oder 4. Um die relative Größe der Studentenspopulation auf regionaler Ebene aufzuzeigen, wird die Zahl der Studierenden zur Altersgruppe der 20- bis 24-jährigen Bevölkerung ins Verhältnis gesetzt. Zu beachten ist allerdings, dass der Indikator auf Daten der Studienorte basiert, sich also nicht auf den Herkunfts- oder Wohnort der Studierenden bezieht. Hohe Werte werden daher meist von den Regionen erreicht, die als Standorte großer Universitäten oder anderer Einrichtungen mit tertiären Bildungsgängen auch viele Studierende von außerhalb anziehen. Bei der Interpretation der Quoten ist deshalb neben der jeweiligen bevölkerungsspezifischen Alterszusammensetzung die regionale Struktur des Tertiärbereichs zu berücksichtigen, d.h. die Konzentration oder Streuung entsprechender Bildungseinrichtungen in den Regionen.

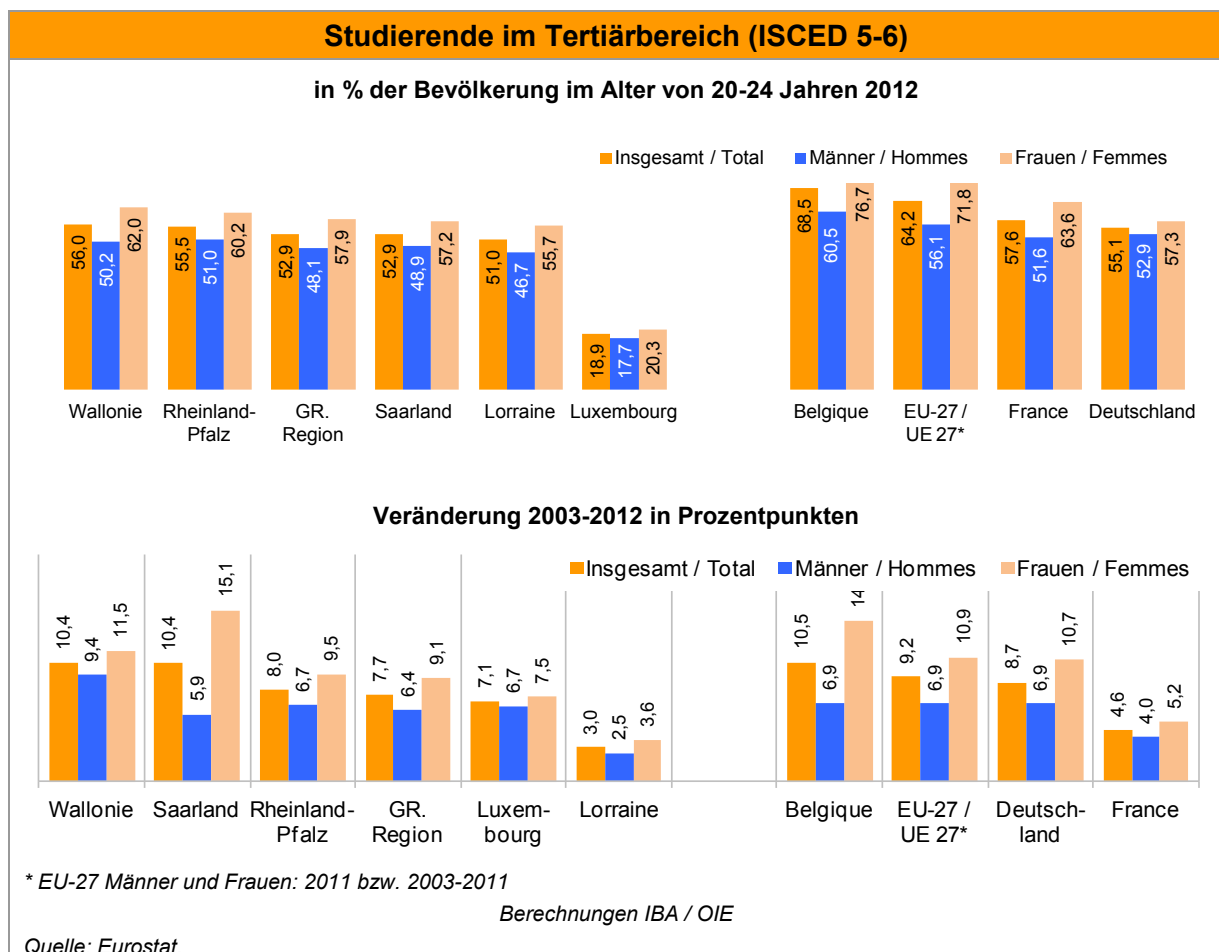
Im Jahr 2012 war in der Großregion mehr als die Hälfte (52,9%) aller 20- bis 24-jährigen Einwohner Studierende im Tertiärbereich – merklich weniger als im Durchschnitt der EU-27 (64,2%). Auch die Entwicklungsdynamik im Zeitraum 2003-2012 blieb hinter dem europäischen Trend zurück (+7,7 gegenüber +9,2 Prozentpunkten). Innerhalb der Großregion lag die Quote mit 56% in der Wallonie am höchsten, dicht gefolgt von Rheinland-Pfalz mit 55,5%. Auffallend ist hier, dass die belgische Region trotz des hohen Wertes noch weit hinter dem belgischen Durchschnitt von 68,5% zurückbleibt. Das Saarland liegt mit 52,9% genau im großregionalen Durchschnitt, Lothringen mit 51,0% knapp darunter. Beide Teilgebiete blieben damit hinter den jeweiligen nationalen Durchschnitt zurück. Am niedrigsten ist mit großem Abstand der luxemburgische Wert (18,9%). Dieser niedrige Wert darf aber nicht als Ausdruck mangelnden Bildungseifers fehlinterpretiert werden – die überdurchschnittlich hohe Akademikerquote in der Erwachsenenbevölkerung stellt das genaue Gegenteil unter Beweis.⁵³ Ursächlich ist vor allem der Umstand, dass die Jugendlichen in Luxemburg traditionell zu Studienzwecken ins Ausland gehen und dafür auch mit entsprechenden Stipendien ausgestattet werden. Daher war der tertiäre Bildungsbereich im Großherzogtum lange Zeit deut-

⁵² Vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Internationale Bildungsindikatoren, 2013, S.38.

⁵³ Vgl. IBA / OIE: Bericht zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Großregion 2013/2014, S.48.

lich weniger ausgebaut als in anderen Ländern. Dies änderte sich zwar ein Stück weit mit der Gründung der Universität im Jahre 2003 bzw. 2004 – die seitdem erreichten Zuwächse spiegeln sich auch deutlich in den Zahlen wider. Da sich die Universität Luxemburg aber explizit als internationale Forschungsuniversität mit einem eher kleinen, konzentrierten Fächerspektrum versteht, wird die Steigerung absehbar an Grenzen stoßen. Heute wie in Zukunft werden deshalb viele Luxemburgerinnen und Luxemburger vor allem an den Hochschulen der benachbarten Regionen im Kooperationsraum weiterhin als „Bildungsausländer“ ein Studium aufnehmen. Da das Wohnortprinzip gilt, werden diese Studenten in den Daten von Eurostat nicht zu Luxemburg gezählt.

Die geschlechtsspezifische Betrachtung zeigt, dass Frauen sich deutlich häufiger für ein (Fach)-Hochschulstudium entscheiden als Männer. Großregional liegt der Wert der jungen Frauen bei 57,9%, derjenige der jungen Männer 9,8 Prozentpunkte darunter (48,1%). In der Wallonie ist der Unterschied mit 11,8 Prozentpunkten am größten, in Luxemburg mit 2,6 Prozentpunkten am kleinsten. Betrachtet man die Entwicklung seit 2003, sind die Werte für beide Geschlechter in allen Teilregionen angestiegen, wobei die Zuwächse bei den Frauen überall stärker ausfielen als bei den Männern. Besonders unterschiedlich verliefen die Entwicklungen im Saarland (+15,1 Pp bei den Frauen gegenüber +5,9 Pp bei den Männern). Insgesamt war die Zunahme in der Wallonie und im Saarland am stärksten (jeweils +10,4 Pp). Danach folgen Rheinland-Pfalz (+8,0 Pp) und Luxemburg (+7,1 Pp). Lothringen bildet das Schlusslicht (+3,0 Pp).



Luxemburg erreicht Europa 2020-Ziel zur Bevölkerung im Alter von 30 bis 34 Jahren mit einem Tertiärabschluss

Die Europäische Union hat sich zum Ziel gesetzt, mindestens 40% ihrer Bevölkerung zwischen 30 und 34 Jahren auf Hochschulniveau (ISCED-Niveau 5 oder 6)⁵⁴ zu qualifizieren. In der Erläuterung zu diesem Indikator bei Eurostat findet man die folgenden Erklärungen: Für die heutige Wissensgesellschaft sind Bildung und Ausbildung essentiell; höhere Bildungsabschlüsse führen zu einer besseren Vermittelbarkeit auf dem Arbeitsmarkt und tragen zur Armutsreduzierung im Kontext der wissensbasierten Wirtschaft bei. Investitionen in qualitativ hochwertige und moderne Aus- und Weiterbildung liegen Europas langfristigem Wohlstand zugrunde, und sorgen dafür, dass Menschen die Effekte der Wirtschaftskrise besser überwinden können.⁵⁵ Auch gibt es nationale Zielvorgaben: Von den Ländern der Großregion orientiert sich Luxemburg an der Vorgabe für den EU-Durchschnitt, Frankreich will 50% in der Altersklasse 17 bis 33 Jahre erreichen, Belgien strebt 47% bei den 30- bis 34-Jährigen an und Deutschland hat sich hier 42% als Ziel gesetzt. Mit Blick auf die Bundesrepublik ist anzumerken, dass der nationale Zielwert zusätzlich postsekundare nicht-tertiäre Abschlüsse (ISCED 4) berücksichtigt, um der besonderen Bedeutung des dualen Berufsbildungssystems zu entsprechen.

Im Jahr 2013 lag der Wert in der Großregion bei 38,0% und damit zwar noch zwei Prozentpunkte hinter der Zielvorgabe zurück, aber auf einem höheren Niveau als die EU-28 (36,8%). Innerhalb der Großregion lag Luxemburg mit einer Quote von 52,5% klar an der Spitze und konnte das europäische Ziel als einziges Teilgebiet des Kooperationsraums bereits 2013 erfüllen. Auf einem guten Weg dorthin sind auch die Wallonie und Lothringen, welche Werte von knapp 39% erreichten. Um bis 2020 auch die jeweiligen nationalen Zielvorgaben zu erfüllen, sind aber in beiden Teilgebieten noch erhebliche Anstrengungen erforderlich. Die beiden deutschen Regionen wiesen mit 30,6% (Rheinland-Pfalz) und 27,3% (Saarland) die niedrigsten Werte aus. Sie liegen damit auch deutlich unter dem bundesweiten Durchschnitt Deutschlands. Der vergleichsweise geringe Akademikeranteil in beiden deutschen Bundesländern ist vor dem Hintergrund der dort besonderen Bedeutung des Berufsbildungssystems mit den Lernorten Betrieb und Berufsschule zu sehen.⁵⁶ Dieses stellt einen weiteren attraktiven Bildungsweg unterhalb der Hochschulebene zur Verfügung (ISCED-4). Vergleichbare Abschlüsse werden in anderen Ländern häufig an Fachhochschulen oder Hochschulen erworben.⁵⁷ Dementsprechend hoch ist in den deutschen Regionen der Anteil der Bevölkerung mit einem Abschluss im mittleren Qualifikationssegment. Werden die ISCED-4-Abschlüsse

⁵⁴ *Level 5 (Tertiäre Bildung, erste Stufe):* Die erste Stufe der tertiären Bildung dauert mind. 2 Jahre und setzt einen Abschluss der Sekundarbildung voraus. Level 5B umfasst praxisbezogene Studiengänge an Fachschulen, Berufsakademien u.ä.; Level 5A umfasst die übrige Hochschulausbildung unterhalb der Promotion.

Level 6 (Tertiäre Bildung, Forschungsqualifikation): Tertiäre Bildung mit Forschungsqualifikation umfasst die höchsten hochschulischen Ausbildungsformen, also die Promotion und die Habilitation.

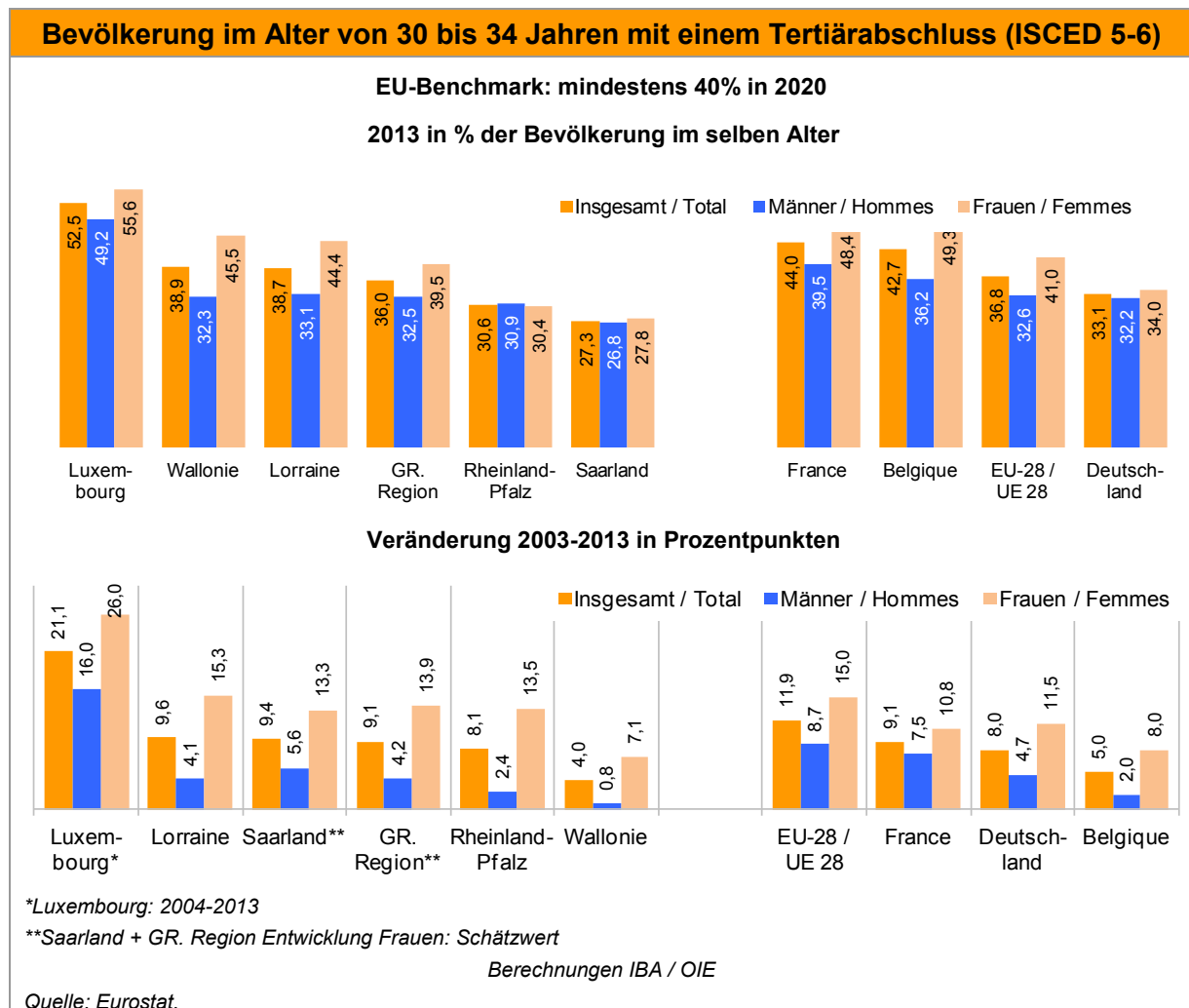
⁵⁵ Vgl.: Eurostat: Tertiary educational attainment by sex, age group 30-34. 13. Relevance (Gekürzte Übersetzung aus dem Englischen).

⁵⁶ http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_SDDS/DE/t2020_41_esmsip.htm#relevance1405092104300

Das deutsche Berufsausbildungssystem unterhalb der Hochschulebene differenziert sich in drei große Sektoren: das duale Ausbildungssystem aus betrieblicher und schulischer Unterweisung als quantitativ bedeutendster Sektor, das Schulberufssystem mit seinem Schwerpunkt auf Ausbildung zu Dienstleistungsberufen und das Übergangssystem, das keine vollqualifizierende Ausbildung, sondern berufsvorbereitende Kompetenzen unterschiedlicher Art vermittelt. (Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hg.): Bildung in Deutschland 2012, Bielefeld, S.102).

⁵⁷ Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung: Anhang zur Pressemitteilung OECD-Studie „Bildung auf einen Blick 2012“, 2012, Berlin, S.5.

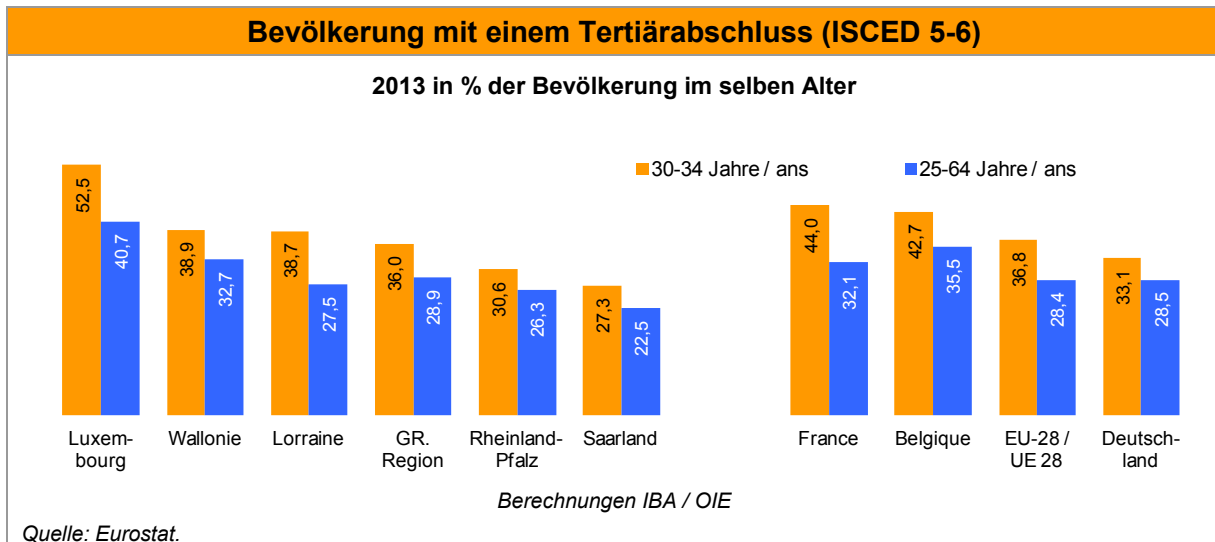
für den nationalen Zielwert mitgerechnet, so hat Deutschland sein Benchmark für 2020 bereits im Jahr 2012 mit einem Gesamtanteil von 43% übertroffen.⁵⁸



Anteil der Bevölkerung mit Teriärabschluss bei Anfang 30-Jährigen überdurchschnittlich hoch

Vergleicht man nun die Altersgruppe der 30- bis 34-Jährigen mit der Altersgruppe der 25- bis 64-Jährigen, wird deutlich, dass die 30- bis 34-Jährigen durchschnittlich höher qualifiziert sind. Auch wenn bei einigen 25- bis 30-Jährigen Menschen noch ein tertiärer Bildungsabschluss aussteht, kann man daraus generell schließen, dass das allgemeine Bildungsniveau der Bevölkerung steigt. Vor allem im Großherzogtum und in Lothringen ist der Unterschied zwischen den zwei Altersgruppen beträchtlich (11,8 bzw. 11,2 Prozentpunkte). In den deutschen Regionen spielt – wie schon zuvor beschrieben – die duale Berufsausbildung eine große Rolle, so dass die Unterschiede zwischen den Altersgruppen geringer ausfallen.

⁵⁸ Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hg.): Bildung in Deutschland 2014, Bielefeld, S.42.



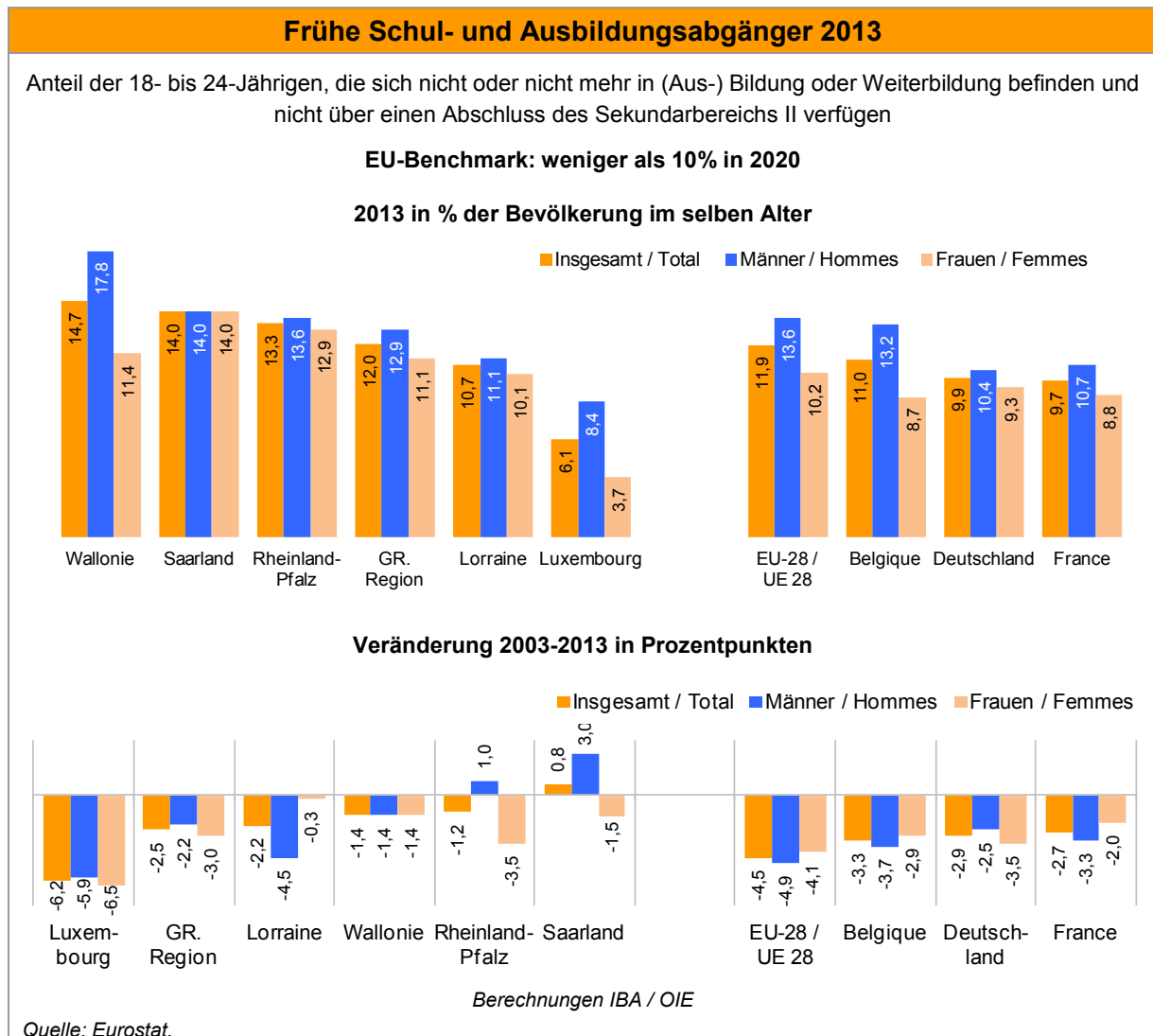
Schul- und Ausbildungsabbruch bekämpfen um soziale Ausgrenzung und Armut zu vermeiden

Eines der Kernziele von Europa 2020 lautet, die durchschnittliche Schulabbrecherquote in der EU bis 2020 auf unter 10% zu senken. Laut der Europäischen Kommission ist dieses Ziel „eng mit intelligentem und integrativem Wachstum verknüpft. Es wirkt sich unmittelbar auf die Beschäftigungsfähigkeit junger Menschen aus und trägt dazu bei, den Kreislauf von Deprivation, sozialer Ausgrenzung und Armut zu durchbrechen.“⁵⁹ Deutschland und Luxemburg orientieren sich in ihren nationalen Zielen an der EU-Vorgabe; Belgien und Frankreich wollen diese mit Zielwerten von 9,5% nochmals unterschreiten. Die Europäische Union definiert Schulabbrecher als Personen zwischen 18 und 24 Jahren, die lediglich über einen Abschluss der Sekundarstufe I verfügen und keine weiterführende Schul- oder Berufsausbildung durchlaufen. Es handelt sich also um Personen, die nur die Vorschule, die Grundschule, die Sekundarstufe I oder eine kurze Ausbildung in der Sekundarstufe II von weniger als zwei Jahren absolviert haben. Laut Cedefop ist das soziale Profil der jungen Menschen, welche ein hohes Risiko laufen, dass Bildungssystem vorzeitig zu verlassen, bekannt: „Sie sind eher männlich, haben einen niedrigeren sozioökonomischen Status und gehören zu gefährdeten Gesellschaftsgruppen (beispielsweise Migranten) oder haben Lernschwierigkeiten.“⁶⁰

Im Jahr 2013 zählten 12,0% der 18- bis 24-Jährigen in der Großregion zu der Gruppe der frühen Schul- und Ausbildungsabgänger. Dieser Wert entspricht in etwa dem europäischen Durchschnitt (11,9%). Im interregionalen Vergleich nimmt die Wallonie mit einem Wert von 14,7% die negative Spitzenposition bei der Abbrecherquote ein. Die Verbesserung der Bildungs- und Arbeitsmarktchancen junger Menschen hat daher in der belgischen Region oberste Priorität.⁶¹ Ebenfalls über dem großregionalen Mittel lagen das Saarland und Rheinland-Pfalz, welche – ebenso wie die Wallonie – auch Quoten über dem nationalen Vergleichswert verzeichneten. Dies gilt ebenso für Lothringen – trotz der im interregionalen Vergleich unterdurchschnittlichen Abbrecherquote von 10,7%. Damit befindet sich die französi-

⁵⁹ Vgl. European Commission: Schulabbruch in Europa – Fragen und Antworten, MEMO/11/52, 31/01/2011.
⁶⁰ Vgl. CEDEFOP: Junge Menschen in der (beruflichen) Bildung halten: Funktionierende Konzepte, Kurzbericht 2013, S.2.
⁶¹ Vgl. hierzu ausführlich das Nationale Reformprogramm Belgiens vom April 2012, das für jede Region die politischen Prioritäten darlegt.

sche Region auf einem guten Weg die EU-weit zu erreichende Höchstgrenze im Jahr 2020 einzuhalten. Bereits erreichen konnte die europäische Zielvorgabe das Großherzogtum Luxemburg mit einem Wert von 6,1%.



Das Großherzogtum lag auch bei der Veränderungsrate seit 2003 weit vorne (-6,2 Prozentpunkte). Fortschritte erzielten auch alle andere Teilregionen bis auf das Saarland (+0,8 Pp). Bei den jungen Männern betrug sich der Zuwachs an der Saar sogar auf 3,0 Pp. Auch in Rheinland-Pfalz kam es bei den männlichen Jugendlichen in den vergangenen zehn Jahren zu einem Anstieg der Abbrecherquoten (+1,0%). Diese waren dort im Jahr 2013 somit stärker betroffen als die jungen Frauen. Auch in der Großregion lag der Wert der jungen Männer mit 12,9% etwas höher als derjenige der Frauen (11,1%). Diese geschlechterspezifische Tendenz ist auch in den übrigen Teilregionen zu beobachten, wobei die Unterschiede in der Wallonie und in Luxemburg besonders hoch ausfallen.

Das Phänomen des Schulabbruchs hat Konsequenzen für die jungen Menschen persönlich, wirkt sich in seiner Gesamtheit aber auch auf die Gesellschaft und die Wirtschaft Europas aus. Die Europäische Kommission führt die folgenden sozialen und wirtschaftlichen Kosten des Schulabbruchs an:

„Junge Menschen, die lediglich über einen Abschluss der Sekundarstufe I oder weniger verfügen, sind häufiger arbeitslos, öfter von Sozialleistungen abhängig und stärker von sozialer Ausgrenzung bedroht. Das wirkt sich auf ihr Lebenseinkommen, ihr Wohlbefinden und ihre Gesundheit aus. Schulabbrecher nehmen zudem tendenziell weniger an demokratischen Prozessen teil.

Darüber hinaus wirkt sich Schulabbruch langfristig negativ auf die soziale Entwicklung und das Wirtschaftswachstum aus. Innovation und Wachstum erfordern qualifizierte Arbeitskräfte: Bei einer Senkung der durchschnittlichen Schulabbrecherquote in Europa um nur einen Prozentpunkt würde die europäische Wirtschaft jedes Jahr zusätzlich rund eine halbe Million qualifizierter, potenzieller junger Arbeitnehmer gewinnen.“⁶²

Bildung der jungen Menschen in Lothringen

Quelle: Lorraine Parcours Métiers, Etudes et Stat No1, Mai 2014

Seit den 1980er Jahren hat das Bildungsniveau der jungen Lothringer stark zugenommen. Dessen ungeachtet verließen nach INSEE-Angaben auch 2010 noch 23,1% der Jugendlichen das Schulsystem ohne Abschluss. Das bedeutet nicht, dass sie keine beruflich relevanten Kompetenzen besitzen, sondern, dass sie nicht die Gelegenheit hatten, diese in Form eines anerkannten Abschlusses oder Diploms zu validieren. Diese Situation betrifft ungefähr 33.400 junge Lothringer. Trotzdem befinden sich 45% von ihnen in einem Arbeitsverhältnis.

Die Jugendlichen ohne Abschluss sind zu 57% männlich. Die Arbeitslosenquote dieser jungen Männer liegt bei 40%, bei den jungen Frauen ohne Abschluss sogar bei 51%. Studien zeigen den Zusammenhang zwischen schulischem Misserfolg, dem sozio-ökonomischen Umfeld und den negativen Auswirkungen auf den Berufseinstieg. Nach der Wirtschaftskrise 2008/2009 waren in Frankreich 40% der frühen Schulabgänger aus dem Jahr 2007 auch 2010 noch ohne Arbeit. Bei den Schulabgängern insgesamt lag die Quote bei 18%. Die Kohorte drei Jahre vorher wies noch bessere Ergebnisse auf: 2004 waren bei den frühen Schulabgängern drei Jahre später noch 33% arbeitslos, bei allen Schulabgängern waren es 14%.

Die *Mission locales* haben festgestellt, dass 1.826 der von ihnen begleiteten Jugendlichen nicht über das sogenannte Basiswissen verfügen. 20% von ihnen haben jedoch trotzdem einen Abschluss erlangt. Außerdem weist LorPM für Lothringen eine Analphabetenquote von 4,0% bei den 17-Jährigen aus (Frankreich insgesamt: 3,7%).

Abschluss	1982	1990	1999	2006	2010
Ohne Abschluss bzw. Brevet des collèges	52,7%	40,2%	28,3%	24,4%	23,1%
CAP, BEP oder gleichwertig	31,7%	41,0%	32,0%	30,4%	28,5%
Baccalauréat	10,8%	10,8%	23,1%	26,0%	28,6%
Baccalauréat + 2 oder mehr	4,8%	8,1%	16,6%	19,2%	19,8%
Gesamt	100%	100%	100%	100%	100%

Quelle: LorPM, 2014, S.5 (données de l'INSEE, recensement de la population)

Eine Möglichkeit, dennoch einen Abschluss zu erlangen sind die sogenannten Schulen der 2. Chance (Ecole de la deuxième chance, E2C). Elf dieser von den regionalen Industrie- und Handelskammern getragenen Schulen gibt es in Lothringen, zwei davon sind grenzüberschreitend (Longwy mit Schülern aus der Wallonie, sowie Forbach mit Schülern aus dem Saarland). Der Hauptteil des Programms besteht für die 18- bis 25-Jährigen aus einem bezahlten Praktikum, begleitend dazu gibt es auch Unterrichtseinheiten. 2012 haben 1.300 Schüler an dem Projekt teilgenommen, für durchschnittlich 5,4 Monate.

⁶² Vgl. European Commission: Schulabbruch in Europa – Fragen und Antworten, MEMO/11/52, 31/01/2011.

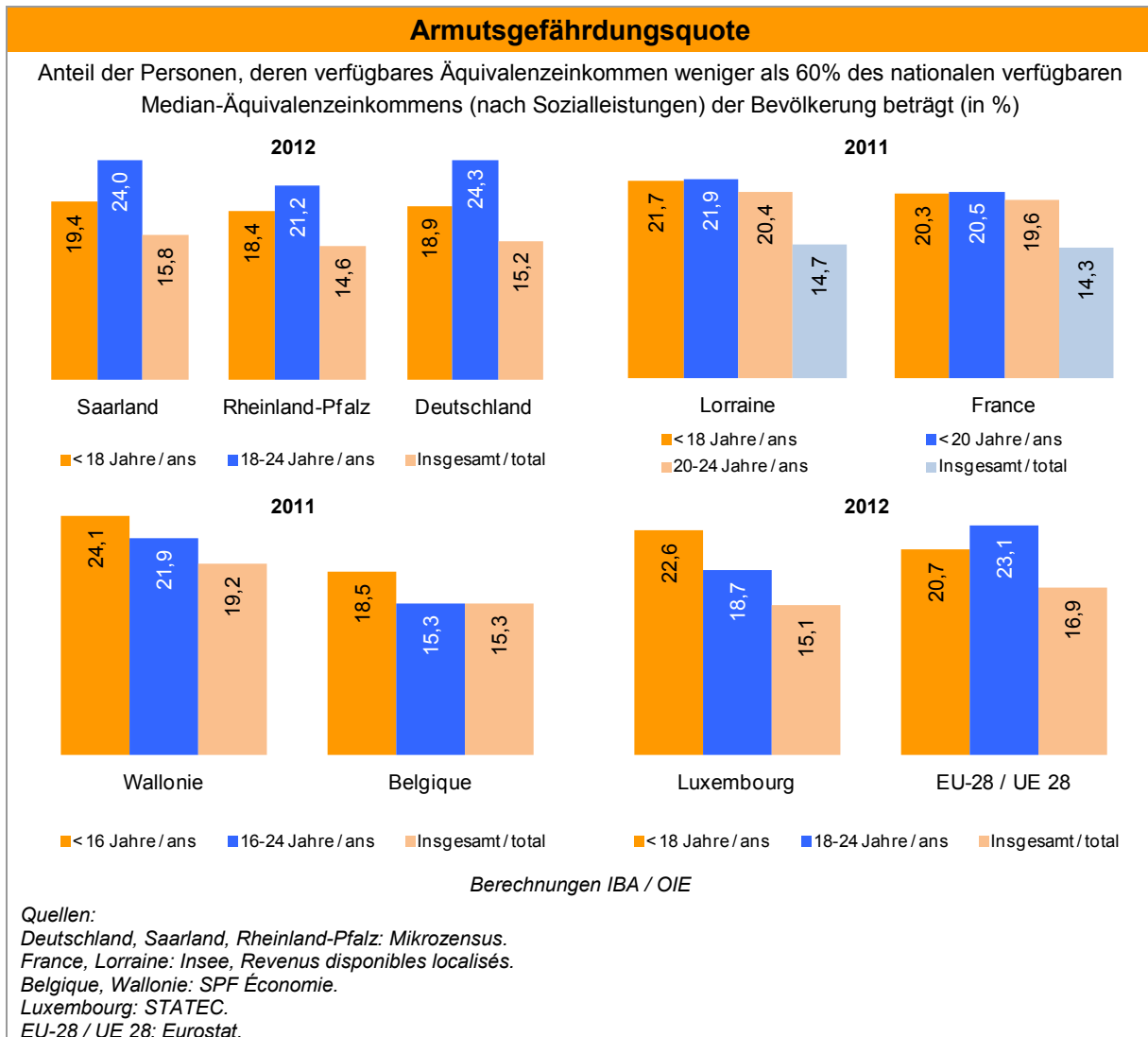
6. Armut

Vor allem junge Menschen von Armut bedroht

Trotz vieler Bemühungen zur Verbesserung des allgemeinen Lebensstandards stellen Armut und soziale Ausgrenzung in der Europäischen Union, die zu den reichsten Regionen der Welt zählt, noch immer ein großes Problem dar – wenn auch mit erheblichen Unterschieden zwischen den einzelnen Ländern. Im Jahr 2010 lebten laut Eurostat 118,1 Millionen Menschen in der EU-28 in Haushalten, die als von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht eingestuft werden, bis zum Jahr 2012 stieg die Zahl sogar um 6,4 Millionen auf 124,5 Millionen. Angesichts solcher Zahlen hat die Europäische Union daher die Bekämpfung von Armut auch in die Europa-2020-Strategie zu einem Kernbereich der Politik erklärt und dabei konkrete Ziele formuliert: Bis 2020 soll die Zahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen in der EU um 20 Millionen sinken. Speziell für junge Menschen wurde allerdings keine Benchmark gesetzt.

Zentraler Indikator zur Messung von Einkommensarmut ist die sogenannte Armutsgefährdungsquote. Sie wird definiert als der Anteil der Personen, die mit weniger als 60% des mittleren Einkommens der Bevölkerung auskommen müssen (nach Sozialleistungen).

Die Daten von Eurostat weisen diesen Indikator nach Altersgruppen allerdings nicht auf regionaler, sondern nur auf nationaler Ebene aus. Die jeweiligen statistischen Ämter bilden aber auch auf regionaler Ebene Armutsgefährdungsquoten nach Altersgruppen ab. In allen Teilregionen und allen Nationalstaaten, zu denen die Teilgebiete der Großregion gehören, sind die Quoten für die Bevölkerung insgesamt niedriger als für die jüngeren Altersgruppen. Ein grenzüberschreitender Vergleich ist aufgrund der verschiedenen Berechnungsweisen und Altersgruppen allerdings nicht möglich.

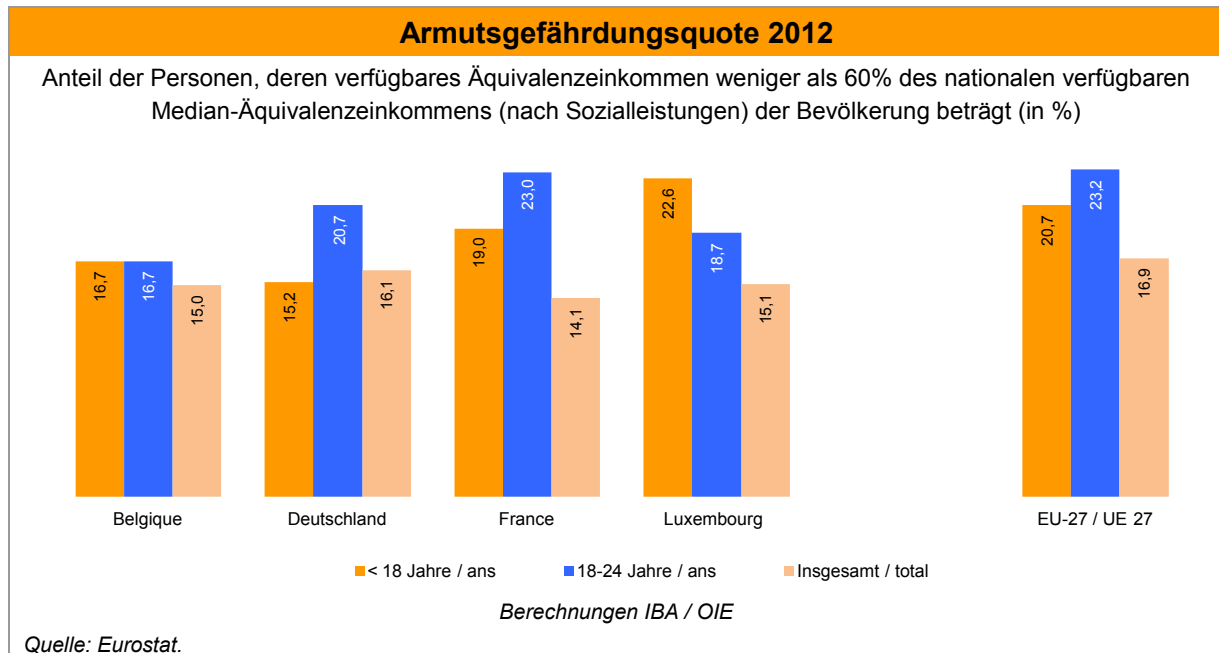


Die laut Mikrozensus in Deutschland am stärksten von Armut bedrohte Altersgruppe ist die der 18- bis 24-Jährigen. Die Quoten im Saarland und in Rheinland-Pfalz liegen hier jedoch unter dem bundesdeutschen Durchschnitt. Es folgt die Gruppe der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren. Hier liegt die Quote im Saarland über dem nationalen Durchschnittswert. In Lothringen liegen die Werte in allen betrachteten Altersgruppen leicht über dem französischen Durchschnitt. Am stärksten bedroht sind laut den Daten von INSEE die unter 20-Jährigen. Auch in der Wallonie ist die Armutsgefährdung im Allgemeinen höher als in Belgien insgesamt, vor allem die Quote der 16- bis 24-Jährigen liegt mit +6,6 Prozentpunkten deutlich darüber. Die in der Wallonie am stärksten gefährdete Gruppe ist jedoch die der Kinder und Jugendlichen bis 16 Jahre. Ein ähnliches Bild zeigt sich auch für Luxemburg, wo die unter 18-Jährigen mit 22,6% der höchsten Armutsgefährdungsquote ausgesetzt sind.

In Frankreich größte Unterschiede in der Armutsgefährdungsquote nach Altersgruppen

Auch Eurostat weist Daten zur Armutsgefährdung für verschiedene Altersgruppe aus, allerdings nur auf nationaler Ebene. In Frankreich liegt die Armutsgefährdungsquote für die Gesamtbevölkerung im Jahr 2012 mit 14,1% am niedrigsten, für die 18- bis 24-Jährigen mit 23,0% jedoch am höchsten. Zusammenhängen könnte dies damit, dass die Sozialleistung

revenue de solidarité active, welche ihren Empfängern ein Mindesteinkommen garantieren soll, im Allgemeinen erst ab einem Alter von über 25 Jahren ausgezahlt wird. In Belgien ist die Armutsgefährdung am zweitniedrigsten, die Unterschiede zwischen den Altersgruppen sind am geringsten. In Luxemburg fällt die erstaunlich hohe Armutsgefährdungsquote der Kinder und Jugendlichen bis 18 Jahre auf, welche dann mit zunehmendem Alter deutlich abnimmt. Die Armutsgefährdungsquote insgesamt ist in Deutschland am höchsten und übersteigt dort sogar die der unter 18-Jährigen.⁶³ Die Armutsgefährdung im Alter von 18 bis 24 Jahren liegt mit 23% wieder über der Rate insgesamt.

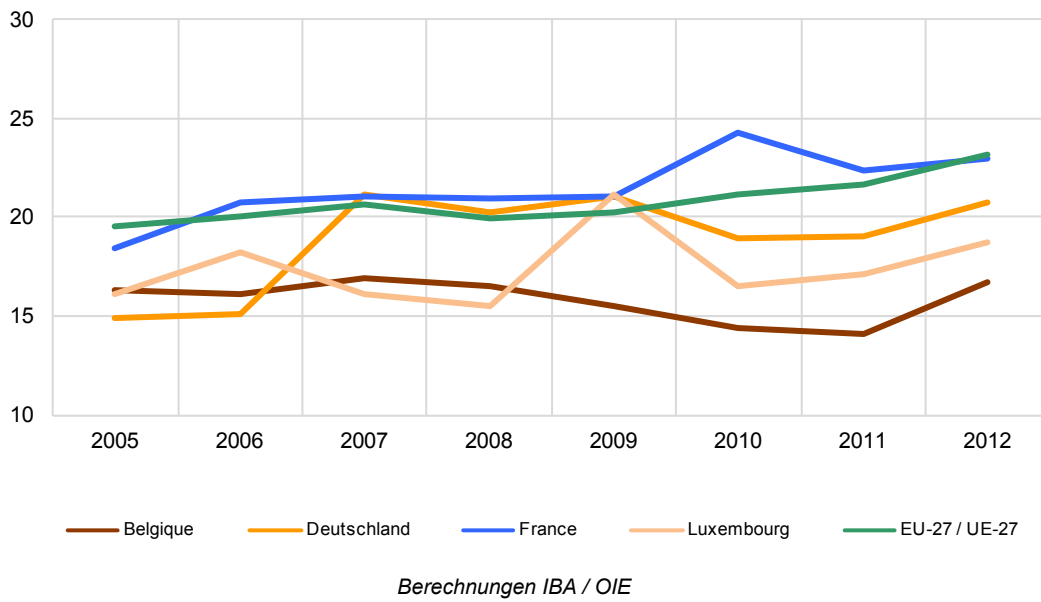


Allgemeiner Anstieg der Armutsgefährdung Jugendlicher im Jahr 2012

Betrachtet man die Armutsgefährdungsquote junger Menschen im Zeitverlauf, gibt es von 2011 auf 2012 einen in allen vier Ländern sowie in der EU-27 beinahe synchron verlaufenden Anstieg (zwischen 1,5 und 1,7 Prozentpunkten). In Frankreich fiel der Zuwachs etwas weniger deutlich (+0,6 Prozentpunkte), in Belgien dafür etwas stärker (+2,6 Pp) aus. Die belgische Kurve verläuft seit 2005 relativ stabil mit einer leicht abnehmenden Tendenz, der Anstieg 2012 stellt eine negative Ausnahme dar. In Deutschland gab es im Jahr 2007 einen bedeutenden Anstieg um über 5 Prozentpunkten, wovon sich die Bundesrepublik noch nicht wieder erholt hat. Die Armutsgefährdung in Luxemburg erreichte mit einem drastischen Anstieg im Jahr 2009 ihren Höhepunkt, worauf ein fast ebenso starker Rückgang 2010 erfolgte. Seit dem steigt auch im Großherzogtum die Gefährdung wieder an. Die französische Entwicklung erfolgte ähnlich, aber um ein Jahr verzögert: deutlicher Anstieg 2010, Verbesserung der Situation 2011, erneuter leichter Zuwachs der Armutsgefährdung im Jahr 2012.

⁶³ Diese Angaben widersprechen allerdings den Ergebnissen des Mikrozensus (siehe oben).

Entwicklung der Armutsgefährdungsquote Jugendlicher (18-24 Jahre) 2005-2012



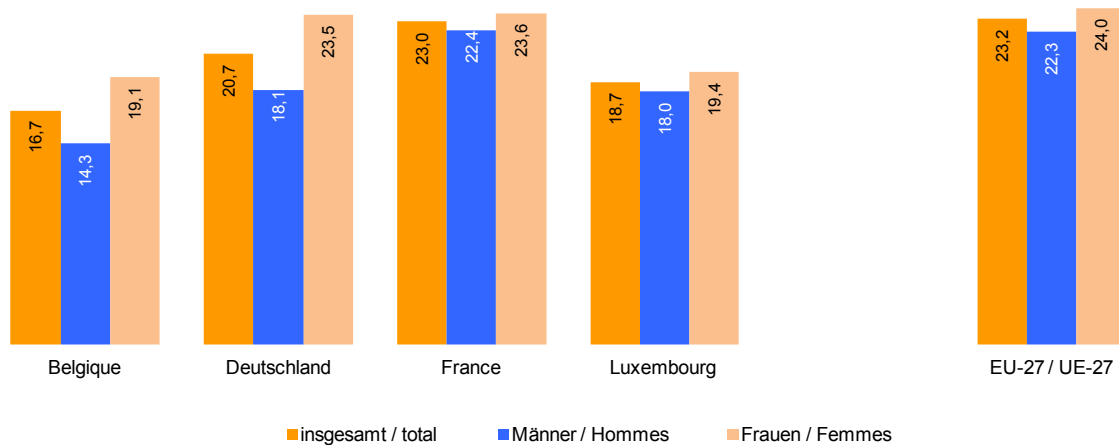
Quelle: Eurostat.

Frauen und nicht im Wohnland Geborene haben größeres Armutsrisiko

Auch das Geschlecht eines jungen Menschen hat Einfluss auf seine Gefährdung, in Armut zu geraten. In der EU sowie in den vier Ländern, zu denen die Teilgebiete der Großregion gehören, lag das Risiko für junge Frauen im Jahr 2012 deutlich höher als für junge Männer. Die Unterschiede waren in Deutschland (5,4 Prozentpunkte) und in Belgien (4,8 Prozentpunkte) besonders groß und deutlich höher als im Durchschnitt der EU-27, wo die Differenz bei 1,7 Prozentpunkten lag. Frankreich und Luxemburg (1,2 bzw. 1,4 Prozentpunkte Unterschied) blieben knapp darunter.

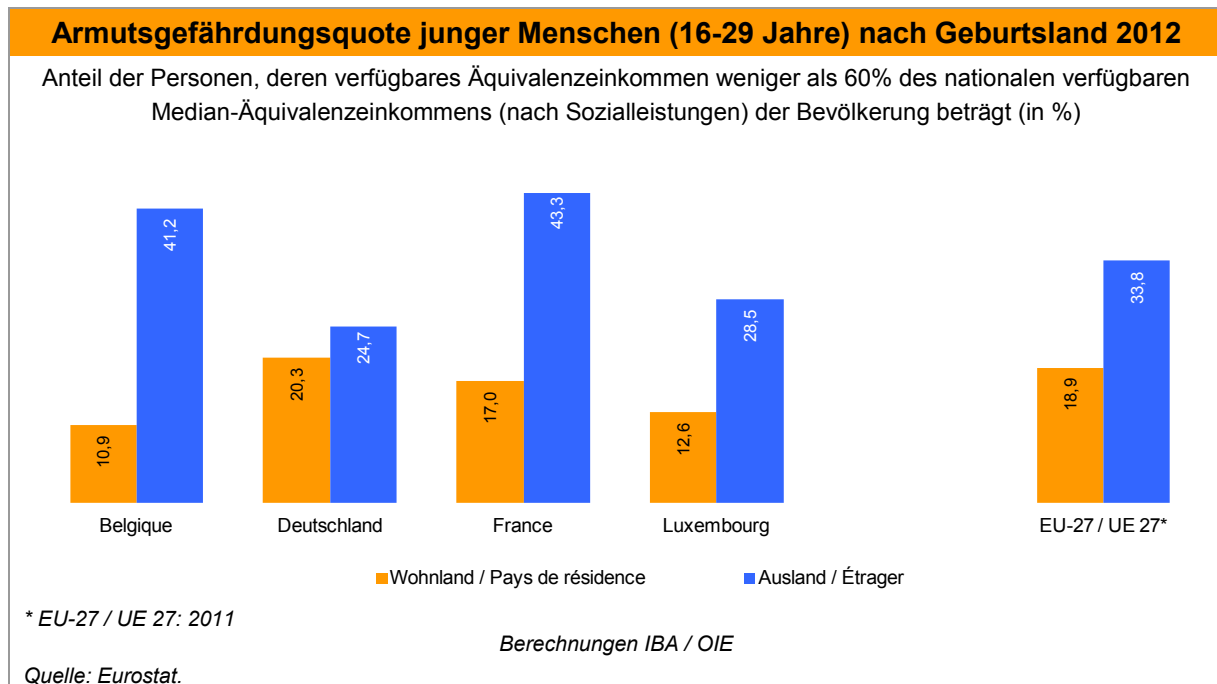
Armutsgefährdungsquote Jugendlicher (18-24 Jahre) nach Geschlecht 2012

Anteil der Personen, deren verfügbares Äquivalenzeinkommen weniger als 60% des nationalen verfügbaren Median-Äquivalenzeinkommens (nach Sozialleistungen) der Bevölkerung beträgt (in %)



Quelle: Eurostat.

Noch bedeutender sind die Unterschiede in der Betrachtung der Altersgruppe der 16- bis 29-Jährigen nach Geburtsland: junge Menschen, welche nicht in ihrem Wohnland geboren sind, laufen ein deutlich höheres Risiko, in Armut zu leben. In Belgien ist dieses Risiko (41,2%) fast viermal, in Frankreich (43,3%) und Luxemburg (28,5%) immerhin noch 2,5- bzw. 2,4-mal so hoch als für im Inland Geborene. Damit liegen die Differenzen dieser drei Länder alle über der auf Ebene der EU-27 (14,9 Prozentpunkte bei einer Armutsgefährdung von Ausländern von 33,8%). Auch in Deutschland gibt es eine Differenz zwischen jungen Einheimischen und jungen Ausländern die mit 4,4 Prozentpunkten allerdings niedriger liegt als der festgestellte Unterschied in der Geschlechterbetrachtung (siehe oben). Zurückzuführen ist diese relativ geringe Differenz auf die vergleichsweise geringe Armutsgefährdungsquote von jungen Ausländern in Deutschland (24,7%).

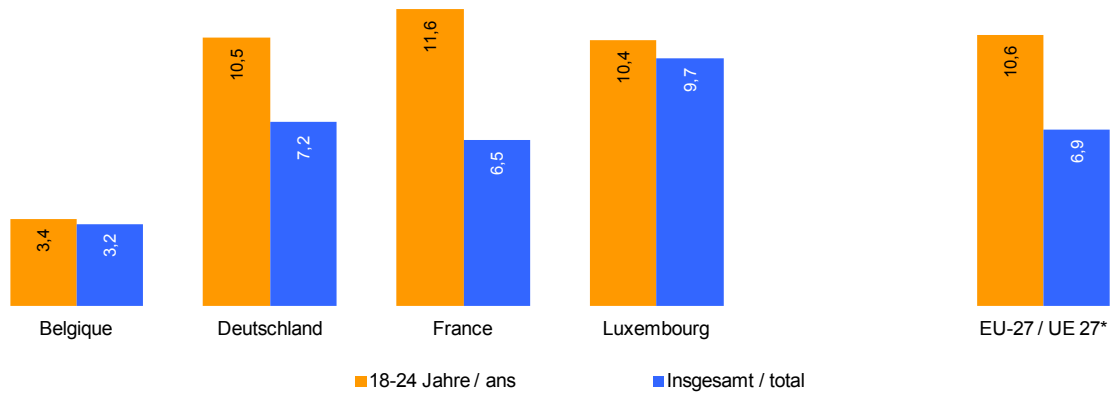


Arbeit schützt nicht immer vor dem Armutsrisiko

Auch Menschen, die sich in einem abhängigen Beschäftigungsverhältnis befinden, können von Armut bedroht sein. Die Arbeits-Armutsgefährdungsquote von Arbeitnehmern zeigt deutlich, dass auch hier junge Menschen überdurchschnittlich oft gefährdet sind. Lediglich in Belgien, wo Arbeitnehmer allgemein relativ gut vor Armut geschützt sind, ist der Unterschied zwischen jungen Arbeitnehmern (3,4%) und der Gesamtbeschäftigung (3,2%) marginal. Hingegen ist in Frankreich, Deutschland und Luxemburg sowie auf Ebene der EU-27 mehr als jeder zehnte Arbeitnehmer zwischen 18 und 24 Jahren vor Armut betroffen. Ähnlich wie in Belgien sind die Unterschiede zwischen den jüngeren Arbeitnehmern und der Arbeitnehmerschaft insgesamt in Luxemburg nicht sehr ausgeprägt (0,7 Prozentpunkte). In Deutschland beträgt die Differenz 3,3 Prozentpunkte, in Frankreich sogar 5,1 Prozentpunkte. Damit sind die 18- bis 24-Jährigen im Vergleich zur Gesamtbeschäftigung in Frankreich sogar in einer schlechteren Situation, als es in der EU-27 der Fall ist.

Arbeits-Armutsgefährdungsquote von Arbeitnehmern 2012

Anteil der Arbeitnehmer, deren verfügbares Äquivalenzeinkommen weniger als 60% des nationalen verfügbaren Median-Äquivalenzeinkommens (nach Sozialleistungen) der Bevölkerung beträgt (in %)



Berechnungen IBA / OIE

Quelle: Eurostat.

Anhang

Hinweise zu Datenquellen

Möglichkeiten und Grenzen der Arbeitskräfteerhebung (AKE) von Eurostat

Bei Eurostat sind harmonisierte Daten verfügbar in den Bereichen Bevölkerung, Beschäftigung und Arbeitsmarkt mit den entsprechenden europaweit vergleichbaren Quoten. In der Regel sind diese Angaben in der Differenzierung nach Alter und Geschlecht erhältlich. Daten auf Basis der Arbeitskräfteerhebung (AKE) werden von Eurostat aufgrund des Stichprobencharakters aber nicht für alle Regionen in sämtlichen Differenzierungsmöglichkeiten ausgewiesen.

Die AKE-Daten sind für die einzelnen Teilräume der Großregion⁶⁴ in der Eurostat-Regionaldatenbank im Internet abrufbar. Wie bei jeder Stichprobenerhebung können Stichprobenfehler allerdings nicht vollständig ausgeschlossen werden.⁶⁵ Grundsätzlich sind auch weitere Aufschlüsselungen über Sonderauswertungen möglich, auf regionaler Ebene stoßen die Auswertungsmöglichkeiten aufgrund geringer Fallzahlen jedoch an ihre Grenzen. Daher sind bei der Interpretation der vorliegenden Daten folgende Punkte zu berücksichtigen:

Trotz gleicher Definitionen und Nomenklaturen ist die Verfügbarkeit und Vergleichbarkeit des statistischen Datenmaterials zwischen den Teilräumen der Großregion nicht ohne weiteres gegeben. Nach wie vor sind Abweichungen in Folge national nicht verbindlicher Regelungen möglich. Dies betrifft beispielsweise die Zuordnung einzelner Betriebe zu den Wirtschaftszweigen oder die Erfassung jugendlicher Arbeitsloser unter 25 Jahren in der Wallonie / Belgien.⁶⁶

- ▶ Aufgrund einer methodischen Umstellung weist Eurostat für die Arbeitsmarktstatistik jeweils eine historische Zeitreihe bis einschließlich 2001 aus sowie eine aktuelle Zeitreihe ab 1999.⁶⁷ In Folge unterschiedlicher Berechnungsmethoden sind Abweichungen zwischen beiden Reihen nicht auszuschließen, weshalb nur auf die aktuellen Daten ab 1999 zurückgegriffen wird.
- ▶ Brüche sind in Zeitreihen jedoch nicht gänzlich zu vermeiden. Durch die Anpassung an den kontinuierlichen Erhebungsrhythmus weisen etwa die Daten für Lothringen und Luxemburg im Jahr 2003 einen solchen Bruch auf.

⁶⁴ Luxemburg = NUTS 0; Saarland = NUTS 1; Rheinland-Pfalz = NUTS 1; Wallonie = NUTS 1; Lothringen = NUTS 2.

⁶⁵ Bei gewichteten und hochgerechneten Stichproben wie der Arbeitskräfteerhebung muss bei den errechneten Werten und Quoten eine gewisse Fehlertoleranz (Standardfehler) berücksichtigt werden, um die errechneten Werte von den tatsächlichen Werten abweichen dürfen (vgl. hierzu die Regelungen der EU No. 577/98, Artikel 3, vom 9. März 1998 zur Organisation der Stichprobe der Arbeitskräfteerhebung).

⁶⁶ In Belgien haben Jugendliche unter 18 Jahren, die ihre Vollzeitschulpflicht erfüllt oder eine Berufsausbildung abgeschlossen haben und keine Beschäftigung finden, die Möglichkeit nach einer Wartezeit von 155 Tagen finanzielle Unterstützungsleistungen zu erhalten. Die Wartezeit bis zum Beginn der ersten Auszahlung beginnt mit dem Tag der Anzeige der Arbeitslosigkeit beim Arbeitsamt, unabhängig davon, ob zwischenzeitlich eine Beschäftigung aufgenommen wurde. Aus diesem Grund dürften sich belgische Jugendliche häufiger arbeitslos melden als dies in den anderen Regionen der Fall ist. Am 01. November 2012 ist eine Arbeitslosenversicherungsreform in Belgien in Kraft getreten. Diese wird sich voraussichtlich in den nächsten Jahren auch auf den oben beschriebenen Sachverhalt auswirken.

⁶⁷ Die historische Zeitreihe beruht auf der vor 2003 genutzten Berechnungsgrundlage, bei der auf Basis der Ergebnisse des zweiten Quartals Länderergebnisse hochgerechnet wurden. Die aktuelle Zeitreihe wird auf Grundlage von Jahresdurchschnittswerten berechnet – sofern Quartalsdaten vorliegen.

- ▶ Da das Erhebungskonzept der AKE auf die Bevölkerung und damit auch die Beschäftigten am Wohnort ausgerichtet ist, sind in den Beschäftigtenzahlen von Eurostat Grenzgänger nicht enthalten, die gerade in Luxemburg einen erheblichen Teil der Erwerbstätigen stellen.
- ▶ Mittlerweile nimmt auch die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens (DG Belgien) an der AKE teil (NUTS 3-Ebene), so dass zumindest in Teilbereichen arbeitsmarktrelevante Zahlen in vergleichbarer Form auch für diesen Teilraum zur Verfügung stehen. Da aufgrund geringer Fallzahlen die Repräsentativität der AKE für die DG (v.a. für die Untergruppen) eingeschränkt ist, beruht der folgende Bericht auf amtlichen Daten, die auf Gemeindeebene (unterhalb NUTS 3) errechnet wurden.⁶⁸

Arbeitskräfteerhebung und ILO-Arbeitsmarktstatistik

Die Arbeitskräfteerhebung auf Basis von EU-weit harmonisierten Normen zur Erwerbslosigkeit nach den Kriterien der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)⁶⁹ ist auf europäischer Ebene die wesentliche Quelle für Informationen über die regionalen Arbeitsmärkte. Sie ist somit die einzige derzeit verfügbare Quelle für grenzüberschreitende Vergleiche der Arbeitsmärkte in der Großregion. Die für internationale Vergleiche maßgebliche Abgrenzung der Erwerbslosigkeit nach ILO-Kriterien unterscheidet sich jedoch von der Definition der Zahl der registrierten Arbeitslosen nach den jeweiligen gesetzlichen Bestimmungen in den einzelnen Ländern, die in einer grenzüberschreitenden Perspektive nicht direkt vergleichbar sind. In der ILO-Arbeitsmarktstatistik können so Erwerbslose enthalten sein, die seitens der jeweiligen nationalen bzw. regionalen Arbeitsverwaltung nicht als solche gezählt werden. Möglich ist ebenso der umgekehrte Fall, dass in der jeweiligen nationalen bzw. regionalen Arbeitslosenstatistik auch Personen als arbeitslos gelten, die nach ILO-Kriterien nicht erwerbslos sind. Dementsprechend kommt es zu Abweichungen der Arbeitslosenquoten auf Basis der AKE und den Quoten, die in den einzelnen Ländern und Regionen im Rahmen der jeweils geltenden gesetzlichen Bestimmungen ausgewiesen werden.

Zusätzlich ist zu berücksichtigen, dass die Daten der AKE nicht wie bei den jeweils national oder regional registrierten Arbeitslosenzahlen aus einer Vollauszählung eines amtlichen Registers stammen. Stattdessen wird die AKE als vierteljährliche Haushaltsstichprobe in allen Mitgliedstaaten der EU, der EFTA (ausgenommen Liechtenstein) und den Kandidatenländern durchgeführt. Zur Grundgesamtheit gehören alle Mitglieder privater Haushalte im Alter ab 15 Jahren, die über ihre Arbeitsmarkteteiligung und ihren Erwerbsstatus befragt werden.

⁶⁸ Bei den ausgewiesenen Zahlen ist allerdings Folgendes zu berücksichtigen: Die Daten zur Aktivitätsstruktur der DG wurden für die Jahre 2000 bis 2002 durch das IWEPS und ab 2003 durch den Steunpunt Werk en Sociale Economie (WSE) nach einer mit dem IWEPS abgestimmten Methode berechnet und geliefert. Unabhängig von der AKE muss mit Blick auf die Grenzgängerzahlen der DG Belgien angemerkt werden, dass anders als in den vorangehenden Jahren, in denen auch noch alternative Quellen ausgewertet wurden, seit dem Jahr 2007 das INAMI-RIZIV der einzige Lieferant für Grenzgängerstatistiken des Steunpunt WSE ist (detaillierte Angaben zur Methodologie des WSE und den im März 2009 vorgenommenen Korrekturen unter <http://www.steunpuntwse.be> → Cijfers → Vlaamse Arbeidsrekening → Definities & logboek).

⁶⁹ Die Definitionen und Kriterien der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) stehen auch im Einklang mit der Verordnung (EG) Nr. 1897/2000 der Kommission. Kennzahlen zu Erwerbslosen, Erwerbstätigen und Erwerbspersonen werden in einem in sich abgestimmten und harmonisierten System dargestellt, das – im Unterschied zu den länderspezifischen Definitionen und Konzepten auf Basis gesetzlicher Bestimmungen – internationale bzw. grenzüberschreitende Vergleiche von Arbeitsmärkten ermöglicht. Mit dem Labour-Force-Konzept kann jeder Person ein eindeutiger Erwerbsstatus zugeschrieben werden. Dabei wird nach der ILO-Definition unterschieden zwischen Erwerbstätigen, Erwerbslosen und Nichterwerbspersonen.

Für die Durchführung der Befragung sind die jeweiligen nationalen statistischen Institute und Ämter der teilnehmenden Länder zuständig, die ihre Ergebnisse an Eurostat nach einem festen Codierplan melden. Die Koordination und Verarbeitung der Daten erfolgt zentral durch Eurostat. So wird sichergestellt, dass einheitliche Konzepte und Definitionen in Übereinstimmung mit den Prinzipien des Internationalen Arbeitsamtes zum Einsatz gelangen und eine gemeinsame Klassifikations- und Nomenklatursystematik angewendet wird, sodass in jedem Land ein Set von Informationen in standardisierter Weise erhoben wird.

Die AKE liefert dadurch wichtige Daten zu Beschäftigung, Erwerbslosigkeit und Nichterwerbstätigkeit und ihren soziodemographischen Merkmalen. Der Europäischen Kommission dient die AKE als wichtiges Instrument für die Bereitstellung von vergleichbaren statistischen Informationen über Niveau, Struktur und Entwicklung von Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. EU-weite beschäftigungspolitische Ziele werden mit der AKE gemessen.

Definitionen:

Erwerbstätige im Sinne der ILO-Definition sind alle Personen im Alter von mindestens 15 Jahren,⁷⁰ die in der Berichtswoche mindestens eine Stunde lang gegen Entgelt oder im Rahmen einer selbständigen oder mithelfenden Tätigkeit gearbeitet haben.⁷¹ Auch wer sich in einem formalen Arbeitsverhältnis befindet, im Berichtszeitraum aber vorübergehend aufgrund von z.B. Krankheit, Urlaub, Arbeitskonflikten oder Fortbildung vom Arbeitsplatz abwesend war, gilt als erwerbstätig.

Erwerbslose sind alle Personen im Alter zwischen 15 und 74 Jahren,⁷² die in der Berichtswoche ohne Arbeit waren, zu dem Zeitpunkt für eine Arbeit verfügbar und innerhalb der letzten vier Wochen aktiv auf Arbeitssuche waren oder bereits eine Arbeit gefunden hatten, die sie innerhalb der nächsten drei Monate aufnehmen würden. Auf den zeitlichen Umfang der gesuchten Tätigkeit kommt es nicht an. Auch die Einschaltung einer Behörde oder Institution der offiziellen Arbeitsverwaltung in die Suchbemühungen ist nicht erforderlich. Die für internationale Vergleiche maßgebliche Abgrenzung der Erwerbslosigkeit nach ILO-Kriterien unterscheidet sich daher von der Definition der Zahl der registrierten Arbeitslosen nach den jeweiligen gesetzlichen Bestimmungen in den einzelnen Ländern.⁷³ Kennzeichnend für die

⁷⁰ Von mindestens 16 Jahren in Spanien, dem Vereinigten Königreich und Schweden (1995 bis 2001); von 15 bis 74 Jahren in Dänemark, Estland, Ungarn, Lettland, Finnland, Schweden und Norwegen (ab 2001) und von 16 bis 74 Jahren in Island.

⁷¹ Dieses Konzept zur Erwerbstätigkeit weicht deutlich vom Alltagsverständnis ab. Die Erfassung ist daher in Haushaltbefragungen problematisch, wenn die Befragten sich bspw. hauptsächlich als Rentner, Arbeitslose, Hausfrauen oder Studierende verstehen und kleinere Nebentätigkeiten im Interview deswegen nicht angeben.

⁷² Zwischen 16 und 74 Jahren in Spanien, Schweden und Norwegen (1995 bis 2000), dem Vereinigten Königreich und Island.

⁷³ Zum einen können in der ILO-Arbeitsmarktstatistik Erwerbslose enthalten sein, die seitens der jeweiligen nationalen bzw. regionalen Arbeitsverwaltung nicht als arbeitslos gezählt werden. Um etwa in Deutschland als arbeitslos erfasst zu werden, fordert das Sozialgesetzbuch (SGB) eine Meldung bei einer Agentur für Arbeit oder einem kommunalen Träger sowie die Suche nach einer Beschäftigung von mindestens 15 Wochenstunden. Andererseits kann nach dem SGB trotz registrierter Arbeitslosigkeit eine Erwerbstätigkeit mit einem Umfang von unter 15 Stunden als Hinzuverdienstmöglichkeit ausgeübt werden. In der ILO-Arbeitsmarktstatistik sind somit Erwerbslose enthalten, die die Bundesagentur für Arbeit nicht als arbeitslos zählt. Zum anderen gelten in der Statistik der Bundesagentur für Arbeit auch Personen als arbeitslos, die nach Definition der ILO-Arbeitsmarktstatistik nicht erwerbslos sind (Vgl. Statistisches Bundesamt Deutschland: ILO-Arbeitsmarktstatistik. Online im Internet: URL:

Arbeitskräfteerhebung ist darüber hinaus, dass ausgehend von einem Stichprobenergebnis auf das Ergebnis in der Bevölkerung geschlossen wird. Dieser Schluss ist eine auf einer Hochrechnung basierende Schätzung, die eine gewisse Unschärfe ausweist. Deren Umfang ist von vielerlei Faktoren abhängig, insbesondere jedoch vom Stichprobenumfang,⁷⁴ so dass gerade bei kleineren geographischen Einheiten die Fallzahlen oftmals zu gering für einen Ergebnisausweis sind.

Insgesamt kann es daher zu Abweichungen kommen zwischen der Bemessung der Arbeitslosenquote auf Basis der AKE und den Quoten, die in den einzelnen Ländern und Regionen im Rahmen der jeweils geltenden gesetzlichen Bestimmungen berechnet und publiziert werden. So berücksichtigen letztere zum Beispiel diejenigen Personen nicht, die arbeitsuchend sind, aber nicht als arbeitslos registriert sind, weil sie die Bedingungen für den Bezug von Arbeitslosengeld nicht erfüllen. Vorteilhaft ist demgegenüber, dass sie gerade für kleinere geographische Einheiten sehr viel schneller verfügbar sind und daher dem Bedürfnis nach möglichst aktuellen Informationen entgegen kommen. In einer grenzüberschreitenden Perspektive sind sie jedoch nicht direkt vergleichbar. Hier liefert nur die AKE international vergleichbare Informationen. Deren Methodik hat zudem den Vorteil, dass Auswirkungen von Veränderungen in den Bestimmungen zur Arbeitslosigkeit im Zuge von Reformen zum größten Teil ausgeschaltet werden.

Die **Beschäftigungsquote** misst den prozentualen Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung.

Befristete Beschäftigung (AKE):

Eine Tätigkeit wird als befristet betrachtet, wenn sie entweder nach einer im Vorhinein festgesetzten Dauer endet oder sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer einig sind, dass ihre Beendigung von objektiven Bedingungen abhängt, beispielsweise von der Erledigung eines Auftrags oder der Rückkehr eines Arbeitnehmers, der vorübergehend ersetzt wurde.

Leiharbeit:

Leih- bzw. Zeitarbeiter sind überlassene Leiharbeitnehmer, die im Verleihbetrieb in einem Arbeitsverhältnis zum Zwecke der Überlassung zur Arbeitsleistung an Dritte (Entleiher) stehen.

Teilzeitbeschäftigung (AKE):

Es wird lediglich Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigung unterschieden. Eine genauere Unterscheidung ist nicht möglich, weil die Arbeitszeiten je nach Region und Wirtschaftszweig unterschiedlich sind.

Die **Erwerbslosenquote** misst den prozentualen Anteil der Erwerbslosen an der Erwerbsbevölkerung. Die Erwerbslosenquote kann nach Alter und Geschlecht aufgeschlüsselt werden.

<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/abisz/ILO-Arbeitsmarktstatistik,templateld=renderPrint.phtml>

⁷⁴ Mit Hilfe mathematischer Methoden lässt sich die Höhe des so genannten Standardfehlers berechnen. Er gibt an, in welcher Größenordnung mit einer angebbaren Wahrscheinlichkeit das „tatsächliche“ Ergebnis vom Ergebnis der Stichprobe abweichen kann. Ergebnisse, bei denen aufgrund zu geringer Besetzungszahlen der einfache relative Standardfehler über 15% hinaus geht, werden im Allgemeinen nicht ausgewiesen (unzuverlässiger Wert).

Jugenderwerbslosenquote:

Der prozentuale Anteil der Arbeitslosen im Alter zwischen 15 und 24 an den Erwerbspersonen dieser Altersgruppe.

Jugendarbeitslosenanteil:

Der prozentuale Anteil der Arbeitslosen im Alter zwischen 15 und 24 an der Bevölkerung dieser Altersgruppe.

NEET-Rate (AKE):

Nichterwerbstätige Jugendliche im Alter von 18-24 Jahren, die an keiner Bildung und Ausbildung teilnehmen.

Der sogenannte **Gender Gap** bezeichnet ein geschlechtsspezifisches Gefälle (Statistischen Unterschiede zwischen Männern und Frauen).

Grenzgänger:

Nach EU-Gemeinschaftsrecht (vgl. Verordnung (EG) Nr. 883/2004) sind unter Grenzgängern solche Arbeitnehmer und Selbständige zu verstehen, die in einem Mitgliedstaat arbeiten und in einem anderen wohnen, in den sie in der Regel täglich, jedoch mindestens einmal wöchentlich, zurückkehren. Diese Definition gilt für den sozialen Schutz der betreffenden Arbeitnehmer. Laut der steuerrechtlichen Definition ist ein räumlicher Aspekt zu berücksichtigen, nach dem ein Grenzgänger in einem – zumeist in bilateralen Doppelbesteuerungsabkommen definierten – Gebiet dies- und jenseitig der Staatsgrenze wohnen und arbeiten muss.

Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgänger (AKE):

„Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgänger“ sind Personen im Alter von 18-24 Jahren, die sich nicht oder nicht mehr in (Aus-) Bildung oder Weiterbildung befinden und nicht über einen Abschluss des Sekundarbereichs II verfügen.

Es müssen also folgende Bedingungen erfüllt sein: Der höchste erreichte Grad der allgemeinen oder beruflichen Bildung entspricht ISCED 0, 1, 2 oder 3c, und die Befragten dürfen in den vier Wochen vor der Erhebung an keiner Maßnahme der allgemeinen oder beruflichen Bildung teilgenommen haben (Zähler). Ebenfalls nicht als Schulabbrecher gelten junge Menschen, die die Schule zwar vorzeitig verlassen haben, dann aber den Sekundarabschluss II vor ihrem 25. Geburtstag nachholen.⁷⁵ Der Nenner besteht aus der Gesamtbevölkerung der gleichen Altersgruppe.

Die Bildungsabbruchquoten sind derzeit europaweit nicht genau vergleichbar. Die nationalen Definitionen und Konzepte zum vorzeitigen Verlassen des Bildungssystems und Schul- und Ausbildungsabbruch sind jedoch je nach Land unterschiedlich; beispielsweise endet die Schulpflicht nicht in allen Ländern im selben Alter: die Spanne reicht von 15 bis 18 Jahren.⁷⁶

⁷⁵ Vgl. European Commission: MEMO/11/52 Schulabbruch in Europa – Fragen und Antworten, 31/01/2011.

⁷⁶ Vgl. CEDEFOP, Kurzbericht, Junge Menschen in der (beruflichen) Bildung halten: Funktionierende Konzepte, 2013, S. 1.

Armutsgefährdungsquote:

Die Armutsgefährdungsquote ist definiert als der Anteil der Personen mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle, die bei 60 % des nationalen verfügbaren Medianäquivalenzeinkommens liegt.

Zu beachten ist, dass mit diesem Indikator nicht der Wohlstand gemessen wird, sondern dass er vielmehr eine Maßzahl für ein aktuell geringes Einkommen (im Vergleich zu den übrigen Einwohnern desselben Landes) ist, das nicht zwangsläufig auf einen geringen Lebensstandard schließen lässt.

Das Aggregat für die EU ist ein nach der Bevölkerungszahl gewichteter Durchschnittswert der einzelstaatlichen Daten. Entsprechend den Beschlüssen des Europäischen Rates wird die Armutsgefährdungsquote im Verhältnis zur Situation in den einzelnen Ländern gemessen und nicht anhand eines einheitlichen Schwellenwertes, der für alle Länder gilt.

ISCED-Klassifikation:

Die Internationale Standardklassifikation für das Bildungswesen (ISCED) ist ein Instrument zur Erstellung international vergleichbarer Bildungsstatistiken. Die verwendete Version (ISCED 97) unterscheidet sieben Bereiche:

- ▶ **ISCED 0: Elementarbereich** – Eingangsstufe des organisierten Unterrichts. Die Betreuung der Kinder, die mindestens drei Jahre alt sein müssen, findet in Vorschulen oder entsprechenden Zentren statt.
- ▶ **ISCED 1: Primarbereich** – beginnt zwischen dem 5. und 7. Lebensjahr mit der Schulpflicht (wo diese besteht) und umfasst im Allgemeinen sechs Jahre Vollzeitunterricht.
- ▶ **ISCED 2: Sekundarbereich I** – setzt die im Primarbereich begonnene Grundbildung fort und ist in der Regel stärker fachorientiert. Mit Abschluss dieses Bereiches endet gewöhnlich auch die Schulpflicht.
- ▶ **ISCED 3: Sekundarbereich II** – beginnt in der Regel am Ende des Pflichtunterrichts. Das Eintrittsalter liegt üblicherweise bei 15 bis 16 Jahren. Für den Zugang sind in der Regel bestimmte Voraussetzungen (Abschluss der Pflichtschulzeit) und Mindestanforderungen zu erfüllen. Der Unterricht ist häufig stärker fachorientiert als im ISCED-2. Der ISCED-3 hat gewöhnlich eine Dauer von zwei bis fünf Jahren.
- ▶ **ISCED 4: nichttertiäre Bildung nach dem Sekundarbereich** – dient der Erweiterung des bis zum Abschluss des ISCED-3 erworbenen Wissens. Typische Beispiele sind Bildungsgänge zur Vorbereitung der Schüler auf ISCED-5 oder Bildungsgänge, die direkt auf den Eintritt in den Arbeitsmarkt vorbereiten.
- ▶ **ISCED 5: Tertiärbereich (erste Stufe)** – Zugangsvoraussetzung für diese Bildungsgänge ist i.d.R. der erfolgreiche Abschluss von ISCED-3 oder 4. Der Bereich umfasst tertiäre Bildungsgänge mit akademischer Ausrichtung (Typ A), in denen theoretisches Wissen vermittelt wird, und tertiäre Bildungsgänge mit berufsspezifischer Ausrichtung (Typ B).
- ▶ **ISCED 6: Tertiärbereich (zweite Stufe)** – darunter fallen ausschließlich Studiengänge auf tertiärer Ebene, die zu einer höheren Forschungsqualifikation (Promotion) führen.

Porträt der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle



Die **Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle (IBA)** sammelt im Auftrag des Gipfels der Großregion Informationen über die Arbeitsmärkte der Teilregionen und fertigt Analysen zum grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt an. Auf dieser Grundlage entwickelt sie Prognosen und Handlungsempfehlungen für zukünftige Arbeitsmarktentwicklungen im Kooperationsraum.

Die IBA untersteht einem Lenkungsausschuss aus Vertretern der beteiligten Regionen, der in Absprache mit den politisch Verantwortlichen der Großregion die Arbeitsschwerpunkte festlegt. Die Umsetzung des Arbeitsprogramms übernimmt das Netzwerk von sechs Fachinstituten aus der Großregion. Sein ständiges Sekretariat und die Koordination sind im INFO-Institut angesiedelt.

Weitere Informationen

Hilke van den Elsen (Kordinatorin)

Jonas Boos

c/o INFO-Institut

Pestelstraße 6

D- 66119 Saarbrücken

+49 (0) 681 / 9 54 13-12

www.iba-oie.eu

Das Netzwerk der Fachinstitute

INFO-Institut (Saarland und Rheinland-Pfalz)

www.info-institut.de

Centre de Ressources et de Documentation des EURES Transfrontaliers de Lorraine (Lorraine)

www.frontalierslorraine.eu

Lorraine Parcours Métiers (Lorraine)

www.lorpm.eu

Institut Wallon de l'Évaluation, de la Prospective et de la Statistique (Wallonie)

www.iweeps.be

DGStat (DG Belgien)

www.dgstat.be

ADEM EURES – CEPS/INSTEAD

Agence pour le développement de l'emploi (Luxembourg)

www.eureslux.org

Kurzporträt der kooperierenden Fachinstitute



INFO-Institut

Saarland und Rheinland-Pfalz



Das INFO-Institut ist ein Beratungs- und Forschungsinstitut. Es befasst sich neben Fragen zur Unternehmenspolitik und Organisationsentwicklung mit Arbeitsmarkt- und Regionalforschung. Aktivitäten der Regionalentwicklung bleiben dabei nicht national begrenzt, sie zielen auf die Großregion und damit auf eine europäische Dimension ab.

ADEM EURES – CEPS / INSTEAD

Luxemburg



EURES Luxemburg entstand aus einer Partnerschaft zwischen ADEM (der luxemburgischen Arbeitsverwaltung) und dem öffentlichen luxemburgischen Forschungszentrum CEPS/INSTEAD. Seine wesentlichen Aufgaben bestehen in der Information über die Lebens- und Arbeitsbedingungen im Großherzogtum Luxemburg sowie, in Zusammenarbeit mit der IBA, der Analyse des Arbeitsmarktes der Großregion.

GIP Lorraine Parcours Métiers

Lothringen



Seit dem 1. Januar 2014 ist der ehemalige IBA-Partner OREFQ Teil von Lorraine Parcours Métiers. Ziel ist die Bündelung der Kompetenzen von OREFQ im Bereich Beschäftigungs- und Ausbildungsstrukturen mit denen von INFFOLOR (CARIF), deren Expertise im Gebiet der Aus- und Weiterbildung sowie des lebenslangen Lernens liegt. Lorraine Parcours Métiers wird vom französischen Staat sowie vom Regionalrat Lothringens finanziert und ist Teil der öffentlichen Dienstleistung in den Bereichen Aus- und Weiterbildung, berufliche Eingliederung, Beschäftigung und Arbeitsmarktbeobachtung.

CRD des EURES Transfrontaliers de Lorraine Lothringen



Das Quellen- und Dokumentationszentrum der EURES Grenzregionen in Lothringen, das vom Regionalrat Lothringen und der Europäischen Kommission unterstützt wird, hat die Aufgabe, Beschäftigte und Unternehmen über die grenzüberschreitende Mobilität in der Großregion zu informieren, sich an der Entwicklung von Beschäftigungsperspektiven zu beteiligen sowie die Förderung von grenzüberschreitender Aus- und Weiterbildung zu unterstützen. Das CRD EURES Lothringen bildet, zusammen mit seinem Netzwerk an Experten, einen Quellen- und Dokumentenpool, der der Öffentlichkeit zur Verfügung steht und über die Webseite Zugang zu den Informationen ermöglicht.

DGStat Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens



Die Arbeitsgemeinschaft DGStat tritt die Nachfolge der Arbeitsmarktbeobachtungsstelle Ostbelgien (ABEO) an. Im Rahmen des durch den Europäischen Sozialfonds geförderten Projekts „DGStat“ wurden bis Ende 2010 die Grundlagen für die Arbeitsgemeinschaft DGStat geschaffen, die in der Folge über ein Abkommen zwischen verschiedenen Organisationen der DG, u.a. dem Ministerium, dem Wirtschafts- und Sozialrat und dem Arbeitsamt, institutionalisiert wurde. Aufgaben der Arbeitsgemeinschaft sind die Zentralisierung und Systematisierung der Datensammlung und -erhebung, die Interpretation der Daten, die Veröffentlichung von Statistiken und Studien und die Förderung des Austauschs zwischen Datenproduzenten und -nutzern in und außerhalb der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens.

Institut Wallon de l'Évaluation, de la Prospective et de la Statistique Wallonie



Das IWEPS ist ein öffentliches Wissenschaftsinstitut, welches mit seiner Arbeit staatliche Institutionen bei der Entscheidungsfindung unterstützt. Durch seinen themenübergreifenden Auftrag stellt es den Entscheidungsträgern der Wallonie, den wallonischen Partnern sowie den Bürgern umfangreiche Informationen zur Verfügung. Diese reichen von der Aufbereitung von Statistiken und Indikatoren bis zu detaillierten Studien und Analysen aus den Wirtschafts-, Politik- und Sozialwissenschaften sowie Umweltstudien. Als strategischer Rat trägt das Institut aktiv zur Förderung und Umsetzung von Evaluation und Zukunftsforschung in der Wallonie bei.

Literaturverzeichnis

- Amtsblatt der Europäischen Union: Empfehlungen des Rates vom 22. April 2013 zur Einführung einer Jugendgarantie, C120/1, 26. April 2013.
- Arbeitsamt der DG: German-speaking Community contribution – To the Belgian Youth Guarantee Implementation Plan, 2014.
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hg.): Bildung in Deutschland 2014, Bielefeld, 2014.
- Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz: Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns - §22, 11. August 2014.
- Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz Österreich: Aktion Zukunft Jugend! – Für mehr Beschäftigung in Österreich, 01. April 2009.
- Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz Österreich: Jugend und Arbeit in Österreich – Berichtsjahr 2010.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Nationaler Implementierungsplan zur Umsetzung der EU-Jugendgarantie in Deutschland, 08. April 2014.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung: Anhang zur Pressemitteilung OECD-Studie „Bildung auf einen Blick 2012“, 2012, Berlin.
- CDU, CSU, SPD: Koalitionsvertrag 18. Legislaturperiode - Deutschlands Zukunft gestalten, 16. Dezember 2013.
- CEDEFOP (Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung): Junge Menschen in der (beruflichen) Bildung halten: Funktionierende Konzepte, Kurzbericht, Dezember 2013.
- Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen: Soziale Situation von jungen Menschen in Europa, 2014.
- Europäische Kommission: Beschäftigungsinitiative für junge Menschen: 620 Mio. EUR zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Frankreich, Pressemitteilung, 03. Juni 2014.
- Europäische Kommission: Die EU-Jugendgarantie, MEMO/14/530, 16. September 2014.
- Europäische Kommission: Jugendgarantie: Mitgliedstaaten bereiten sofortige Umsetzung vor, Pressemitteilung, 17. Oktober 2013.
- European Commission: Commission staff working document - Accompanying the document Proposal for a Council Recommendation on Establishing a Youth Guarantee, 05.12.2012.
- European Commission: Schulabbruch in Europa – Fragen und Antworten, MEMO/11/52, 31/01/2011.
- European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions: NEETs-Young people not in employment, education or training: characteristics, costs and policy responses in Europe, 2012.

- Eurostat: Messung der Jugendarbeitslosigkeit – wichtige Konzepte im Überblick, Eurostat Pressemitteilung vom 12.Juli 2013.
- Finnisches Ministerium für Arbeit und Wirtschaft: Youth guarantee 2013, 13. März 2012.
- Franz, Wolfgang: Arbeitsmarktökonomik, 7.Auflage, Berlin 2009.
- IBA / OIE : Bericht zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Großregion 2013/2014 / Rapport sur la situation économique et social de la Grande Région 2013/2014.
- Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB): Jugendarbeitslosigkeit in Europa: Aktuelle empirische Befunde. In: Aktuelle berichte vom 09.August 2013.
- International Labour Organization (ILO): Working Conditions Laws Report 2012.
- Le Forem: Wallonia contribution – To the Belgian Youth Guarantee Implementation Plan, 2014.
- Le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg : D'Jugendgarantie zu Letzebuerg – Nimm deine Zukunft in die Hand. Wir unterstützen dich dabei !, 2014.
- Le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg : Plan national de mise en oeuvre de la Garantie pour la Jeunesse Luxembourg, Mai 2014.
- Le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg: Offizielle Einführung der Jugendgarantie, 27. Juni 2014.
- Lorraine Parcours Métiers. Etudes et Stat No1, Mai 2014
- Ministère du Travail, de l'Emploi, de la Formation professionnelle et du Dialogue social : Plan national de mise en œuvre de la garantie européenne pour la jeunesse – réponse des autorités française, 20. Décembre 2013.
- Schulten, Thorsten: WSI-Mindestlohnbericht 2014 – stagnierende Mindestlöhne, in: WSI Mitteilungen, Nr.2, S.132-139, 2014.
- Schulten, Thorsten: Mindestlohnregime in Europa, Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung vom Februar 2014.
- STATEC: Recensement de la population 2011, premiers résultats No. 30, Der Übergang Jugendlicher von der Ausbildung in die Erwerbstätigkeit, November 2013.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Internationale Bildungsindikatoren, 2013.

